

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belastungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (leitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 2. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vorwärts gegen den Berliner Kommunalreform!

Noch bevor die Vergeltung für das Schandstück, welches durch Klaffung von vier sozialdemokratischen Landtagsmandaten verübt ist, endgültig durch Wiedereroberung aller vier Mandate perfekt geworden ist, haben die Parteigenossen, in einem großen Teile Berlins morgen aufs neue gegen die bürgerlichen Parteien — dieses Mal gilt es dem Rathausliberalismus — Sturm zu laufen.

Es handelt sich um die Ergänzungswahlen der dritten Abteilung zur Stadtverordnetenversammlung, die Mittwoch, den 3. November, von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr, in den in unserer Sonntagsausgabe bezeichneten Lokalen stattfinden.

In sechzehn Bezirken dritter Abteilung wird gewählt; davon sind elf in unserem Besitz, während fünf neu zu erobern sind. Wir sind sicher, daß die Genossen, angefeuert durch die prächtigen Erfolge bei den Urwahlen zum Abgeordnetenhaus, mit imposanten Majoritäten die zu verteidigenden Bezirke der Partei erhalten werden.

Aber auch die anderen Wahlbezirke, in denen bisher noch der Reformunterstützer gesunden, müssen erobert werden, damit das „rote Haus“, wenigstens soweit die Arbeiterklasse bei der Wahl mitzureden hat, gesäubert wird von den Vertretern des Kapitalismus, damit dem Manchesterreform die Sünden heimgezahlt werden, die er in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an der Arbeiterklasse in der Kommunalverwaltung verübt hat.

Die Aufgaben, die eine für die Wohlfahrt der Gesamtheit sorgende Gemeinde zu erfüllen hat, können nur von einer sozial denkenden und dementsprechend handelnden Verwaltung erfüllt werden — nicht aber von einer Partei, der die kommunale Gesetzgebung nur dazu dient, die materiellen Interessen der besitzenden Klasse zu fördern.

Auf den Gebieten gewerblicher und industrieller, besonders auch verkehrstechnischer kommunaler Tätigkeit, tritt diese Erscheinung ganz besonders hervor. Gezwungen und notgedrungen hat die Stadt, auf unablässiges Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, sich endlich entschlossen, die Lösung der Verkehrsaufgaben in eigene Regie zu nehmen. Der spärliche Anfang ist gemacht und zeitigt sehr befriedigende Resultate. Aber eine schnelle und kräftige Förderung der Verkehrsaufgaben durch städtische Anlagen ist nicht möglich, weil zurzeit immer noch eine mächtige Strömung im Rathaus vorhanden ist, die in der Ueberlassung unserer Straßen und Plätze zur Ausbeutung an das Privatkapital ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit besser zu erfüllen glaubt, als durch Bau und Betrieb solcher Anlagen im Interesse der Gesamtheit und zum Nutzen aller Steuerzahler. Die von der ersten und zweiten Wählerabteilung ernannten Stadtverordneten, aus denen sich die Mehrheit zusammensetzt, begünstigen, mit wenigen Ausnahmen, durch ihr Verhalten gegenüber den Verkehrsaufgaben der Stadt als Vertreter der besitzenden Klasse das Privatkapital, das sich jetzt schon in großem Umfange den Verkehrsanlagen widmet, um enorme Gewinne herauszuschlagen.

Die Aktiengesellschaften für Bau und Betrieb von Schnell- und Straßenbahnen, für Elektrizitätswerke und Betriebsmaterial, unter einander verflochten, in den Aufsichtsräten ihrer Gesellschaften für und miteinander arbeitend, ergänzt durch die Bankkonzerne, welche die Unternehmungen finanzieren, beherrschen den größten Teil des Berliner Verkehrsnetzes vollständig. Das ist nur möglich durch die Willkür des Kommunalreform, der, mit dem Amoson einer Abgabe für die Stadt sich begnügend, den Löwenanteil des Gewinnes den Aktionären der Gesellschaften überläßt. Freilich acht bis zehn Prozent Dividende munden dem Kapitalisten besser als vierprozentige Staatsobligationen oder Kommunalpapiere.

Das Privatkapital umklammert immer mehr polyphenartig die Gemeindefinanzkraft, darum muß das arbeitende Volk dafür sorgen, daß in der dritten Abteilung morgen bei der Wahl die noch vorhandenen Liberalen aus dem Tempel gejagt werden. Die Eide der Stadtverordneten dritter Abteilung im roten Hause müssen alle sozialdemokratisch besetzt werden. „Hände fort“ von der dritten Abteilung — das ist unsere Losung für morgen in den sechzehn Wahlbezirken dritter Abteilung. Alle Arbeitsgebiete der städtischen Verwaltung bedürfen der anseuernden Förderung sozialdemokratischer Anregungen, allüberall sind die sozialdemokratischen Stadtverordneten es gewesen und werden es bleiben, die unablässig vorwärts drängen.

Volksschule und Waisenflege, Armenverwaltung und Krankenfürsorge, Wohnungshygiene und Erholungsstätten, soziale Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen, Arbeiterschutz und Koalitionsrecht sind wichtige unaufschiebbare Aufgaben der Gemeinde, deren Förderung und Ausbau in genügender Weise einzig und allein von der Sozialdemokratie in den Rathäusern energisch betrieben wird.

Die bürgerlichen Parteien, vor allem der Berliner Rathaus-Reform, prahlen und prohen mit den Millionen, die der Berliner Haushaltetat alljährlich aufzubringen hat, und schelten die Sozialdemokraten, die, wie die Herren geschmackvoll sagen, alles verlangen — aber nichts zahlen wollen. Und doch sind es die Arbeiter, die mit ihrem Fleiß und Schweiß die Werte schaffen müssen, durch deren Abzug die Unternehmern sich Einkommen und Vermögen schaffen, steuerfähig werden und sich die politischen Vorrechte erwerben, welche die Besitzenden zu Herren der kommunalen Gesetzgebung machen. Zum Dank werden die Arbeitsbienen in der dritten Wählerklasse zusammengepfercht, während die Privilegierten der zweiten und ersten Abteilung schrankenlos in den Gemeinden regieren und ihre kapitalistischen Interessen vertreten.

Das Hausbesitzerprivilegium verhindert jede Ausnutzung des Grund und Bodens zu allgemeinem Nutzen. Die aus städtischen Mitteln errichteten Anlagen, Straßendurchbrüche, Verkehrsverbesserungen, Kanalisationen, Wasserwerke, öffentliche Beleuchtung usw. erhöhen den Wert der Grundstücke und verschaffen den Hausbesitzern eine enorme Steigerung der Grund- und Bodenrente. Trotzdem hat der Kommunalreform in Berlin es bis jetzt unmöglich gemacht, eine Wertzuwachssteuer einzuführen, die in ganz bescheidener Weise von dem durch die Leistungen der Gemeinde erzeugten Wertzuwachs einen kleinen Teil in den Stadtsäckel zurückfließen lassen wollte.

Die breiten Massen, das in der Sozialdemokratie politisch organisierte Volk der Arbeit, wird morgen an der Wahlurne Abrechnung halten mit dem Kommunalreform. Je mehr Sozialdemokraten in das Rathaus kommen, je tiefer und nachhaltiger der Sozialismus die Gemeindeverwaltung durchdringt, desto sicherer und schneller ist darauf zu rechnen, daß die Kulturaufgaben Berlins gefördert und erfüllt werden.

Große wichtige Aufgaben harren ihrer Erledigung, es gilt der wirtschaftlichen Einheit von Groß-Berlin durch die Eingemeindung der Vororte den Weg zu ebnen. Nicht allein durch den Widerstand der Regierung ist das große Ziel bisher unerreich geblieben. Nein auch der Abneigung der maßgebenden städtischen Kreise in Berlin ist es geschuldet, daß diese überaus wichtige Lebensinteressen unserer Stadt tief berührende Angelegenheit nicht vom Fleck kommt und zu versumpfen droht.

Auch der Rotbeißer, solange die Eingemeindungsfrage nicht zum Nutzen Berlins und seiner Nachbar- und Vororte gelöst ist: die Errichtung von Zweckverbänden für die gemeinsamen Interessen und Aufgaben Groß-Berlins wird von dem Liberalismus im Rathaus lau und widerwillig betrieben. Und doch leiden alle unter den jetzigen Verhältnissen, in denen die Gemeinden statt miteinander, gegeneinander arbeiten. Hier bietet sich ein ungemein wichtiges, bedeutendes Arbeitsfeld für eine großzügige, weitblickige Kommunalpolitik, die, von sozialen Gesichtspunkten ausgehend, vorbildlich und musterhaft wirken könnte. Aber auch hier versagt der Kommunalreform, der rückständig und kleinlich nur eine Politik des Augenblicks treibt, sozusagen kommunal von der Hand in den Mund lebt.

Die Grundlage jeder wahrhaft volksdienlichen, der Gesamtheit, der Kultur und freiheitlichen Selbstverwaltung dienenden Kommunalpolitik, das „allgemeine“ Wahlrecht ohne Zensus, wird von dem Berliner Rathausreform energisch bekämpft. Das „allgemeine“ Wahlrecht für die Gemeinden lehnt der Liberalismus ab, weil er das kommunalpolitische Vorrecht des Geldsacks aufrecht erhalten will, weil er die Herrschaft der Besitzenden in der Gemeinde nicht brechen lassen will, weil die Arbeiterklasse zwar für die Besitzenden fronen, aber, nach dem Willen der reformistischen Nachhahler, in der Gemeindeverwaltung nicht entscheidend mitbestimmen soll.

Dagegen mit Wucht zu protestieren, wenigstens die dritte Abteilung von den Feinden des „allgemeinen“ Wahlrechts zu säubern, mit den reformistischen Arbeiterfeinden abzurechnen, ist die Aufgabe, welche die sozialdemokratischen und alle wahrhaft freirechtlichen Wähler der dritten Abteilung zu erfüllen haben.

Die im Besitz der Partei befindlichen Eide mit erhöhter Stimmzahl zu halten, die bisher liberal vertretenen Bezirke für uns zu erobern — ist eine Ehrenpflicht aller Wähler, die sich und ihren Familien eine bessere Gemeindeverwaltung in Berlin schaffen wollen, die vom Rathaus nicht eine Vertretung des Geldsacks und der Dividende, sondern Arbeit für das Gemeinwohl und Sorge für die wirtschaftlich Schwachen und Notleidenden fordern.

Aus Fabrik und Werkstatt, aus Bureau und Magazinen, aus Verkaufsläden und Kontoren heran, Wähler der dritten Abteilung, umringt die Wahlische, wählt die sozialdemokratischen Kandidaten! Erhalte und verstärke die sozialdemokratische Fraktion im „roten Haus“, vollendet auf kommunale Gebiete, was die Genossen in den vier Landtagswahlkreisen so verheißungsvoll begonnen, sorgt dafür, daß morgen abend über den sechzehn Kommunal-Wahlbezirken der dritten Abteilung das rote Banner siegreich weht. Alle Mann auf Deck! Keiner darf fehlen. Eine Stimme kann entscheiden.

„Vorwärts!“

Das starre System in Mansfeld!

Ein Friedensversuch gescheitert.

Die Zentralstreikleitung hatte die sämtlichen Schachtelegierten und im Streik befindlichen Arbeiterauschussmitglieder auf den 29. Oktober nach Klostermansfeld zu einer Sitzung geladen, um auf der Grundlage des Antwortschreibens des Herrn Bogelsang an die Ausschussmitglieder einen Ausweg zu suchen, den Frieden wieder herzustellen. In diesem Antwortschreiben waren die Ausschussmitglieder, wie auch die sonstigen Streikenden aufgefordert, sich bei ihren Betriebsführern zur Wiederanfahrt zu melden und — da keine Einzelbedingungen gefordert wurden — mühte die Streikleitung annehmen, daß die Generaldirektion ebenfalls den Frieden wünsche und die Streikenden stillschweigend wieder anlegen werde. Die Streikleitung betrachtete das Schreiben, obgleich es alle Verhandlungen barsch zurückwies, dennoch als die zum Frieden dargebotene Hand, weil sie zwar nicht erwartete, daß Direktor Bogelsang offiziell nachgeben werde, aber dennoch gern sehen würde, wenn ohne Verletzung seines „Ehrenwortes“ der Frieden hergestellt werden könne und falls die Arbeiterschaft dieses Schreiben ignorierte, er sich später darauf berufen werde, die Streikenden hätten den Frieden nicht gewollt, den er ihnen angeboten hätte. So beschloßen die Delegierten, daß auf jeden Schacht 3 Mann sofort bei ihrer Betriebsleitung vorstellig werden und unter Hinweis auf das Antwortschreiben des Herrn Bogelsang anfragen mühten, ob und unter welchen Bedingungen sie und ihre Kameraden wieder anfahren könnten. Um 4 Uhr nachmittags sollte diese Deputation Bericht erstatten über die Aufnahme, die ihnen auf den Schächten zuteil geworden war, und die erweiterte Streikleitung sollte dann — nach dem Ergebnis dieser Berichterstattung — die weiteren Schritte beschließen. Es war ein schwerer Gang, der den Schachtelegierten zugemutet wurde, und mehrere hegten dagegen Bedenken, doch fügten sie sich dem Willen der Organisation, und alle traten sie gemeinschaftlich von Klostermansfeld aus den Weg nach ihren Schächten an, während die übrigen Delegierten und die Streikleitung in gespannter Erwartung ihrer Rückkehr harreten.

Punkt 4 Uhr waren alle Schachtelegierten wieder zurück, und es konnten die Berichte entgegengenommen werden, die in ihrer Verschiedenartigkeit bewiesen, daß Herr Bogelsang noch nicht Zeit gefunden hatte, seinen Betriebsführern eine bestimmte Antwort zu erteilen. Der Betriebsführer vom Glückhilschacht sagte: „Wäret Ihr acht Tage früher gekommen, dann konnte ich Euch annehmen. Jetzt müssen wir über jede Anlegung erst in Eisleben anfragen. Aber soviel kann ich Euch sagen, daß der Verband nicht geduldet wird.“ Obersteiger Wötcher vom Riewandschacht erklärte: „Ich will Euch wieder anlegen, aber ich behalte mir eine Auslese unter denjenigen vor, die agitatorisch vorgegangen sind. Aber das will ich Euch sagen, keiner darf im Verbands bleiben.“ Auf Freilebensschacht empfing sie Direktor Schulz, der ihnen mitteilte: „Von der Wiederanstellung aller könnte gar keine Rede sein. Diejenigen, die sich während des Streiks herbeigekannt hätten, könnten unter keinen Umständen wieder angelegt werden; da mühte gründlich Auslese gehalten werden.“ Auf die Entgegnung, daß sie doch nur gestreikt hätten wegen der Gefährdung ihrer Menschen- und Staatsbürgerrechte, erwiderte Direktor Schulz, daß er nichts gegen die Koalitionsbestrebungen der Bergleute einzumenden hätte, es sei ihr gutes Recht, sich zu organisieren; nur der Organisation, die von dem Sozialdemokraten Sache geführt werde, dürften sich die Mansfelder Bergleute nicht anschließen! Es gäbe in Deutschland Bergarbeiterorganisationen genug. Warum mühte es denn gerade der Bochumer Verband sein?

Auf dem Paulschacht war der Empfang der schlechteste. Steiger Wättner wollte die Antrager schon abweisen, als Direktor Weisleder hinzukam und meinte: „Ihr seid wohl von der Organisation geschickt, um zu spekulieren, ob es Euch nicht so gelingen wird, die Arbeitwilligen mitzureißen.“ Und als sie entgegneten, daß sie nur gekommen seien, um nach Arbeit zu fragen und wissen wollten, unter welchen Bedingungen sie und ihre Kameraden anfahren könnten, erklärte Weisleder, daß alle die Verhandlungen zerreißen mühten und dann erst von Fall zu Fall entschieden werden könnte, wer wieder eingestellt werde. Steiger Wättner sagte den Deputationsmitgliedern speziell: „Ansprachen braucht Ihr nicht mehr; es kommt keiner mehr von Euch an! Das Wort ist völlig zwecklos!“

Im Flur des Schachthaus empfing sie ein Bachmeister, der ihnen zubronnete:

„Run macht aber schleunigst, daß Ihr fortkommt und verhaltet Euch nur ja ruhig, denn sonst machen wir von unserer

Nacht Gebrauch, und soviel Nacht haben wir noch, daß wir Euch zum machen."

Vom Zirkelschacht erklärte der Obersteiger Schnupf sich außerstande, Leute anzunehmen, dazu bedürfe er der Erlaubnis und der Anweisung der Oberbergdirektion.

Auf dem Hohenhalschacht wurde die Deputation am besten empfangen. Der Betriebsführer Landerwald sprach sehr verständlich zu den Leuten. Er wollte sie alle wieder einstellen, aber aus dem Verbands müßten sie zunächst ausscheiden. Was dann später geschähe, das könne er jetzt nicht sagen.

Vom Otto- und Chlothildenschacht fragten die Betriebsführer, warum sich die Belegschaften dem Streik angeschlossen hätten, worauf die Delegierten antworteten, daß sie sich verpflichtet gefühlt hätten, sich mit den gemäßigteren Metallarbeiter Kameraden solidarisch zu erklären, und daß auch sie entschlossen seien, das Recht der Koalition zu fordern, event. zu erlämpfen. Eine bestimmte Zusage, daß sie anfahren dürfen, erhielten sie nicht, und auf die Frage, was mit ihren Kameraden geschehen soll, erhielten sie die Antwort: „Scheren Sie sich mit Ihren Kameraden ins Pfefferland!"

Auf Hermannschacht wurde ihnen die Mitteilung, daß Schacht I stillgelegt und die Belegschaft soeben vermindert werde, bis die Betriebsvorrichtungen auf Schacht II fertiggestellt seien. Wer nach dem Streik draußen bleibe, entscheide die Verwaltung in jedem Einzelfalle.

Neulich lautete auch der Bericht von der Kupferkammer und Gardt-Hütte.

Die Delegierten erklärten, nach diesem Ergebnis unbedingt im Kampfe auszuharren, möge kommen, was da wolle. Die Knappen Mansfeld hätten allzulange die geistige Knechtschaft bei Hungerlöhnen ertragen, hätten allzulange die reichstreuwe Schmach erduldet und zähmneisend die Gefinnungskumperei mitgemacht — nie dürften sie wieder in die alte Sklaverei zurückkehren. Nicht um Lohn, nicht um Forderungen handele es sich, durch die die Gewerkschaft in ihren Einkünften geschmälert werde, sondern um Menschenrechte, um die Freiheit des Staatsbürgers, um das höchste Ideal: das Recht der Knappensolidarität über ganz Deutschland! Wir haben uns im Bergarbeiterverbände verbunden mit unseren Brüdern in ganz Deutschland, wir wollen mit ihnen verbunden bleiben, und sollte es Kopf und Kragen kosten! Nur dann fahren wir an, wenn alle anfahren und alle im Verbands bleiben dürfen.

Zehn Belegschaftsversammlungen, die im ganzen Reviere stattfanden, beschloßen einstimmig, im Kampfe auszuharren, bis Mansfeld der Organisation erobert ist.

Nach diesem Ergebnis muß mit einem langen, hartnäckigen und kampfspieligen Kampfe gerechnet werden, weil im „Rechtsstaat“ Deutschland ein Mann mehr als 20000 Staatsbürgern die Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte verbietet und in diesem Vorhaben noch von der Staatsgewalt und dem „Ordnungs“küngel unterstützt wird.

Ein Gewaltstreik.

Sofort nach Eintreffen des Militärs im reichstreuwe Streikgebiet wurde im Gebirgskreis Mansfeld die Polizeistunde für die Bergschichten in den Städten Mansfeld und Gellstedt auf 11, in den Dörfern auf 10 Uhr herabgesetzt, ohne daß auch nur die geringsten Ausforderungen vorgekommen wären, während im Saalkreis Mansfeld-Eisleben keinerlei Verkürzung der Polizeistunde eingetreten ist, obwohl gerade im Saalkreis die größten Bergmannsdörfer (Seldra, der Hauptbergmannsdorf) liegen. Aber immerhin ging die Regierung des Gebirgskreises zunächst einseitlich vor, bestimmte für alle Bergschichten ohne Ausnahme die Verkürzung der Polizeistunde; jetzt ist den Bergschichten, in denen Streikbureaus untergebracht sind oder Versammlungen abgehalten werden, die Polizeistunde auf 8 Uhr abends herabgesetzt worden, und zwar laut folgender Verfügung:

Leimbach, den 30. Oktober 1909.

Auf Grund der Vorschriften des § 10 des Allgemeinen Landrechts II, § 17 sehen wir die Polizeistunde für Ihr Lokal auf 8 Uhr abends fest. Diese Verfügung wird nach Maßgabe der Bestimmungen des § 53 des Landesverwaltungsgefetzes für sofort vollstreckbar erklärt.

Weitere Verkürzungen der Polizeistunde bleiben vorbehalten. Die Polizeiverwaltung. Ziegler."

Mit diesem Ulla, den nicht etwa ein russischer Gouverneur erlassen hat, sondern eine preussisch-deutsche Polizeiverwaltung, soll das bisherige Versammlungsrecht stranguliert, die Streikbureaus sollen an die Luft gesetzt werden. Wie ist den wenigen Wirten, die ihre Lokale den Streikenden geöffnet haben, schon zugefügt worden von den Behörden, der Gewerkschaft, der Geistlichkeit. Man muß sich wundern, daß in einer solchen Gegend auch nur ein einziger Wirt standhaft geblieben ist. Die bisher allen Drohungen und Verlockungen widerstanden haben, werden auch diesen Streich aushalten. Vom Arbeiterverein ist schon längst zum Wohlstand aller derjenigen Bergschichten aufgefordert worden, in denen Streikversammlungen stattfinden, und die Militärbehörde hat in Kloster-Ransfeld die Kontrollversammlung noch in letzter Stunde aus dem „Raifer“, dem Versammlungsorte, nach einem anderen Lokale verlegt, jedoch ohne den Zweck zu erreichen. Die Bitte, die ihre Lokale den Streikenden hergeben, tun das weniger aus der Neigung zum Bergarbeiterverbände, auch nicht aus reinem Geschäftsinteresse, sondern hauptsächlich aus Empörung gegen die bisherigen Zustände, die sie durch den Streik zu beseitigen gedenken. Sie werden auch diesen Streich ertragen und mit den Streikenden stehen bis zum Abschluß des Kampfes.

Unsere Stichwahlziele in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Unsere Gegner kommen aus den peinlichen Ueberraschungen nicht mehr heraus. Daß wir gleich im ersten Anlauf neun Mandate von unseren zwölf behaupteten und vom Zentrum ein neues dazu eroberten, gab ihrem Selbstvertrauen einen gewaltigen Stoß; aber daß wir in den Stichwahlen unseren Siegeszug mit unerminderter Kraft fortsetzen und nochmals zehn Mandate dazu eroberten würden, hatten selbst die Bestimmten in den Reihen der bürgerlichen Parteien nicht befürchtet. Und doch ist es — zum Teil zu unserer eigenen Ueberraschung — so gekommen! Wir errangen von den sechs Wahlkreisen, in welchen wir die Unterstützung des liberalen Modus hatten, fünf und gewannen in den elf Kreisen, in denen wir den Kampf mit den Nationalliberalen resp. Freisinnigen ausfochten, gleichfalls noch fünf Siege, zum Teil mit recht ansehnlichen Mehrheiten. Ganz besonders schmerzhaft ist es für die Nationalliberalen, daß in Lörrach-Land ihr Fraktionschef Obkircher gegen unseren Genossen Breitenfeld unterlegen ist.

Das Zentrum hat von seinen vier Stichwahlen, in welchen es alte Siege zu verteidigen hatte, drei behauptet, hat aber

keinen Sitz hinzugewonnen, so daß es einen Verlust von zwei Kreisen hat, da wir seinen Kennerarbeiter Valzer bereits im ersten Wahlgang gewonnen hatten. Besondere Freude hat es den Liberalen gemacht, daß es gelungen ist, einem der Hauptführer des Zentrums, dem langjährigen Vorsitzenden der Budgetkommission, Amtsgerichtsdirektor Siebler das Mandat zu nehmen. Ein Pendant zu dem Hinauswurf Obkirchers. Die Demokraten haben mit unserer Hilfe zwei Siege gewonnen, wofür wir ihnen einen (Schweigen) abgenommen haben; die Konservativen haben einen Sitz verloren.

Die Kammer wird demnach zählen:

Zentrum	26	früher 28
Sozialdemokraten	20	12
Nationalliberale	17	23
Demokraten	6	5
Konservative	3	4
Freisinnige	1	1
	73	73

Unsere Siege verteilen sich über das langgestreckte Land wie folgt: Im Oberland gehören uns die Siege Schopfheim, Lörrach-Stadt, Lörrach-Land, Freiburg II, Lahr-Stadt. Im Mittelbaden Karlsruhe I, III und IV, Karlsruhe-Land, Durlach-Stadt, Durlach-Land, Forstheim II und Forstheim-Land. Im Unterland Heidelberg, Wiesloch, Heidelberg-Eberbach, Schweigenen, Mannheim-Land und Mannheim I, II und V.

Gewählt sind die Genossen:

Bechtold, Landwirt, Mannheim-Land; Breitenfeld, Gemeinderat, Lörrach; Dr. Frank, Rechtsanwalt; Adolf Ged, Buchdruckerbesitzer; Anton Geiß, Stadtverordneter in Mannheim; Kahn, Expedient, Schweigenen; Kolb, Redakteur; Kräuter, Sägenfeller, Freiburg; Kramer, Kassenbeamter, Mannheim; Kurz, Gemeinderat, Gräningen; Maier, Parteisekretär, Heidelberg; Monch, Stadtrat, Dörsen; Müller, Sattlermeister, Schopfheim; Pfeiffle, Expedient; Rösch, Schriftföher; Schwall, Eisenbahnverbandsbeamter; Stockinger, Kassenbeamter; Süßkind, Kaufmann; Weber, Metallarbeiter; Willi, Arbeitersekretär.

Die Sozialdemokratie kann mit Stolz auf ihre Erfolge zurückblicken. Wir haben unsere Mandate von 12 auf 20 und unsere Stimmziffer von 50431 auf 86078 gesteigert. Wir hatten einen Gewinn von 35300, die liberalen Parteien einen Verlust von 9200, Zentrum und Konservative sogar einen Verlust von 18600 Stimmen, und das, trotzdem die Regierung in den Wahlkampf eingegriffen und vor der Wahl von Sozialdemokraten gewarnt hatte.

Die Konservativen und das Dreiklassenwahlrecht.

Die Konservativen fühlen sich in einer höchst unangenehmen Lage. Die Politik, die die konservative Reichstagsfraktion bei der Beratung der Reichsfinanzreform verfolgt hat, besonders ihre brüske Ablehnung der Erbschaftsteuer, hat nicht nur ihre Anhängerschaft in der Bureaucratie, sondern auch einen Teil des Offizierskorps und der hinter den Konservativen einherziehenden städtischen Mittelstandsschichten verstimmt; und zu dieser Opposition in den eigenen Reihen gesellte sich der für die Konservativen niederschmetternde Ausfall der Landtagswahlen in Baden und Sachsen, ganz besonders in Sachsen, in dem trotz seiner industriellen Entwidlung das konservative Agrarierium bisher den Landtag beherrschte. Das ist jetzt vorbei! Der Enttäuschungssturm der proletarischen Massen über die egoistische Privilegien- und Elitewirtschaft der sächsischen Agrarkonservativen hat, ungeachtet des Schuhwells, den sich diese durch das Wahlrecht der vier Infamien errichtet hatte, ihre Herrlichkeit hinweggefegt. Anstatt aber daraus die Lehre zu ziehen, beizugehen einzulernen und sich nicht in der heutigen Entwidlung begründeten Reformen, die sich doch nicht aufhalten lassen, entgegenzusetzen, ziehen vielmehr, wie für jeden Kenner der Psyche des ostelbischen Agrarkonservatismus von vornherein feststand, die preussischen Konservativen aus dem sächsischen Wahlergebnis den Schluß, daß nun in Preußen erst recht an dem widerlichen Wechselbalg der nach dem toten sollen Jahr einsehenden Reaktionsperiode, an dem Dreiklassenwahlrecht, festgehalten werden muß. Für die preussischen Führer gelten die Lehren der Geschichte nicht. Sie stehen noch heute auf dem Standpunkt der französischen Aristokratie des Jahres 1789 und haben noch immer nicht begriffen, daß notwendige Reformen sich vielleicht eine kurze Zeit verschieben, aber nicht dauernd aufhalten lassen, und daß sie, je mehr sie hinausgeschoben werden, sich mit desto explosiverer Gewalt durchsetzen. Manches, was früher, als zuerst die die Notwendigkeit einer Aenderung hervortrat, noch im Interesse der privilegierten Schichten zu retten gewesen wäre, wird dann vom Strudel mit weggerissen.

Inbes, in den Hirnen der preussischen Konservativen malt die Welt und ihre Entwidlung sich anders als in normalen Köpfen. Sie folgern aus dem sächsischen Wahlergebnis, daß es ihre heilige Pflicht ist, im Interesse des preussischen Staates jede Wahlreformversuche der Regierung zu verhindern zu müssen. Zwar hat Wilhelm II. in seiner vor einem Jahr verlesenen Thronrede eine Aenderung des Dreiklassenwahlrechts verheißt; aber was gelten preussische Konservativen, trotz ihres ostentativ zur Schau getragenen altfränkischen Royalismus, Königsworte. Sie waren seit jeher der Ansicht, daß im preussischen Staate nur dann Königsworte einen Wert haben und zur Erfüllung des Versprochenen verpflichten, wenn die Konservativen diese Versprechungen sanktionieren. Wie sie seinerzeit, als der Bau des Mittelkanals in Frage stand, dem königlichen Ausspruch: „Gebaut wird er doch!“ ihre kühle Versicherung: „Und wenn es uns nicht paßt, wird er nicht gebaut!“ entgegensetzten, so drohen sie jetzt kurz und bündig der Regierung: „Sib Deine Reformpläne auf, sonst bringen wir sie zu Fall!“ So schreibt die „Kreuzzeitung“ in ihrer gestrigen Wochenübersicht:

„Der Kampf um das preussische Wahlrecht wird jetzt einsehen. Die Erfahrungen in Sachsen haben uns gelehrt, daß wir den Fehler der sächsischen Konservativen vermeiden müssen, die sich durch Konfessionen an liberale Forderungen populär machen zu können glauben. Alles, was sich in Preußen zu den Parteien der Rechten zählt, hat eingesehen, daß diese Nachgiebigkeit falsch ist.“

Und dann wendet sich das Wort der Hammerstein-Epigonan an die preussischen Nationalliberalen und fordert sie auf, ebenfalls ihre Wahlreformpläne fallen zu lassen, da auch sie keinen Vorteil von einer Aenderung des Dreiklassenwahlrechts haben würden:

„Das preussische Wahlrecht hindert erfahrungsgemäß nicht den Liberalismus aller Grade, die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu gewinnen, es macht nicht einmal der Sozialdemokratie den Zutritt zum Abgeordnetenhaus unmöglich. Eine Demokratisierung dieses Wahlrechts liegt tatsächlich nicht im Interesse des Liberalismus,

und es ist eine Torheit der Liberalen, wenn sie sich dafür einsetzen. Ein wirkliches Interesse an der Aenderung hat nur die Sozialdemokratie. Nun stellen sich zwar auch viele Nationalliberale so, als hielten sie die „rote Welle“ für eine schnell vorübergehende Erscheinung, unter die man sich nur einen Augenblick zu ducken brauche, um dann wieder oben schwimmen zu können. Aber dann wäre eine Forderung der Klugheit, diese sozialdemokratische Episode erst vorübergehen zu lassen, ehe man das preussische Wahlrecht ändert. Wir sind nicht ganz so optimistisch. Gewiß standen die Wahlen in Sachsen und die letzten Reichstagswahlen unter dem Zeichen einer Klassenopposition: sie sind ein Protest nicht nur gegen die indirekten Steuern und gegen die Ablehnung der Nachlasssteuer, sondern tatsächlich auch ein Protest gegen die Blodpolitik des Fürsten Bülow, unter der sich die bürgerliche Linke prinzipiell bereit erklärt hatte, die Verbrauchssteuern um mehrere hundert Millionen Mark zu erhöhen; sie haben der Linken ebenso viel Niederlagen gebracht wie der Rechten. Ein solcher Steuerprotest kann sich leicht wiederholen und wird sich wiederholen, wenn der Mittelstand wieder einmal zu erhöhten Steuerleistungen herangezogen werden soll, und die Liberalen können nicht versprechen, künftig nur die Reichen und Wohlhabenden „bluten“ zu lassen, weil dabei keine großen Summen herauszukommen. Die stetig wachsenden Ausgaben des Reiches müssen bewilligt werden und ebenso die Einnahmen. Da wird die Partei, die nichts zu bewilligen verspricht, immer neuen Zulauf haben, mag sie demokratisch und sozialistisch sein oder nicht. Mit Parlamentarismus und Parteiaktivismus dagegen nicht auszurücken.“

Und diese Vorhaltungen fallen bei den Nationalliberalen auf gut vorbereiteten Boden. Bereits zeigt sich in ihrer Presse eine lagenjämmerliche Verstimmung über ihre Niederlage in Baden und Sachsen, und in einigen ihrer Blätter taucht auch schon die Mahnung auf, es doch lieber weiter gegenüber der „roten Flutwelle“ mit dem Anschlag noch recht zu versuchen. Der Kampf gegen und für das Dreiklassenwahlrecht wird also in dem politischen Ringen der nächsten Jahre eine noch weit größere Rolle spielen als bisher. Um so mehr gilt es, alle Kräfte anzuspannen.

Vor der Entscheidung.

New York, 21. Oktober. (Fig. Ver.)

Von den Wahlen, die am 2. November in den verschiedensten Staaten der Union entschieden werden, steht jene in der Stadt New York im Mittelpunkt des Interesses. Mit Spannung werden im ganzen Lande die einzelnen Phasen des Wahlkampfes verfolgt und das Resultat erwartet. Bedeutet doch eine Wahlschlacht, bei der der Mayor-(Bürgermeister)-Posten, der Comptroller (oberster Finanzbeamter der Stadt)-Posten und die verschiedenen Borough- und County-Semter auf dem Spiele stehen, für die sogenannten alten politischen Parteien viel mehr als beispielsweise die Besetzung des Gouverneursstuhls des Staates New York. „What is in it“, wieviel springt dabei heraus, oder noch richtiger: Wieviel kann gestohlen werden, wie viele fette Semter sind zu vergeben, ist immer noch in der New Yorker Kommunalpolitik höchster Glaubenssach, und da das Budget der Stadt New York diesmal größer als das des Staates New York ist, die „Möglichkeiten“ demgemäß diesmal größer und die zu vergebenden fetten Posten Legion sind, ist der Kraftaufwand der Parteien um den Sieg ein entsprechender.

Heuer stehen sich 20 Parteien gegenüber, so daß der amtliche Stimmzettel, der jedem Bürger bei der Stimmabgabe eingehändigt wird, die respektable Breite von über 4 Fuß aufweist. Bei der Mehrzahl der Parteien handelt es sich um Gründungen verärgelter Politiker, deren besondere Wünsche bei der Aufstellung der Kandidaten von den demokratischen oder republikanischen Führern nicht berücksichtigt worden sind oder die man über Bord geworfen hat. „Ein Brocken für mich“ lautet ihr Programm. Ihr Feld beschränkt sich auf Stadtblöcke, bei der Erörterung der allgemeinen Situation kommen sie deshalb nicht in Frage. Nur vier Parteien können hierbei in Betracht kommen: die demokratische, republikanische, Hearst-Partei und die sozialistische. Prinzipielle Unterschiede zwischen Demokraten, Republikanern oder Hearstianern bestehen nicht. Ihr Municipalprogramm ist fast gleichlautend. Es enthält eine Reihe Versprechungen, auf deren Erfüllung die Wähler nicht rechnen. „Wahlprogramme der Parteien sind Schwindel“, sagte dieser Tage der derzeitige Comptroller der Stadt, ein Deutsch-Amerikaner namens Mey. In ihren öffentlichen Reden erklären denn auch die Kandidaten nicht, die Forderungen meiner Partei lauten so oder so, sondern ich verspreche im Falle meiner Erwählung dies oder jenes. Und im Versprechen sind sie unübertrefflich.

Um die Person des Kandidaten dreht sich alles. Demgemäß ist der Charakter der Agitationsmethode ein stark persönlicher. Das Verunglimpfen des Gegners ist das hauptsächlichste Agitationsrezept der „großen“ Parteien. Wer die Verunglimpfung des Gegners am besten versteht und dabei den Anschein zu erwecken weiß, daß er selbst nicht ganz so schlecht wie sein Gegenkandidat ist, bleibt Sieger. Auf dieser Grundlage werden seit Jahren die städtischen Wahlen in New York ausgefochten, und heuer spielt das Herabsetzen der Person des Gegners eine wenn möglich noch größere Rolle denn sonst. Man wadet förmlich im Schmutz.

Die Republikaner beschränken sich nicht auf den sachlich berechtigten Vorwurf, daß unter den letzten demokratischen Stadtverwaltungen oder unter Tamany Hall, wie der Name der in der ganzen Welt berühmtesten demokratischen Parteimaschine lautet, die städtische Schuld ins Unermessliche gesteigert worden ist, ohne daß etwas Entsprechendes geschaffen worden wäre, daß das Budget des Gemeinwesens von rund 100 Millionen Dollar im Jahre 1904 auf rund 156 Millionen Dollar im Jahre 1909 in die Höhe geschwellt ist, trotzdem an Aufwendungen für Kulturaufgaben fortwährend gespart wird, oder daß mindestens 40 Millionen Dollar im Jahre direkt gestohlen werden und in die Taschen der Beamten und Politiker fließen — nein, sie graben kleinliche Familiengeschichten des demokratischen Kandidaten Richter Cannon aus und erschöpfen sich in Argumenten der Gasse. Und die Demokraten lassen es ihrerseits nicht an der etwelischen Erklärung genügen, daß unter dem republikanischen Regime die Stadtverwaltung eine nicht minder verlotterte war und die Korruption keine geringere als unter Tamany Hall, ganz zu schweigen von der republikanischen Mißwirtschaft in anderen Städten, sondern sie werfen ihrerseits ebenfalls Schmutzbomben. Und der Dritte im Bunde, der unermüdliche Hearst, besitzer verschiedener Sensationsblätter, der vor vier Jahren Tamany aus bitterster Bekämpfung, im darauffolgenden Jahre mit der gleichen Gesellschaft sich liierte, um das Gouverneuramt zu ergattern, und dieses Jahr unabhängig kandidiert; dieses politische Chamäleon sucht Demokraten und Republikanern im Schimpfen zu übertrumpfen. Und da er ein vielfacher Millionär ist, sich's also leisten kann, stellte er Steibenten und Abdolaten an, die ihn in seinem Schmutzfeldzug unterstützen.

Fürwahr ein widerwärtiger Wahlkampf, der durch das Verhalten sogenannter Gewerkschaftsführer nicht anziehender wird. Wer sie bezahlt, hat sie in dem Wahlkampf zur Verfügung. Mag der republikanische Kandidat Cannon auch der Leiter eines Streikbrechervermittlungsbüreaus sein, mag er im Direktorium der Great Steel Car Works in Mc Ness Road sitzen, deren Arbeiter im August und September einen Lohnekampf um ihre Existenz auszuföchten hatten, er fand und findet täglich Gewerkschaftsführer, die

von Versammlung zu Versammlung ziehen und ihn als Arbeiterfreund preisen. Das Gleiche gilt in bezug auf die Kandidatur des Erzdemagogen Hearst und des Demokraten Gahner.

Im Gegensatz zu den gekennzeichneten Schmutzereien der großen Parteien führt die sozialistische Partei einen rein prinzipiell und sachlichen Wahlkampf und beschränkt sich auf die Bloßstellung existierender Schäden und die Erörterung ihres Kommunalprogramms. Aber trotz dieser Agitationsmethode, die Himmelhoch die der Gegner überhoht, hat die Partei keine Aussicht auf direkten Erfolg. Unser politisches Leben ist durch den Stimmenlauf usw. derart korumpiert, die Politik in solchem Maße zum Geschäft, das möglichst gewinnbringend zu gestalten ausschließliches Ziel der politischen Parteien ist, herabgewürdigt, daß das Anknüpfen der sozialistischen Partei heuer noch ein aussichtsloses bleiben wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November 1900.

Die Einberufung des Reichstages.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat der Reichskanzler heute Montag (1. November) dem Zivilkabinett die Mitteilung gemacht, daß der Reichstag am 30. November eröffnet werden wird.

Protest der Bergarbeiter gegen den Zentralarbeitsnachweis des Zechenverbandes.

Der Plan der Zechenbesitzer, durch einen zentralisierten Arbeitsnachweis die Bergarbeiter noch mehr als bisher von sich abhängig zu machen, hat diese im rheinisch-westfälischen Bergwerksrevier zu großen Massenprotesten aufgerufen. Gestern, am Sonntag, fanden dort wieder eine Reihe Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem Thema: „Das Vorkaufsrecht auf das Freizügigkeits- und Organisationsrecht der Bergarbeiter“ beschäftigten. In den Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die an den Minister für Handel und Gewerbe, v. Sydow, abgedandt werden soll:

Die von . . . Personen besuchte Bergarbeiterversammlung erklärt, daß sie sich mit der vom Zechenverband für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier beabsichtigten Einführung eines Zentralarbeitsnachweises nicht einverstanden erklären kann und wird.

Durch den Arbeitsnachweis auf der gedachten Grundlage würde das Freizügigkeitsrecht der Bergarbeiter aufgehoben, die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft auch dann illusorisch gemacht, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen. Die Bergarbeiter würden durch diesen Arbeitsnachweis völlig in die Gewalt des Zechenverbandes und seiner Organe gegeben, sie würden also unfrei.

Unter den jetzigen Verhältnissen können die Bergarbeiter niedriger Entlohnung, schlechter Behandlung durch die Grubenbeamten, sowie sonstigen, auf der Grube bestehenden Mißständen dadurch entgehen, daß sie ihr Arbeitsverhältnis kündigen und auf diese Weise ihre Lage zu verbessern suchen. Wird der geplante Arbeitsnachweis eingeführt, so wird ihnen diese Möglichkeit genommen; sie müssen sich dann schlechter entlohnen und behandeln, sowie sonstige Mißstände gefallen lassen. Findet wegen schlechter Bezahlung, schlechter Behandlung der Arbeiter oder wegen sonstiger Mißstände ein starker Wechselstromwechsel statt, so werden die Grubenbesitzer dadurch gezwungen, die vorhandenen Mißstände abzustellen. Wird der durch die vorbezeichneten Gründe hervorgerufene Wechselstromwechsel durch Zwangsmaßnahmen unmöglich gemacht, so muß — abgesehen davon, daß ein solcher Zwang wider die guten Sitten verstößt — die Unzufriedenheit der Bergarbeiter ins Wahre gesteigert werden, und es werden dadurch auch erhebliche Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Bergarbeiter heraufbeschworen.

Endlich bietet der geplante Arbeitsnachweis auch unzählige Handhaben, organisierte Bergarbeiter oder solche, die sich sonst auf einer Grube irgendwie mißlieblich gemacht haben, zu schikanieren, und dadurch das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, oder doch wenigstens bedeutend einzuschränken.

Alle diese Gründe zwingen die Bergarbeiter, dem vom Zechenverband geplanten Arbeitsnachweis den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammlung bittet daher den Herrn Minister für Handel und Gewerbe dringend, im Interesse des Friedens im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier dahin wirken zu wollen, daß der Arbeitsnachweis auf der vom Zechenverband geplanten Grundlage unterbleibt und wenn ein Arbeitsnachweis eingeführt wird, dies auf paritätischer Grundlage geschieht.

Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und überall herrschte eine begeisterte Kampfstimmung. In Bochum protestierten zum Beispiel 5000 Versammlungsbesucher gegen die Errichtung des Zentralarbeitsnachweises. In Dortmund war das Versammlungslokal überfüllt, weit über 3000 Personen standen dort in drangvoller Enge. In Essen wurde die Besucherzahl auf 2000 geschätzt. In Bruchhausen waren 1500 Personen anwesend, in Gelsenkirchen ebensoviel; in Oberhausen 1000 Personen; in Ramen 800, in Recklinghausen 800, in Stekrode und in Rassen bei Dortmund je 600, in Horstermark 500 Personen usw.

Auch die evangelischen Knappenvereine im Ruhrgebiet sind auf dem Plan erschienen, um gegen den Zentralarbeitsnachweis zu protestieren. Und das will schon was bedeuten. Von einem in Essen abgehaltenen Verbandstag wurde eine Resolution angenommen, deren erster Absatz lautete:

„Der Rheinisch-Westfälische Verband evangelischer Knappenvereine nimmt mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis von dem Beschluß des Zechenverbandes, einen einseitigen Zentralarbeitsnachweis für das Ruhrgebiet zu errichten. Da die Arbeiter den geplanten Zentralarbeitsnachweis ohne Aufgabe ihrer vornehmsten Rechte und Freiheiten nicht hinnehmen können, so ist durch die terroristischen Maßnahmen des Zechenverbandes die Gefahr der Störung des wirtschaftlichen Friedens leider wieder in den Bereich der Möglichkeit gerückt.“

Ferner wurde eine Petition an den Reichskanzler verfaßt, in der auf die Gefahr für das Koalitionsrecht hingewiesen wird, die der Arbeitsnachweis bedeutet.

Die Altersschwäche des Liberalismus

hat in Köln eine Wille geübt, die im politischen Leben schwerlich ihresgleichen findet. Am heutigen Dienstag beginnt in Köln die Stadtverordnetenwahl in der dritten Klasse. Bis in die letzten Tage hinein, während unsere Partei mit dem Zentrum schon heiße Schlachten in Versammlungen und Presse lieferte, hatten die Liberalen noch kein Lebenszeichen von sich gegeben. Ihre Wähler haben sich um die Wahl sozuzugehen gar nicht gekümmert und die „Vereinigten Liberalen Parteien“ Kölns selber haben erst am jüngsten Sonntag zu der Wahl Stellung genommen und die Kandidaten aufgestellt. Vorher wußte kein Mensch, ob sich diese „Politiker“ überhaupt noch an der Wahl beteiligen würden. Da am Montag infolge des für die katholischen Gebiete gesetzlich gewordenen Feiertags „Allerheiligen“ in Köln keine Zeitungen erschienen, konnten demnach die Liberalen ihre Kandidaten vor der Wahl überhaupt nicht mehr durch die Presse bekannt machen.

Für diese unglaubliche Schlafmüdigkeit gibt es nur eine Erklärung: Die Kölner Anhänger des bairischen Liberalismus, die

Demokratische Vereinigung, hat beschlossen, in der dritten Klasse gleich im ersten Wahlgang für die Sozialdemokratie einzutreten. Und in einzelnen Kreisen der Kölner Jungliberalen besteht die Absicht, bei einer Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie energisch für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Eine solche Situation aber wollen die „alten“ Nationalliberalen verhindern. So sehr ihnen die Zentrumsherrschaft im Rathause zuwider ist, widerstrebt es doch noch weit mehr ihrem patriotischen Gemüt, daß bei den Stichwahlen ihre „Jugend“, wie das in Mülheim am Rhein der Verein der national-liberalen Jugend mit Erfolg getan hat, öffentlich zur Wahl der Sozialdemokraten auffordern könnte. Das wollen sie unter allen Umständen verhindern. Eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist nur möglich, wenn die „Liberalen“ mindestens ihre alte Stimmzahl wieder aufbringen. Darum der lästige Wahlkampf, die beispiellose Stellungnahme zur Wahl in allerletzter Minute.

Ein konservativer Parteitag en miniature.

Die Konservativen der Provinz Sachsen hielten am Sonntag in Halle einen Provinzialparteitag ab. Auf konservativen Parteitagungen geht es ähnlich zu wie auf Katholikentagen: Die Delegierten dienen lediglich als Staffage und haben den Führern die verlangten Vertrauensvoten auszustellen. Es sprachen die Herren v. Wedekind, Piesdorf und Heydebrand, nach deren Reden die Delegiertenversammlung prompt eine Resolution faßte, in der es mit Stolz und Freude begrüßt wird, daß das „staatsmännliche Geschick“ der Konservativen dem deutschen Volke die Reichsfinanzreform beschert hat.

Zum Schluß spricht die Resolution die Ansicht aus, daß die konservative Partei weder mit dem Zentrum, noch mit den Liberalen ein dauerndes Bündnis schließen darf und sich darauf beschränken muß, Vereinbarungen von Fall zu Fall zu treffen.

Bemerkenswert ist der scharfe Ton, den einige Redner gegen die Nationalliberalen anschlugen. So sprach der Vorsitzende, der Justizrat Schenl-Wagdeburg, von den berüchtigten Wassermannschen Gestalten im Nationalliberalismus und nannte es eine „rowdy-mäßige Argumentation“, daß der Reichstagsabgeordnete Wassermann das Vorgehen der Konservativen als einen „Raubzug auf die Taschen der Unbemittelten“ bezeichnet habe.

Freisinnige Parteitage.

In Berlin, Frankfurt a. M. und Neumünster fanden gestern Provinzialparteitage der Freisinnigen Volkspartei statt, auf denen nach längeren Referaten verschiedener freisinniger Parteigrößen Resolutionen angenommen wurden, die sich für einen baldigen Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien aussprechen.

Interessant ist, daß der in Berlin abgehaltene freisinnige Parteitag für die Provinz Brandenburg die Haltung der freisinnigen Stadtverordneten Berlins in der Frage der Lehrgelhaltsaufbesserung verurteilte. Es wurde erklärt, daß der Parteitag für das Verhalten der freisinnigen Stadtverordneten nicht verantwortlich gemacht werden könnte, und daß die freisinnigen Stadtverordneten, die in anderen Stadtverwaltungen sitzen, bisher ihre Pflicht den Lehrern gegenüber voll erfüllt hätten.

Der Kinderparagraf im bayerischen Einkommensteuergesetz.

München, 31. Oktober. Von allgemeinem Interesse aus der Steuerberatung ist noch die Annahme und weitere Ausgestaltung des sog. Kinderparagrafen. Das bayerische Einkommensteuergesetz enthält in bezug auf Vergünstigungen der mit Kindern geeigneten Steuerpflichtigen die weitestgehenden Bestimmungen. Sie sind ein, wenn auch unzulängliches Korrektiv für den außerordentlich hohen Tarif.

Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 1200 Mark beträgt, können verlangen, daß ihnen Steuerermäßigungen gewährt werden bei

1 oder 2 Abkömmlingen um 2 Tarifstufen
3 „ „ „ 3 „
4 „ „ „ 4 „
5 „ „ „ 5 „
6 „ „ „ 6 „
7 „ „ „ 7 „
8 „ „ „ 8 „
9 „ „ „ 9 „
10 „ „ „ 10 „
11 „ „ „ 11 „
12 „ „ „ 12 „
13 „ „ „ 13 „
14 „ „ „ 14 „
15 „ „ „ 15 „
16 „ „ „ 16 „
17 „ „ „ 17 „
18 „ „ „ 18 „
19 „ „ „ 19 „
20 „ „ „ 20 „
21 „ „ „ 21 „
22 „ „ „ 22 „
23 „ „ „ 23 „
24 „ „ „ 24 „
25 „ „ „ 25 „
26 „ „ „ 26 „
27 „ „ „ 27 „
28 „ „ „ 28 „
29 „ „ „ 29 „
30 „ „ „ 30 „
31 „ „ „ 31 „
32 „ „ „ 32 „
33 „ „ „ 33 „
34 „ „ „ 34 „
35 „ „ „ 35 „
36 „ „ „ 36 „
37 „ „ „ 37 „
38 „ „ „ 38 „
39 „ „ „ 39 „
40 „ „ „ 40 „
41 „ „ „ 41 „
42 „ „ „ 42 „
43 „ „ „ 43 „
44 „ „ „ 44 „
45 „ „ „ 45 „
46 „ „ „ 46 „
47 „ „ „ 47 „
48 „ „ „ 48 „
49 „ „ „ 49 „
50 „ „ „ 50 „
51 „ „ „ 51 „
52 „ „ „ 52 „
53 „ „ „ 53 „
54 „ „ „ 54 „
55 „ „ „ 55 „
56 „ „ „ 56 „
57 „ „ „ 57 „
58 „ „ „ 58 „
59 „ „ „ 59 „
60 „ „ „ 60 „
61 „ „ „ 61 „
62 „ „ „ 62 „
63 „ „ „ 63 „
64 „ „ „ 64 „
65 „ „ „ 65 „
66 „ „ „ 66 „
67 „ „ „ 67 „
68 „ „ „ 68 „
69 „ „ „ 69 „
70 „ „ „ 70 „
71 „ „ „ 71 „
72 „ „ „ 72 „
73 „ „ „ 73 „
74 „ „ „ 74 „
75 „ „ „ 75 „
76 „ „ „ 76 „
77 „ „ „ 77 „
78 „ „ „ 78 „
79 „ „ „ 79 „
80 „ „ „ 80 „
81 „ „ „ 81 „
82 „ „ „ 82 „
83 „ „ „ 83 „
84 „ „ „ 84 „
85 „ „ „ 85 „
86 „ „ „ 86 „
87 „ „ „ 87 „
88 „ „ „ 88 „
89 „ „ „ 89 „
90 „ „ „ 90 „
91 „ „ „ 91 „
92 „ „ „ 92 „
93 „ „ „ 93 „
94 „ „ „ 94 „
95 „ „ „ 95 „
96 „ „ „ 96 „
97 „ „ „ 97 „
98 „ „ „ 98 „
99 „ „ „ 99 „
100 „ „ „ 100 „

Bei Steuerpflichtigen mit mehr als 1200 aber nicht mehr als 8000 Mark Einkommen gestalten sich die Vergünstigungen folgendermaßen: bei

1 oder 2 Abkömmlingen um 1 Tarifstufe
3 „ „ „ 2 Tarifstufen
4 „ „ „ 3 „
5 „ „ „ 4 „
6 „ „ „ 5 „
7 oder mehr „ „ „ 6 „

Bei Einkommen von 8000 bis 5000 Mark gelten folgende Ermäßigungen: bei

3 oder 4 Abkömmlingen um 1 Tarifstufe
5 „ „ „ 2 Tarifstufen
6 „ „ „ 3 „
7 oder mehr „ „ „ 4 „

In die für die Ermäßigung maßgebende Personenzahl sind nur die Abkömmlinge einzuzählen, die das 15. Lebensjahr nicht überschritten haben, oder die noch in der Ausbildung begriffen sind oder ihrer aktiven Militärdienstpflicht genügen.

Leopold Sonnemann.

In Frankfurt a. M. ist am Sonnabend, des Abends nach 9 Uhr, der Gründer der „Frankfurter Ztg.“, Leopold Sonnemann, im Alter von 78 Jahren gestorben. In Hochberg bei Würzburg im Jahre 1831 geboren, wurde er zunächst Kaufmann und gründete darauf in Frankfurt ein Bankgeschäft, das einen finanziellen „Geschäftsbericht“ herausgab. Aus diesem „Geschäftsbericht“ wurde später die „Frankfurter Handelszeitung“, dann die „Neue Frankf. Ztg.“ und schließlich die jetzige „Frankf. Ztg.“, die ihren eigenartigen Ursprung nie verleugnet hat, denn noch heute stellt sie eine seltsame Mischung bürgerlich-guttemperierter Demokratie mit großkapitalistischem Geschäftssinn dar. Durch sein Platz zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten Frankfurts geworden, wurde Sonnemann von dort 1871 in den deutschen Reichstag gewählt, dem er zunächst ununterbrochen bis 1877 und dann wieder, als Vertreter Frankfurts, von 1878 bis 1884 als Mitglied der Deutschen Volkspartei angehört hat. Seit Jahren war Sonnemann leidend, und die fortschreitende Abnahme des Augenlichts zwang ihn, sich von dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Für das politische Leben war er seitdem tot.

Gustav Ermer als Hypothekenschuldner des Fürsten Pleh.

Aus dem Secretariat des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes zu Waldenburg in Schlesien sendet uns Herr Gustav Ermer folgende Berichtigung:

„In Nr. 28 Ihrer Zeitung vom 29. Oktober d. J. veröffentlichte Sie einen Artikel mit der Überschrift: „Gustav Ermer als Hypothekenschuldner des Fürsten Pleh“. In diesem Artikel befindet sich folgende Stelle: „Tatsächlich sind auch die Statuten an der entscheidenden Stelle geändert worden, die Möglichkeit eines Streiks ist verschärft worden. Die Drohungen Reindorffs, die Zuschüsse zu entziehen, haben also Erfolg gehabt.“

Diese Darstellung Ihres Berichtes ist vollständig un wahr. Wahr ist vielmehr, daß ebenso wenig eine Änderung der Statuten des reichstreuen Bergarbeiterverbandes wie derjenigen des Bundes vaterländischer Arbeitervereine an der entscheidenden Stelle statt-

gefunden hat. Die angeblichen Drohungen Reindorffs haben also keinen Erfolg gehabt, sondern die Statuten bestehen in der ursprünglichen Form weiter zu Recht. Es ist auch in der Verhandlung, über die Sie hier berichten, gerichtlich festgestellt worden, daß eine Änderung der erwähnten Statuten nicht stattgefunden hat, trotzdem behaupten Sie das Gegenteil. Die übrigen Angaben des Artikels stimmen ebenfalls nicht, insonderheit ist die Aussage des Zeugen, Herrn Reg.-Rat Reindorff, vollständig falsch und entstellt wiedergegeben.

Ferner schreiben Sie: „Ich hätte Reindorff versprochen, auf der Hamburger Zentralversammlung in seinem Sinne zu wirken. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Erstens hat der Zeuge Reindorff diese Äußerung nicht gemacht, und zweitens habe ich in bezug auf Streiks und Arbeitseinstellungen, wie durch die Zeugenaussage des Herrn Reg.-Rat Reindorff gerichtlich festgestellt worden ist, nie eine andere Ansicht gehabt als Herr Reg.-Rat Reindorff selbst. Auch habe ich in Hamburg nicht für die Entfernung der entscheidenden Stellen im Statute, die die Möglichkeit eines Streiks zulassen, gewirkt, es ist das auch von sonst niemand geschehen.“

Endlich hat Herr Reg.-Rat Reindorff nie einen Brief an mich geschrieben, in dem er verlangte, daß in die Statuten der von mir vertretenen Arbeiterorganisationen ein Passus aufgenommen würde: „daß der Streik grundsätzlich zu verwerfen ist“, sondern Herr Reg.-Rat Reindorff hat nur einmal angeregt, ob es nicht angebracht sei, die Bestimmung des Statuts im Bunde vaterländischer Arbeitervereine, die den Streik zuläßt, zu entfernen. Ich habe Herrn Reg.-Rat Reindorff davon überzeugt, daß eine solche Änderung der Statuten nicht vorgenommen werden könne, und damit war diese Angelegenheit erledigt. In dem Briefe des Herrn Reg.-Rat Reindorff, den Sie in Ihrem Artikel eingangs erwähnen, ist von den Statuten der reichstreuen Bergarbeitervereine überhaupt nirgends die Rede.“

Als wir Ermers Brief erhielten, glaubten wir, er wolle nicht unseren Artikel, sondern die Hypothekenschuld — berichtigen! Wie man sieht, will er das nicht. Daß Reg.-Rat Reindorff wegen der Befreiung der Streizulässigkeit auf den Wuch gelopft hat, leugnet Ermer auch nicht, und da er selber erklärt, er habe in bezug auf Streiks und Arbeitseinstellungen nie eine andere Ansicht gehabt als Herr Reg.-Rat Reindorff selbst, so wissen wir nicht, was die ganze „Berichtigung“ soll. Wahrscheinlich weiß Gustav Ermer das selber nicht. —

Oesterreich.

Ministerkrise.

Wien, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Der Ministerrat beschloß die Besetzung, durch die in vier deutschen Kronländern die deutsche Sprache als ausschließliche Amts- und Unterrichts-sprache festgelegt wird, zur Sanktion vorzuschlagen. Die tschechischen Minister, Landammannminister Dr. Jazek und Ackerbauminister Graf, stimmten dagegen und gaben ihre Demission, die angenommen werden wird. Die unmittelbare Folge des Beschlusses ist die Verschärfung der parlamentarischen Situation und die Gewißheit, daß die tschechische Obstruktion mit erneutem Ungestüm einsehen wird. Die Regierung läßt erklären, daß während der jetzigen kurzen Vertagung des Abgeordnetenhauses wegen Notmachung des böhmischen Landtages verhandelt werden soll. Sollten die Konferenzen ergebnislos bleiben, wird die Vertagung des Hauses bis Ende November dauern. Eine Krise des Gesamtkabinetts wird vorläufig nicht erwartet.

Frankreich.

Gegen die Merikale Gefahr.

Paris, 31. Oktober. Bei einem Vankett der Liga für Unterricht hielt Ministerpräsident Briand eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die Merikalen mit ihren Angriffen auf die Laienschule am Vorabend der Wahlen tatsächlich auf die Republik abzielten. Siderlich wünschte die Regierung die Verhütung, aber mit den Republikanern werde sie kräftig und auf gesetzlichem Wege die Schule verteidigen, ohne je Gewalttätigkeiten zu begehen, die man herbeizurufen suche, um die französische Republik in Mißkredit zu bringen. Die Katholiken selbst würden niemals Anregungen befolgen, die von außen kämen und sie gegen eine Einrichtung des Landes setzten. —

England.

Londoner Gemeindevahlen.

London, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Am 1. November finden in den 28 Gemeinden, die die Londoner Grafschaft bilden, Municipalwahlen statt, bei denen nicht weniger als 61 Frauen kandidieren. Darunter sind 12 Sozialistinnen und 4 Vertreterinnen von Arbeiterorganisationen. Eine der letzteren ist die Tochter des Bischofs von Norwich.

Griechenland.

Das Ende.

Athen, 31. Oktober. Von den menternden Marine-offizieren befinden sich jetzt neun in Haft. Thyalbos soll sich mit einigen anderen ins Gebirge geflüchtet haben. Unter den Unteroffizieren der Marine macht sich eine gewisse Erregung geltend, doch hofft man sie zu beruhigen. Die Beschädigung des Torpedobootzerstörers Esfendoni sind nicht sehr schwer. Ingesamt sind bei dem vorgestrigen Kampfe vier Mann getötet worden. Die aufständischen Besatzungen der Torpedoboots haben sich ergeben.

Hier erhält sich das Gerücht, daß ungefähr achtzig Marine-offiziere, die sich mit den Forderungen des Leutnants Thyalbos einverstanden erklärt hatten, sich aber nicht mit ihm im Arsenal hatten vereinigen können oder wollen, beschlossen haben sollen, ihre Entlassung zu fordern, wenn nicht gewisse höhere Offiziere pensioniert würden, wie es schon Thyalbos verlangt hatte.

Der Ministerrat hat nach einer heute morgen abgehaltenen Sitzung den Staatsanwälten des Areopagos mitgeteilt, daß nach seiner Meinung die Rebellen wegen politischer Verbrechen vor ein Schwurgericht zu stellen seien.

Persien.

Rückzug der russischen Truppen.

Petersburg, 31. Oktober. Da die russische Regierung es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für überflüssig erachtet, das nach Kaswin entsandte Truppenelement in seiner vollen Stärke dazulassen, hat sie beschlossen, den größten Teil desselben zurückzuziehen und nur das zu ihm gehörige Regiment der Kadafolaten in Persien zu behalten.

China.

Vorbereitungen für die Verfassung.

Peking, 31. Oktober. Eine kaiserliche Verordnung setzt die Klassen fest, aus denen die Mitglieder der in Vorbereitung befindlichen Reichsversammlung gewählt werden sollen. — Die Provinzialparlamentarier widersprechen sich der Erhebung neuer Steuern, besonders der Stempelsteuer, und auswärtigen Anleihen. Die chinesische Presse unterstützt die oppositionelle Bewegung.

Gewerkschaftliches.

Der Nürnberger Oberbürgermeister gegen eine freisinnige Terrorismuslüge.

Die freisinnigen Schwindelnachrichten von „Streikmännern“ der ausgeperrten Mühlenarbeiter spielten am Freitag auch in die Sitzung des Nürnberger Stadtmagistrats hinein. Die „Fr. Tagespost“ hatte sich in einem Artikel mit dem freisinnigen Magistratsrat Heim befaßt, der am Mittwoch in der Sitzung des Polizeisenats eine Interpellation begründete und dabei scharfe Mahnungen gegen die Ausgesperrten verlangte, die der freisinnige „Fr. Kurier“ beschuldigt hätte, daß sie Arbeitswillige mit Prügelein mißhandelt und eine Zusammenrottung verursacht hätten, gegen die die Polizei vorgehen mußte. Der Herr wollte haben, daß der Aufrührerparagraph verkündet, eventuell Militär beigezogen werde usw. Der „Fr. Tagespost“ warf er vor, daß sie entgegen der Wahrheit die Ausschreitungen der Müller in Abrede gestellt und dadurch „geheißt“ und die Bevölkerung beunruhigt habe, worauf der Staatsanwalt aufmerksam zu machen sei. Diese Anwürfe wurden von unserem Nürnberger Parteiblatt gebührend zurückgewiesen; im Magistrat gab nun Heim eine Erklärung gegen die „Tagespost“ ab, in der er sie wieder der Lüge bezichtigte und neuerdings behauptete, daß Ausschreitungen vorgekommen seien. In der Erörterung nahm der Oberbürgermeister v. Schuh das Wort, um die freisinnigen Wahrheitsbolde mit der einfachen Erklärung abzuführen:

„Im Kampf der Mühlenarbeiter sei bis jetzt noch nichts vorgekommen, was auch nur im geringsten Anlaß zu Bedenken gebe, und es sei doch nicht Aufgabe der Polizei, immer schon im voraus die bedenklichsten und schrecklichsten Dinge anzunehmen und danach Maßnahmen zu treffen. Das würde erst recht zu ganz bedenklichen Dingen führen.“

Damit ist die freisinnige Schauer Geschichte, die bereits ihren Weg durch die ganze deutsche Scharfmacherpresse gemacht hat, genügend als gewissenloser Schwindel gebrandmarkt, und der freisinnige Scharfmacher Heim hat die oberbürgermeisterliche Bestätigung, daß nicht die „Fr. Tagespost“ gelogen hat, sondern daß vielmehr er selbst und sein Parteiorgan nicht allzu zart mit der Wahrheit verfahren ist.

Der freisinnige Lokalauschuß hat es für notwendig gehalten, in einer Sitzung auch zu den Vorgängen beim Zelluloidarbeiterstreik „Stellung zu nehmen“. In einer angenommenen Entschließung wird erwartet, daß der Magistrat in Zukunft die ihm geleglich zustehenden Maßnahmen ergreifen werde, welche geeignet seien, eine erneute Wiederholung „derartiger gefährdender Gesekwidrigkeiten“ zu verhindern. Weiter wird erwartet, daß die Staatsanwaltschaft in Zukunft mit zweckdienlicher Beschleunigung in der Verfolgung gegen Personen, die gegen das Gesetz verstoßen haben, welcher Partei und welcher Gesellschaftsklasse sie immer angehören mögen, vorgehen werde.

Polizei und Staatsanwalt — das sind die sozialpolitischen Heilmittel des Freisinn!

Berlin und Umgegend.

Ausperrung und Streik der Isolierer Berlins.

Die Isolierer Berlins und Umgegend haben am Sonntag nachmittag in außerordentlicher Mitgliederversammlung ihrer Organisation beschlossen, überall, wo ihre Forderungen nicht anerkannt werden, am Montag, den 1. November, die Arbeit einzustellen. Man kann diesen Streik mit Recht auch als Ausperrung bezeichnen, denn am Sonnabend ist den Isolierern in den einzelnen Werkstätten von den Arbeitgebern ein Formular vorgelegt worden, durch das sich jeder der beschäftigten Isolierer auf bestimmte Arbeitsbedingungen unterzeichnet verpflichten sollte und das mit den Worten schließt:

„Wer mit nachstehenden Bedingungen nicht einverstanden ist, kann am Montag, den 1. November, seine Papiere und Lohnabrechnung in Empfang nehmen.“

Das Schriftstück, das mit der Maschine hergestellt und vervielfältigt ist, rührt offenbar vom Unternehmerverband her, der bislang mit der Isoliererorganisation im Tarifverhältnis stand und mit ihr auch bis vor kurzem Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages gepflogen hat. Der Unternehmerverband hat es also nun darauf abgesehen, die Organisation der Arbeitnehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen auszuschalten und jeden einzelnen durch Drohung mit sofortiger Entlassung zur Auerkennung bestimmter Bedingungen zu zwingen. Gelingen ist das in keinem Fall. Die Isolierer wie Helfer haben es überall, wo die Zumutung an sie gestellt wurde, abgelehnt, jenes Schriftstück zu unterzeichnen. Damit wäre die allgemeine Ausperrung gegeben, soweit die Macht des Unternehmerverbandes im Isolierergewerbe reicht. Doch allzu weit reicht sie nicht. Mehrere Firmen, darunter eine der größten, haben die Forderungen der Isolierer bereits schriftlich anerkannt und von dem Unternehmerformular keinen Gebrauch gemacht.

Die Isolierer bewiesen am Sonntag durch außerordentlich zahlreichen Besuch ihrer Versammlung und lebhafteste Aussprache über die Lage, daß sie schon auf den Kampf vorbereitet waren und ihn auch mit Entschlossenheit und Einmütigkeit durchführen werden. Der Verbandsvorsitzende Hermann Lange berichtete über die Antwort der Arbeitgeber auf den letzten Versammlungsbeschluß. Diese Antwort des Arbeitgeberverbandes für das Isolierergewerbe Berlins lautet:

„Daß wir weitere Zugeständnisse als bei unserer letzten gemeinsamen Sitzung am 21. Oktober nicht machen können und deshalb auch weitere Verhandlungen für zwecklos halten.“

Der Redner führte aus, daß die Antwort ausgefallen sei, wie zu erwarten war, und daß die Unternehmer schon lange nach einer Nachprobe trachteten. Sie haben in den letzten Jahren wiederholt Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und namentlich die prinzipielle Einführung der Akkordarbeit angestrebt. Dabei wollten sie zuerst überhaupt keinen bestimmten Lohnsatz garantieren, schließlich erklärten sie sich bereit, 50 Pf. Stundenlohn bei Akkordarbeit zu garantieren. Für Lohnarbeit sollten die alten Sätze: 65 Pf. für Isolierer, 50 Pf. für Hilfsisolierer und 45 Pf. für Helfer, bestehen bleiben; wohingegen die Arbeitnehmer die bei der außerordentlichen Teuerung gewiß sehr bescheidene Förderung von 5 Pf. Erhöhung der Stundenlöhne gestellt hatten, ebenso wie sie die Landerhöhung von 2,50 M. auf 3 M. erhöht wissen wollten. In den schon erwähnten „Bedingungen“, die die Unternehmer am Sonnabend den Arbeitern auferlegen wollten, heißt es, daß der Stundenlohn der selbständigen Isolierer 65—70 Pf., je nach Vereinbarung, betragen soll, daß Fahrgeher, Sororts- und Landerzulagen wie bisher gezahlt werden, und weiter: Normalliegende Arbeiten von 20 Quadratmeter an aufwärts werden in Akkord ausgeführt nach dem zuletzt bekannt gegebenen Tarif. Schwerere Arbeiten unterliegen besonderer Vereinbarung oder werden in Stundenlohn ausgeführt. Bei Akkord werden nach Wunsch Vorarbeiten in bisheriger Weise bezahlt. Die bei der Firma bisher bestehenden Arbeitsbedingungen bleiben bis auf weiteres in Kraft.“ — Dieran schließt sich dann der bereits wiedergegebene Satz, der alle die, die damit nicht einverstanden sind, mit Entlassung bedroht. Merkwürdig ist, daß die Bedingungen selbst von dem advozierenden, was die Unternehmer bei den letzten Verhandlungen angeboten haben. — In der Versammlung erklärten sich alle Redner ganz

Berantw. Redakt.: Emil Anger, Brunwald, Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Borntrichs Buchdr. u. Verlagsanstalt

entschieden gegen das Vorgehen des Unternehmertums und der Beschluß zur Arbeitsniederlegung wurde einstimmig gefaßt.

Die Vöttcher und der Tarifvertrag in den Brauereien.

Der Zentralverband der Vöttcher beschäftigte sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die am Sonntagvormittag in Voelkers Festsaal stattfand, mit der Frage der Kündigung des Tarifvertrages für die Brauereien. Klappschus legte in einem Referat darüber dar, daß die Kündigung sich besonders in Anbetracht der allgemeinen Teuerung als notwendig herausgestellt habe. Es gelte einen besseren Lohn zu erzielen, die Arbeitszeit zu regeln und andere Verbesserungen herbeizuführen, die genauer zu bestimmen Aufgabe der zu wählenden Tarifkommission sein werde. Von einer Neuregelung des Freitrunks, wie sie der Brauereiarbeiterverband wünscht, wollte der Redner nichts wissen. In der Diskussion war man mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden; man verlangte unter anderem, daß der Lohn 38 M. betragen sollte. Gegen den Brauereiarbeiterverband wurden manderlei Angriffe gerichtet, indem man annahm, daß er sich in seinen Bestrebungen zu sehr von dem Gedanken leiten lasse, daß alle in den Brauereien beschäftigten Leute zu ihm gehören.

Die Tarifkommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, wurde von der Versammlung gewählt.

Klappschus erstattete den Kassenbericht für das 3. Quartal 1909. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 4122,78 M. An Arbeitslose wurden 503,50 M., an Kranke 1359,50 M., an Streikende 315,50 M. als Unterstützung gezahlt. Die Lokalkasse buchte eine Einnahme von 3349,88 M. und eine Ausgabe von 1082,85 M., somit bleibt ein Bestand von 1667,01 M. in der Kasse. Für die schwedischen Arbeiter wurden aus der Lokalkasse 600 M. bewilligt. Der Mitgliederbestand hat um 10 Personen zugenommen und betrug am Ende des Quartals 578.

An Stelle von Klappschus, der bisher Mitgeselle der Innung war (es gibt zwei Innungen in Berlin), wurde Bernick gewählt. Viel geklagt wurde noch darüber, daß in manchen Brauereien die Brauer den Vöttchern viel schaden, indem sie Vöttcherarbeiten übernehmen.

Achtung, Hartgummiarbeiter!

Der Streik bei den Firmen, welche den Tarif nicht anerkannt, ist noch nicht beendet. Folgende Firmen sind bis auf weiteres gesperrt: Rattbey, Schlesische Str. 32, Pape, Palfadenstr. 49 und Fuchs u. Müller, Weiler Str. 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zwangsvversicherung gegen Arbeitslosigkeit.

In Solingen wurde aus Arbeitgeberkreisen beim Vorstand der mit dem Gewerbeamt verbundenen Arbeitsnachweisstelle angeregt, gemeinsam mit den Stadtverwaltungen und den Gewerkschaften eine Arbeitslosenversicherung für den Solinger Industriebezirk ins Leben zu rufen. Nachdem inzwischen dieser Plan schon in einer Konferenz der Gemeindeverwaltungen auf Veranlassung des Oberbürgermeisters von Solingen besprochen worden war, hat sich auch die Arbeiterschaft mit der Frage beschäftigt. In einer Generalversammlung des Industriearbeiterverbandes (Solinger Fachverein) verhielten sich sämtliche Redner einer derartigen Versicherung gegenüber ablehnend. Es wurde gefaßt, die Zwangsvversicherung gegen Arbeitslosigkeit werde den gewerkschaftlichen Organisationen ein Anziehungsmittel entziehen, und bei Streiks werde die Versicherungskasse den im Streik befindlichen Firmen-Arbeitslose zuweisen, denen sie im Falle der Verweigerung der Arbeitsannahme die Unterstützung entziehen würde. Auf diese Weise würde die Zwangsvversicherung gegen Arbeitslosigkeit jeden Streik von vornherein aussichtslos machen. Verdächtig sei der Umstand, daß der Plan von Arbeitgeberseite ausgehe, die doch in erster Linie ihr Interesse im Auge hätten. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Solange nicht hinreichende Garantien dafür gegeben sind, daß die für die Gemeinden des Kreises Solingen geplante Arbeitslosenversicherung nicht zur Vermittlung von Arbeitswilligen benutzt werden kann in der Weise, daß befristeten Firmen-Arbeitslose zugeführt werden oder gar die Verweigerung zugewiesener Streikarbeit den Verlust der Unterstützungsrechte zur Folge hat, muß der Industriearbeiterverband es ablehnen, sich an der Ein- und Durchführung einer Arbeitslosenversicherung zu beteiligen. Allen Problemen, bei denen obige Voraussetzung nicht erfüllt ist, wird der Industriearbeiterverband im Interesse der Arbeiterschaft entschieden Widerstand entgegenzusetzen.“

In ähnlichem Sinne hat sich auch der Deutsche Metallarbeiterverband schon vor einiger Zeit zur Frage der Zwangsvversicherung in Solingen ausgesprochen. Damit dürfte das von den dortigen Unternehmern geforderte Projekt als gescheitert zu betrachten sein.

Knappschafstältestenwahlen.

Die Sonnabend, den 30. Oktober, in vier Sprengeln des Allgemeinen Knappschafstältestenwahlvereins stattgehabten Ketteisenwahlen endeten mit einem vollen Erfolge des Bergarbeiterverbandes. Der Verband erhielt mit 780 Stimmen drei Ketteisen und 2 Erfahrmänner, während der christliche Gewerbeverein mit nur 486 Stimmen einen Ketteisen und 2 Erfahrmänner erhielt. Bald hätte der Gewerbeverein auch diesen einen Ketteisen nicht erlangt, denn in Kellinghausen bei Essen siegte der Gewerbeverein trotz des schätigen Flugblattes, das er am Tage vor der Wahl herausgab, nur mit einer Stimme Mehrheit.

In Grillendorf und Rotthausen siegte der Verband mit einer Mehrheit von 93 bezw. 102 Stimmen, während in Mülheim der Verband ohne Gegenkandidaten das Feld behauptete.

Engels Ende.

Der bei dem Streik der Aluminiumarbeiter in Bad. Rheinfelden zu so trauriger Verühmtheit gelangte christliche Gewerkschaftssekretär Engel ist nun doch von seiner Gewerkschaft seiner Tätigkeit entbunden worden. Engel war aber auch zu ungeschickt. Streitet mit dreifacher Sten gegen den von Staatsbeamten festgestellten wahren Sachverhalt und läßt sich wiederholt in der Öffentlichkeit von diesen Beamten auf die Pfoten klopfen. Das mußte selbst der christlichen Gewerkschaftsleitung zu starker Zahal werden. Dätte Engel sein trauriges Handwerk nur gegen die freien Gewerkschaften ausgeübt, so würde er als tüchtiger Beamter gelten und im Rate der christlichen Weisen obenan sitzen.

Scharfmacherische Übungen.

Ende Oktober haben die Geschäftsführer der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und die des Verbandes Deutscher Arbeitgeberverbände in Hamburg eine gemeinsame Arbeitsnachweiskonferenz abgehalten. Die Konferenz, die aus allen Gebieten Deutschlands sehr zahlreich besetzt war, hat den Leitern der Verbände die praktische Kenntnis der Einrichtungen des Arbeitsnachweises des Verbandes der Eisenindustriellen Hamburgs, der vorbildlich wirken soll, vermittelt. Die Konferenz soll die Ausdehnung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise, von denen es schon 150 geben soll, fördern. Danach dürfen die Arbeiter damit rechnen, daß ihnen die Scharfmacher in nächster Zeit einen Kampf um den Arbeitsnachweis aufzwingen werden.

Einen größeren Vorstoß nach dieser Richtung macht ja zurzeit der Zechenverband. Für leidlich verständige Unternehmer ist diese Frage längst entschieden und der Kampf um den Arbeitsnachweis als völlig unnötig erachtet worden, durch die Erziehung von paritätischen Arbeitsnachweisen. Jetzt aber betreiben die Scharf-

macher diese Sache wieder systematisch und drücken ihre Arbeitsnachweiskämpfer in die geheime Geschäftspraxis ein, wie gut diese Nachweise als Maßregelungsbureaus fungieren können und müssen.

Ausland.

Arbeitslosigkeit in Australien.

Auch in Australien ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, obgleich dort in den meisten Berufen bedeutend längere Arbeitszeit besteht als in Europa. Die Einwanderung ist nämlich viel größer, als daß Handel und Industrie für alle genügend Arbeitsgelegenheit bieten könnten. Um der Not unter den Arbeitslosen zu steuern und geeignete Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit zu nehmen, haben sich in allen Großstädten besondere Komitees gebildet, die zum Teil jetzt besonders, unregelmäßig erscheinende „Arbeitslosenzeiten“ herausgeben, die den Arbeitslosen gratis zum Verkauf a 1 Penny (8 Pf.) überlassen werden. Man hofft den Arbeitslosen dadurch eine materielle Hilfe angedeihen zu lassen und zugleich das Publikum über die wahren Verhältnisse des Arbeitsmarktes aufklären zu können.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hielt am Sonntag seine Generalversammlung im „Englischen Garten“ ab. Jurell erstattete der Kassierer Holt seinen Bericht vom 3. Quartal 1909. Die Einnahmen betragen während dieses Vierteljahres 10 438,50 M., die Ausgaben 10 919,75 M.; es ergab sich demnach eine Mehrausgabe von 481,25 M. Der Kassenbestand am 30. September 1909 betrug 12 556,39 M. Unter den Ausgaben stehen 300 M. als Unterstützung für die schwedischen Arbeiter bezeichnet. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission erstattete Müller Bericht; er besprach besonders das neue eingeführte Regulative für die Gewerkschaftskommission. Die Versammlung entschied sich dafür, das bisherige Delegierten-system beizubehalten und bestätigte die Wahl der alten Delegierten. Der Vorsitzende Schwitta u. legte dann einen Antrag der engeren Verwaltung vor, daß die Mitglieder monatlich Agitationsmarken von 10 Pf. zu haben haben. Von den Bezirken „Osten“ und „Südosten“ lagen aber weitergehende Anträge in dieser Richtung vor. Diese hielten eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. pro Woche für geboten. Nach langer Diskussion beschloß die Versammlung, daß der wöchentliche Beitrag vom 1. Januar ab 60 Pf. pro Woche, also 10 Pf. mehr als bisher betragen soll. Eingeschlossen in den dahingehenden Antrag war die Bestimmung, daß vom gleichen Zeitpunkt ab die Verbandzeitung per Post zu versenden sei.

Die Sektion der Putzer vom Zentralverband der Maurer hörte in ihrer Generalversammlung, die am Donnerstagabend in den Arminkallen stattfand, einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwält Wolfgang Heine über das Thema „Lohnlagen und Sicherung von Arbeiterlöhnen“. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der dem Vortragenden verschiedene Rechtsfragen zur Beurteilung vorgelegt wurden.

Die Versammlung nahm dann den Kassenbericht entgegen. Der Kassierer Richter legte die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Danach balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 12 453,31 M. Die Einnahmen der Lokalkasse wurden mit 62 018,65 M. gebucht, die Ausgaben betragen 7708,85 M. Der Bestand ist demnach 54 306,50 M. Unter den Ausgaben standen 1200 M. als Unterstützung für die schwedischen Arbeiter bezeichnet; für Streiks und Waisperrten wurden 3400 M. ausgegeben, für die Waisenkontrolle 351,20 M. und als Krankengeldzuschuß 625,50 M. Der Mitgliederbestand der Sektion der Putzer betrug am Schlusse des Quartals 1368. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet.

Die sächsischen Stichwahlen.

Zwickau i. S., 1. November. (B. T. W.) Bei der heutigen Stichwahl im städtischen Wahlkreise Zwickau wurde Vär (Frei.) mit 12 789 Stimmen gegen Schmidt (Soz.), der 7172 Stimmen erhielt, gewählt.

Freiberg i. S., 1. November. (B. T. W.) Im 6. städtischen Wahlkreise wurde Braun (Natf.) gegen Kleeis (Soz.) gewählt. Braun erhielt 5792, Kleeis 3745 Stimmen.

Rositz, 1. November. (B. T. W.) Im 13. städtischen Wahlkreise wurde Voth (Frei.) mit 6253 Stimmen gegen Barth (Soz.) gewählt, welcher 4375 Stimmen erhielt.

Das amtliche Ergebnis der Leipziger Stichwahlen ist am 1. November verkündet worden:

Im 1. Wahlkreise entfielen auf Schwardt (Soz.) 5097, auf den bürgerlichen Kandidaten 10 867 Stimmen. Gewählt ist Loebner (natf.). Im zweiten Kreise erhielt Seger (Soz.) 7839, der bürgerliche Kandidat 13 355 Stimmen. Gewählt ist Wappeler (natf.). Im dritten Kreise wurden abgegeben für Jäge (Soz.) 12 478, für Müller 12 250 Stimmen. Gewählt ist Jäge. Im 5. Kreise wurden gezählt für Vamers (Soz.) 9419, für Rudolph (natf.) 15 029 Stimmen. Gewählt ist Rudolph. Im 6. Kreise wurden 22 636 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Lehmann (Soz.) 7371, Siehe (natf.) 15 265 Stimmen. Gewählt ist Siehe.

Eine größere Serie von Stichwahlen ist heute, den 2. November, zu erledigen. Da wird es sich entscheiden, in welcher Stärke unsere Genossen — bisher 17 Mann — in das sächsische Landesparlament einziehen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahltag.

Arnstadt (Thüringen), 1. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Mit 900 gegen 600 bürgerliche Stimmen drang die hiesige Sozialdemokratie heute bei den Gemeinderatswahlen durch.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Frankfurt a. M., 1. November. (B. S.) Heute früh 6 Uhr wurde im Maschinenhaus des Ostbahnhofes der 23jährige Heizer Jakob Beder aus Haffensdorf, der zwischen einer Maschine und die Wand geriet, totgebrückt.

Wenn man mit Schußwaffen spielt.

Frankfurt a. M., 1. November. (B. S.) Beim Schiessen mit einem Revolver erschöpfte Sonnabendabend in einer Wirtschafft in Hedderheim der Student Geng den 19-jährigen Arbeiter Kubjansen. Der Erschossene war der einzige Ernährer seiner Mutter.

Ein deutscher Dampfer gestrandet.

Lourenco Marques (Südafrika), 1. November. (B. T. W.) Der deutsche Dampfer „Gouverneur“, von Beira nach Bombay unterwegs, ist bei Zabora gestrandet. Die Passagiere, zum größten Teil Indier, sind gelandet.

Bergmanns Tod.

Cardiff (England), 1. November. (B. T. W.) Die Tarnen-Kohlengrube bei Hylafra wurde heute nachmittags durch einen plötzlichen Wassereintrich überschwemmt. Von der Belegschaft konnten sich 160 Mann retten; drei Leichen sind bisher geborgen worden, 74 Arbeiter werden vermisst.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Civic Federation.

In seiner Darstellung der Tätigkeit des Führers der amerikanischen Gewerkschaften, Gompers, war Kautsky genötigt, auch die merkwürdige Tätigkeit zu beleuchten, die dieser Arbeiterführer als Vizepräsident der Civic Federation, einer angeblich der Versöhnung von Kapital und Arbeit dienenden Vereinigung, entfaltete.

Nachdem das „Correspondenzblatt“ mit Unehrlichkeit und Feindseligkeit gegen die Gewerkschaften vorgeworfen, weil ich die Geschäftlichkeit der Unternehmerverbände an der Hand der amerikanischen Statistik zu illustrieren versuchte; nachdem es Gompers als Genossen begrüßt und seine sozialistischen Kritiker in Amerika und Deutschland beschimpft hatte, steigt es in seiner letzten Nummer noch eine Stufe höher und legt sich für die Civic Federation ins Zeug!

Es heißt in dem Artikel „Gompers und die deutschen Gewerkschaften“ („Correspondenzblatt“ vom 16. Oktober):

„Seit dem Empfang des Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes durch die deutschen Gewerkschaften beziehungsweise die Generalkommission können sich einige Organe der Parteipresse nicht beruhigen. Von den verschiedensten Seiten wird das Holz für den Scheiterhaufen zusammengetragen, auf dem Gompers von unseren Parteilitern getarnt werden soll.“

Wir haben uns nicht veranlaßt gesehen, auf diese Verdrehungen der tatsächlichen Verhältnisse zu antworten. Nun hat aber auch ein Gewerkschaftsblatt, „Der Textilarbeiter“, sich bemüht, gefühllos in die gleiche Herbe zu hauen.

Die Unterabteilung hat nach dem Programm weiter die Aufgabe, für den Abschluß und die Innehaltung von Tarifverträgen zu wirken und auf Ersuchen der Parteien als Einigungsamt zu dienen.

Es ist in dieser Unterabteilung, oder wie der offizielle Name lautet: Industrial Department of the National Civic Federation, wo Gompers das Amt eines Vizepräsidenten übernahm.

Trotzdem fügt das „Correspondenzblatt“ noch zu dem Gesagten ein Zitat aus einem bürgerlichen Buche über den „industriellen Frieden“ hinzu, in dem die Civic Federation in den Himmel gehoben wird.

Das ist also der amerikanische Reichsverband. Der „Textilarbeiter“ wird demnach hoffentlich einsehen, wie vorsichtig die Thesen des Herausgebers der „Neuen Zeit“ aufzunehmen sind.

Vorsicht ist sicher eine Tugend, aber ob gerade diejenigen, die eben von Gompers als „wahrscheinlichen Revolutionär“ und „Genossen“ heringefallen waren, die berufensten sind, diese Tugend anderen zu predigen, ist sehr die Frage.

Der „Textilarbeiter“ wird inzwischen wohl auch so „vorsichtig“ gewesen sein, die Ausführungen des Genossen Berger über die Civic Federation in dem Bericht des „Vorwärts“ zu lesen, wenn er sie nicht früher schon hörte, und er wird schon dadurch zu einiger Vorsicht gegenüber dem „Correspondenzblatt“ veranlaßt worden sein, das heißt gegenüber dem „Correspondenzblatt“ von heute, das durch die Freundschaft mit Gompers nicht gewonnen hat.

Die Verwirrung, die diese unnatürliche Allianz in den Kreisen der vielföpfigen und schwer lenkbaren Arbeiterschaft anrichten muß, wird größer und schädlicher sein als alle erdoffenen und tatsächlichen moralischen und sonstigen Erfolge auf diesem Wege.

Natürlich kommt es nicht auf den Buchstaben der Statuten an, sondern auf den Geist, der in ihnen weht. Wer diesen kennen lernen will, der lese das Organ der Civic Federation, „The National Civic Federation Review“.

Was uns dort auf den ersten Blick auffällt, ist die Liste der Mitglieder des Vorstandes (Executive Council). Dort und nicht in irgendeiner Unterabteilung figuriert als erster Vizepräsident Herr Samuel Gompers.

Die Artikel der „Revue“ richten sich in der großen Mehrheit gegen unsere Partei. Darunter gar manche von Arbeitern, auch sozialistischen Negativen, die in der Weise des Korbmachers Fischer berichten.

Den Ton dieser Artikel kennzeichnen das erste beste Zitat, das mir unterkommt. Ich könnte deren viele Duzende bringen:

„In unserem Lande sind die Flaggen aller Nationen willkommen. ... Aber eine Flagge gibt es, für die hier kein Raum ist, und das ist die rote Fahne, die die Sozialisten vom Piratenschiff der Anarchie gerissen und als die ihre anerkannt haben. Man braucht keine Enzyklopädie, kein Wörterbuch, kein gelehrtes Nachschlagewerk einzusehen, um zu wissen, was das Scharlachbanner bedeutet.“

Kleines feuilleton.

Die Marsreise.

(Zweites unseres Korrespondenten.)

Anfangs war er ein roter Punkt. Nach zwei Tagen — ein zehnmarkiges, nach vier — ein Pfannkuchen, nach acht — eine große Kugel. Dann waren wir da.

„Mars!“ rief der Schaffner. „Aussteigen!“

Da stiegen wir aus.

Wir waren unserer fünfzig Franzosen, Türken, Japaner, — Leute aus allen Berufen, zum Teil auf der Suche nach neuen Wirkungskreisen: französische Nonnen, Damsdamen, ein abgenutzter Minister, ein ebenfolgender König. ... Das war ein Teil der Gesellschaft, der eng zusammenhielt. Ein Ei — ein Kuchen. Der andere — zu dem wir gehörten — war auf Forschungsreisen. Geplant war das Studium des Marslebens: Kunst, Philosophie, politisches und wirtschaftliches Leben.

Mariopolis ist die Hauptstadt. Die Stadt und Umgebung beschreibe ich ein nächstes Mal; diesmal möchte ich nur eine kurze Episode schildern, die mir besonders auffiel.

Waren da drei Herren bei der Expedition, von denen man nicht so recht wußte, wer sie waren. Sie trugen Jägerhemden, hielten sich abseits und tranken Bier. Komisch waren sie wohl. ... Am zweiten Tage nach der Ankunft besuchten wir eine Volksschule. Die Führung hatte Ki-Ki-Co. Er erklärte, er sprach, von Unterricht, von Erziehung. ...

Stützen die drei auf den Lehrer zu.

„Sind Sie der Lehrer?“

„Ja.“

„Wirklich? Rein, wie die! Ein Volksschullehrer!“

„Was er wohl kriegen mag?“

„Ach? Der sollte mal zu uns kommen!“

Sie stüßerten. Sie staunten. Er war ein Hundertier? Begreifen Sie das?

Weiter. Ein Wahllokal: Frauen, die wählen.

Die drei stehen wie Salzäulen.

„Frauen — wählen?“

„Frauen —?“

„Was sagst Du?“

Sie gucken, starren, können es nicht fassen. ...

Begreifen Sie das?

Ober ein andermal:

„Was? — Versammlungsfreiheit?“

„Rein Hundertum?“

„Keine Rüstungen?“

„Wenig Steuern?“

Ränge sah Ki-Ki-Co sie an. Er begriff sie nicht. Dann aber hielt es ihn nicht länger:

„Wer sind denn die Herren, die sich so wundern? Wo kommen die bloß her?“

Man wußte es nicht.

Die drei aber, die die Frage gehört hatten: stellen sich in eine Reihe, stehen stramm und schnarren:

„Zu dienen, Eggelsen, zu dienen ... Aus — Preußen-Deutschland!“

Berner Peter Larsen.

Theater.

Freie Volksschule. Die bevorstehende Schiller-Feier hat verschiedene Berliner Bühnen veranlaßt, sich wieder einmal des größten deutschen Dramatikers zu erinnern. So hat das Neue Schauspielhaus Maria Stuart neu herausgebracht, zunächst als Vorstellung der Akademischen Bühne mit fremden Gästen.

Am Sonntag wurde die Neueinstudierung mit den händlichen Kräften der Freien Volksschule geboten. Wir hätten es freilich lieber gesehen, wenn die Volksschule Aufführungen von jenen Schillerischen Dramen, die, wie Die Räuber, Kabale und Liebe, Tell, freibeitlichen Idealen so allgewaltigen Ausdruck verleihen, hätte vorbereiten können. Es ist nicht geschehen; es konnte auch nicht geschehen.

Die freie Volksschule ist zum großen Teil abhängig von dem Programm der Theater, mit denen sie Vereinbarungen getroffen hat. Unter solchen Vorbehalt nicht zu befechtenden Umständen ist denn auch die Aufführung der „Maria Stuart“ zu betrachten. Nicht weil sie Außerordentliches bietet, sondern deshalb, daß sie überhaupt da ist.

Wir genossen da Schillers Kunst in ziemlich verziehbürgerlicher Form und Gestalt. Regie und dekorative Wirkung ließen keine rechte Stimmung und Geschlossenheit aufkommen. Es fehlte trotz aller deklamatorischen Bemühung der große fortstrebende Zug. Und weiter wollten wir Personen sehen, wie sie Schiller geschaut und gestaltet hat. Nicht Lords und Barone, die sich häuerlich benehmen, nicht Bevollmächtigte Frankreichs von ähnlicher Unzulänglichkeit. Was war denn, um einen zu nennen, der Graf von Leicester, den uns Rudolf Christians bot, anderes als ein Deklamatorium; der „schöne“ Mann allein ist doch für diese Rolle nicht ausreichend.

Den intriganten Hölzling wollen wir agieren sehen. Auch Marie Zimmisch gab als Elisabeth nicht viel mehr als Außerliches. Ihre Erscheinung, gewiß, die könnte wohl für eine stolze, herrschsüchtige Königin genügen, aber dies Weib wird doch zweifellos über ganz andere Mittel gebieten, als Kolophoniumblüte zu schleudern und wie aus einem Topf ohne Boden zu reden. Nun der Mortimer. Reinhold Pasch bringt gewiß die Jugend mit, aber er überstürzt sich, wird bewußlos und spricht unbedeutlich. Uebrigens wurde in der Sprachbehandlung auch von den meisten Darstellern über Gebühr gefündigt. Aber Charlotte Marsen, die machte Freude. Sie wurde der Rolle einer Maria Stuart im vollen Maße gerecht. Das war Realismus in gefälliger Art, der weder den poetischen Geist der Schillerischen Vers- und Gedankensprache, noch den Zug echt menschlicher und dennoch idealistischer Gestaltung verläßt. In der Begrenzung heider Königinnen im dritten Akt, dem dramatischen Höhepunkt der ganzen Tragödie, stand auch die Marsen auf dem Gipfel ihrer Darstellung. Und so mag man sich denn dieser Leistung auf-

Was würde Genosse Legien dazu sagen, wenn man diese Sätze als Flugblatt bei der nächsten Reichstagswahl in Kiel verbreitete? Würde er sie als Kind seines Freundes Gompers freudig begrüßen und es als lügenhafte „Verdrehung“ erklären, wenn man diese Sprache als die des Reichsverbandes kennzeichnete?

Mit ihrer „Revue“ als Kampfmittel gegen den Sozialismus ist aber die Civic Federation nicht zufrieden. Sie läßt bewußt, wenn sie erklärt, die Sozialisten seien ein Heines Häuflein, das keinen Boden finde. Sie hat Angst vor dem Wachsen des Sozialismus. Zu diesem Zwecke wurde sie gegründet und zu diesem Zwecke will sie ihren Wirkungskreis erweitern. Das bezeugt ein Zirkular, das sie kürzlich an eine Reihe großer Kapitalisten der Vereinigten Staaten versendete.

Dort heißt es:

„Ich weiß nicht, ob Sie die Fortschritte verfolgt haben, die der Sozialismus in den Vereinigten Staaten während der letzten fünf Jahre gemacht hat, aber seine Stimmenzahl sprang von 38 000 auf 450 000, was tatsächlich bedeutet, daß es zwei Millionen Männer, Frauen und Kinder gibt, die Klassenhass und Revolution predigen. Ich spreche von Frauen und Kindern, da es eine bekannte Tatsache ist, daß bei den Sozialisten die ganze Familie zu ausgebildeten Propagandisten wird.“

Ich schließe meine Drohschüre bei, die die National Civic Federation herausgibt, um durch greifbare Tatsachen die Bedrohung dieses Landes durch den Sozialismus zu zeigen, und ich bitte, nehmen Sie sich die Zeit, sie zu lesen. Gegenwärtig findet die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten gar keinen Widerstand. England, Deutschland und Frankreich beging den selben Fehler mit den Ergebnissen, die Ihnen zweifellos bekannt sind.

In England kam es zu einer organisierten Bewegung gegen diese Lehre erst dann, als schon fünfzig Sozialisten Parlamentsmitglieder waren.

In unserem Lande ist ein Komitee der National Civic Federation unter dem Vorsitz des Dr. Nikolaus Murray Butler seit fast einem Jahre damit beschäftigt, die Situation zu studieren und eine Agitation vorzubereiten, mehr zu dem Zwecke, Redner und Schriftsteller auszubilden, als auf Individuen zu wirken. Mit anderen Worten, wir wollen ein Handbuch für sie herausgeben. Die Redakteure von Arbeiterzeitungen, religiösen, pädagogischen und wöchentlichen Zeitschriften schreiben nach Material, und wir haben Listen von vielen Geistlichen, Schullehrern, Professoren und Arbeiterredakteuren, die gute Redner und Schriftsteller sind und die der nötigen Informationen für solche Arbeit bedürfen.

Diese unsere Bemühungen erfordern große Summen, und ein besonderer Fonds von 50 000 Dollar (über 200 000 Mk.) soll zu diesem Zwecke aufgebracht werden. Wollen Sie dazu beitragen? Ich selbst fühle das größte Interesse für die Sache und habe mehrere tausend Dollar hergegeben. Ich hoffe, Sie werden mir danken, daß ich Sie darauf aufmerksam mache, und werden für das Wirken der National Civic Federation Interesse bekommen.“

Unterzeichnet ist das Zirkular von dem Vorstandsmitglied August Belmont, einem millionenreichen Industriellen.

Ich denke, das genügt, die Civic Federation zu kennzeichnen, aber auch zu zeigen, wo er in deren Sache verdrückt hat, wem gegenüber Vorsicht am Platze ist.

Ich hatte in der „Neuen Zeit“ über die Civic Federation geschrieben:

„Dank seiner Harmonieindustrie hat Gompers es erreicht, erster Vizepräsident der Civic Federation zu werden, einer kapitalistischen Gründung der letzten Jahre, die durch das Aufstreben der Sozialdemokratie hervorgerufen wurde und die sich die Aufgabe stellt, Arbeiter und Bourgeois zu gemeinsamem Wirken zusammenzuführen. In Wirklichkeit ist sie eine Kampfsorganisation gegen den Sozialismus und den proletarischen Klassenkampf geworden, gegen den sie dank der reichlichen Geldmittel, die ihr zur Verfügung stehen, eine energische Propaganda entfaltet. Die Civic Federation wird in Wirklichkeit für die Vereinigten

richtig erfreuen — unbeschadet der Ausstellungen, die sonst an der Aufführung gemacht werden müssen.

Musik.

Münchener Oper. Als erste Kollid brachte die Münchener Hofoper unter Felix Rottis hingebender Leitung die dramatische Collade in drei Akten: „Sonnenwendglut“ von Hans Sölling-Biemssen, einem jungen Komponisten, der jetzt in Frankfurt als zweiter Kapellmeister amtiert, heraus. Künstlerisch wieder ein glatter Pfeilschlag! Man fragt sich erstaunt: Was mag der zureichende Grund für die Erwählung sein, daß abermals der schwerfällige, gewaltige und kostspielige Apparat der Hofoper in Bewegung gesetzt wird für eine Oper, die lediglich wie musikalisch ein Wagner-Aufguss dritter Aufwärmung ist und nicht eine Kollid, ein Wort, eine Situation zeigt, aus der wir einen Hauch neuen Geistes spüren könnten? Die Münchener Operleitung verkennt gründlich ihre Aufgabe, wenn sie wie bisher fortfährt, Produkte der Münchener kapitalistischen Komponistenschule zu pouffieren und die Kräfte des Instituts mißbraucht für die von vornherein totgeborenen, lärmvollen, melodielosen Orchesteropern der Wagnerisierenden Ausdrucks-musiker ohne jede eigene Erfindung. Die Oper hatte nur einen Vorstellungserfolg.

Notizen.

Theaterchronik. Das Schiller-Theater in Charlottenburg hat die für Freitag, den 5. November, angelegte Aufführung von „Wallensteins Lager“ und „Piccolomini“ auf Sonnabend, den 6. November, verschoben. Am Freitag werden Jbsens „Gespensier“ gegeben.

Otto Ernst pflegt seit einigen Jahren die Verehrer seiner Schriften und solche, die es werden wollen, zu Vortragsabenden zu versammeln, in denen er Altes und Neues, Ernstes und Humorisches in bunter Reihe bietet. Am Sonntag las er im Klindworth-Scharwenka-Saal vor, etwas breit und behäbig, aber auch behaglich mit lyrischem Unterton. Wir hörten eine schwere Liebesgeschichte (aus den „Kathäufergeschichten“) und dann ein wunderbares Kapitel aus der Kindheitsgeschichte, die seiner besten Schöpfung: „Admus Sempers Jugendland“ entstammt. Gar zu billig schienen uns die viel beladenen Effekte aus einer „Marienbacher Kur“. Einige lyrische Sachen (darunter das Gedicht von der Unsterblichkeit in den Kindern) beschloßen den Abend.

Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Bedegenstraße 34/36, spricht am Freitag, den 5. Nov., abends 8 Uhr, Professor Lindemann über: „Die Niederelbe“ (mit Lichtbildern). Einladungskarten sind von 12-3 Uhr mittags und am Vortragsabend von 6 Uhr ab zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle erhältlich. — Die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft veranstaltet an den vier Freitagabenden im November im großen Saal des Kunstgewerbemuseums eine Vortragsreihe. Der Zyklus soll eine Orientierung über das Gartenstadtproblem sowie die Wege zu seiner Verwirklichung geben. Der Reihenfolge nach werden folgende Vorträge gehalten: Von Groß-Berlin zur Gartenstadt (Prof. G. S. G. S.); Der Kampf gegen die ungelunden Wohnungen (Dr. Wehl); Das Wohnhaus auf dem Lande (Geheimrat Rutherford); Wie kommen wir zur Gartenstadt (Dr. Oppenheimer). Soweit Eintrittskarten frei sind, werden diese sowie Prospekte von der Geschäftsstelle Berlin-Niedelbe (Ostbahn) ausgegeben.

mit einer Mehrheit von 800 Stimmen erobert, und die Stimmenzahl ist von Wahl zu Wahl und damit auch die Majorität entsprechend gewachsen. Im Jahre 1903 standen über 25 000 sozialdemokratischen nur 12 000 bürgerliche Stimmen gegenüber. Das Wahlergebnis 1907 brachte zwar den bürgerlichen Parteien einen Zuwachs von 8000, aber auch die sozialdemokratischen Stimmen stiegen über die 27 000.

Der Erinnerungstag wurde am Sonnabend festlich begangen. Zu Tausenden hatten sich die Genossen und Genossinnen des achten Kreises im „Englischen Garten“ zu Altona eingefunden; Deputationen aus dem Kreise Höchst-Hanau, den Genossen Frohne 1881 bis 1884 im Reichstage vertreten hat, aus der Provinz Schleswig-Holstein usw. waren erschienen, um dem Jubiläum die parteigenössliche Anerkennung zu zollen für sein parlamentarische Wirken wie für seine Tätigkeit im Befreiungskampfe des Proletariats. — Genosse Thomas Altona erläuterte die Bedeutung des Tages, und Stolten-Hamburg erwähnte zu weiterer treuer Zusammenarbeit im opferreichen Kampfe. In diesen Reden sowohl wie in der Rede, die der Jubilar selber hielt, tauchte manche Reminiscenz aus alter Zeit auf. Ist doch Altona, wo sich während des Sozialistengesetzes das „ordnungs“politische Spiegeltum besonders breit machte, wo der einjährige Wolf und der von Jgnaz Kuer noch blauer gefärbte Blaufärbter Wichmann ihre Unwesen trieben; das Tätigkeitsgebiet des vor kurzem in den Ruhestand getretenen Oberpolitikers Engel, dem sein damaliger oberster Chef, der Spiegeltumminister Pustkammer, im Reichstage ein „ehrenvolles“ Zeugnis ausgestellt hat.

Nach den Reden gelangte ein künstlerisches Programm zur Abweidung, an dem hervorragende Künstler vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg mitwirkten.

Spiegel.

Das Zentralkomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Bittauen, Polen und Ausland gibt weitere Einzelheiten bekannt über den Polizeispiegel Israel-Michel Kaplan (bekannt unter dem Pseudonym „Langsam“). Da einige Zeitungen Kaplan als Mitglied des Zentralkomitees bezeichnet haben, so erklärt dieses, daß der Spiegel niemals Mitglied irgend einer zentralen Instanz des „Bund“ gewesen ist. Nach Informationen, die dem Zentralkomitee zugegangen sind, hat Kaplan die Geheimpolizei Mitteilungen über eine ganze Reihe von Mitgliedern des „Bundes“ gemacht; auch darüber, wo sich die Geheimdruckereien befinden, wer in diesen beschäftigt ist, wer den Transport der geheimen Schriften aus dem Ausland besorgt usw. — Die gegen Kaplan erhobene Beschuldigung wurde ihm mitgeteilt, und es wurde ihm eine Frist bestimmt, innerhalb welcher er die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangen könne. Der Angeklagte teilte mit, daß er sich vor dem Parteigericht verantworten werde; tatsächlich aber ist er dem Verfahren ausgewichen.

Kaplan ist von Beruf Schlosser, in letzter Zeit war er als Druckereimaschinist beschäftigt. Er ist hochgewachsen, blond, das Gesicht sehr blaß, mit aschblondem kleinen Bart. Er ist jetzt 35 Jahre alt, verheiratet, hat 3 Kinder. Nach den letzten Informationen ist er nach Kasan abgereist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Genosse Adlung, Mainz, stand am Sonnabend vor dem dortigen Schöffengericht. Er war angeklagt, die Vertreter der „Vedewerke“ in mehreren Artikeln in der „Vollzeitung“ beleidigt zu haben. Die Verhandlung endete mit Adlung's Verurteilung zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Jugendbewegung.

Die Freie Jugendorganisation und die Polizeiverfügung.

Am Sonntag fand in den „Kaminhallen“ unter äußerst starker Beteiligung die fällige Generalversammlung der Freien Jugendorganisation statt. Der Vorsitzende Maschke eröffnete im Rahmen des Vorstandberichts auch die ständige Verleumdung der Jugendbewegung durch die Behörden. Bei Entstehung der Organisation legte der Kampf der „Christlichen“ unter Stöckers Führung ein und von allen Seiten begannen die Denunziationen an die Behörden. Die bürgerlichen Zeitungen malten fürchterliche Gefahren an die Wand für den Fall, daß die Staatsanwaltschaft nicht gegen die Jugendorganisation einschreiten würde. Die Polizei hat es denn auch an „Aufmerksamkeit“ aller Art nicht fehlen lassen. Noch jetzt liegen beim Regierungspräsidenten sechs Verordnungen über den verstorbenen Landrat v. Stubenrauch! Aber selbst Polizeispiegel, die nach Kleinigkeiten schnüffelten und den Verstoß machten, die leitenden Personen zu unüberlegten Handlungen zu verleiten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen! Auf der anderen Seite betätigten sich freisinnige und konervative Jugendvereine in ganz offener Weise politisch, ohne daß die Polizei sie belästigt. Große Heiterkeit erregte die Verlesung eines Verichts aus dem „Demokrat“, wonach Regierungsrat Dr. Lindenau vom Berliner Polizeipräsidium auf der Tagung der Deutschen Zentrale für Volkswohlfahrt, die sich mit der staatsbürgerlichen Jugendbildung befahte, folgendes ausgeführt hat:

„Im Polizeipräsidium sind wir der Ansicht, die Schulfragen sind so gelöst, daß unsere Aufgaben auf diesem Gebiete zurücktreten; aber in dem Moment, wo die Schule aussetzt, klafft eine fürchterliche Lücke, insbesondere in der politischen Fortbildung. Notwendig ist auch die eigene politische Betätigung der Jugend. Das ist Sache der Jugendvereine im weitesten Sinne. Und wir müssen das Vereinsleben unserer Jugend, mit dem schon alle Parteien sehr stark liebäugeln, ausgestalten im Sinne staatsbürgerlicher Bildung, um dann die Jugend reif für die politische Bildung den verschiedenen Parteien zu überlassen, und zwar allen Parteien, die da sind.“

Der Vorsitzende erklärte dazu, daß die Freie Jugendorganisation die Anschauung des Vertreters des Polizeipräsidiums, daß die politische Betätigung der Jugend Sache der Jugendvereine sei, sich nicht zu eigen mache, da sie bekanntlich mit dem Vereinsgesetz in Widerspruch steht. Die Jugendorganisation wird nach wie vor ihren unpolitischen Charakter bewahren und weiterarbeiten für Jugend- und Jugendausbildung.

Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammelten nehmen die Verfügung des stellvertretenden Polizeipräsidenten, durch die die Freie Jugendorganisation für einen politischen Verein erklärt wird, zur Kenntnis und sehen mit Mißbilligung allen weiteren Schritten der Behörde entgegen. Die Versammlung gelobt, treu zur Organisation zu stehen, nun erst recht mit allen Kräften für die Freie Jugendorganisation zu agitieren, und betrachtet dabei das Vorgehen der Polizeibehörde als wertvollen Agitationsstoff.“

Der Vorsitzende wies auch noch auf die Gefahren der Schundliteratur hin. Unter stürmischer Zustimmung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die von über 1200 Jugendlichen besuchte Generalversammlung der Berliner Freien Jugendorganisation betrachtet die Schundliteratur als einen gefährlichen Feind der Arbeiter-

Jugend. Sie hält den Kampf gegen die bunten Groschenbaste, wie „Buffalo Bill“, „Die Carter“, „Hurra“ und ähnliche Schauer- geschichten für eine heilige Pflicht und fordert die Berliner Jugend auf, alle die Geschäfte bei ihren Einkäufen zu meiden, die den Groschenbaste ver- treiben. Die Versammlung hofft auf tatkräftige Unterstützung der Berliner Einwohnerschaft in dem Kampf gegen die Verblödung der Jugend.“

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Statutenänderungen und geschäftlicher Dinge wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Freie Jugendorganisation geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 187. Zuständig zur Entscheldung ist die Gewerbeinspektion. Zweckmäßig ist es, eine Beschwerde durch den Vorstand der Gewerkschaft vorzubringen. Ob in Ihrem Falle die Beschwerde gerechtfertigt ist, läßt sich ohne Angabe, um welche Beschäftigung es sich handelt und wieweit Arbeiterinnen in dem Betriebe beschäftigt sind, nicht beantworten. Wiederholen Sie daher die Anfrage unter Ergänzung nach den angegebenen Angaben Sie nicht zu tragen. Eine geschiedene Ehefrau kann sich ohne weiteres nach Ablauf von 10 Monaten nach Trennung der Ehe wieder verheiraten. Dem Standesbeamten ist das mit Rechtskraft verurteilte Scheidungsurteil vorzulegen. Der Frau kann vom Amtsgericht bewilligt werden, schon vor Ablauf der Wartzeit zu heiraten. Zweckmäßig ist es, dem Antrage das Urteil einer Bekannte oder eines Arztes darüber beizufügen, daß andere Umstände nicht vorliegen. — M. S. 11. Die Witwe hat nichts zu zahlen. — M. S. 66. Es können die von Ihnen verlangten Zinsen nach dem Gesetz auch gefordert werden. — M. S. 100. Der Vorfall würde zur Aushebung des Mißvertrages nicht ausreichen. Zum mindesten ist der Erfolg einer Klage beim Amtsgericht auf Aushebung des Vertrages ein recht zweifelhafter. — Otto B. Treptow. Die Klage wäre bei dem Landgericht durch einen Anwalt anzustellen. Sie könnte sich nur auf zu erwerbende Pächterfähigkeit und Nichtvergessenheit des betreffenden Beamten stützen. Ohne genaue Kenntnis der Sachlage läßt sich nicht sagen, ob irgend eine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. — R. S. 2. Eine Klage auf Herausgabe hat Aussicht auf Erfolg, falls Sie den Vertrag nicht etwa mit unterschrieben haben. — M. S. 18. Die Zeitung hat gleichmäßig vor sich zu gehen. Haben Sie in der Dultung Rückhaltung versprochen, so können die übrigen Erben hierauf klagen. — Borghagen 123. Redaktion der „Flamme“, Breite Str. 3, erteilt darüber Auskunft. — G. Pieper. Dafür haben wir uns noch nicht interessiert. Bielefeld kann Ihnen der „Lokal-Anzeiger“ dienen, der ja über die Kulturnachrichten berühmter Persönlichkeiten auch zu führen scheint. — Branneberger. Ende 1911 oder Anfang 1912. — 39. Stützungs- deputations des Magistrats, Berlin, Poststr. 16. — M. S. 89. Miniatur- Bibliothek, in fast jeder Art- und Buchhandlung erhältlich. — M. S. 4. und M. S. 4. Wir müssen immer wieder erklären, daß wir grundsätzlich Geschäftsempfehlungen ablehnen. Im Adressbuch finden Sie ein Verzeichnis von Firmen. — M. S. 31. Rein. — Schach 29. Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, Spandauer Straße 1b. — C. S. 13. Werden Sie sich an Genossen Simonowitsch, Engelauer 15. — M. S. 18. Eine Beschwerde gegen die Polizeiverordnung dürfte keine Aussicht auf Erfolg haben, wohl aber der Anspruch auf Rückzahlung der gezahlten Miete. — M. S. 28. Junge Frauen können Zurückzahlung der Hälfte der für sie gezahlten Invalidenversicherungsbeträge verlangen, wenn für sie vor der Heirat mindestens 200 Mark geleistet sind. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Beschluß an die Versicherungskasse zu richten. Zweckmäßiger ist es, selbst weiter zu leben. Durch Ableben von mindestens 20 Markten irgend welcher Klasse innerhalb je zwei Jahren hält die bis dahin versicherte Ehefrau ihren Anspruch auf eventuelle Invaliden- und Altersrente ausrecht. Noch wertvoller ist es für sie, wenn sie weiter verheiratet, gegebenenfalls Aufnahme in einer Heilanstalt finden kann. — M. S. 4. Ihnen steht ein Anspruch auf Gehalt für die Dauer von sechs Wochen zu. Zuständig ist das Kaufmannsgericht. — Th. Z. Rein. Berta, 1883. Die Witwe kann mit ihrem Vermögen, also auch mit ihrem Gehalt zu ihren Lebzeiten machen, was sie will, also auch das Gehalt auf die Kinder übertragen. Soweit durch die Übertragung Gläubiger der Witwe benachteiligt werden, können diese gegen die Kinder klagen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbrunn
Großes historisches Ritterstück in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Ende 11 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.
Rustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:
Alpenkönig und Menschenfreund.
Morgen: Herodes und Marianna.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der letzte Kaiser.
Morgen und folgende Tage:
Der letzte Kaiser.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Dienstag, 2. November, Anf. 8 Uhr:
Gespel des Heibel-Theaters:
Der Skandal.
Mittwoch, Gastsp. d. Heibel-Theaters:
Der Skandal.
Donnerstag zum erstenmal: Nach-
mann als Arzt.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage:
Der arme Jonathan.

Volks-Oper.

SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 78.
Anfang 8 Uhr.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Grotte in 3 Akten von David und
Lipsitz.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 7. Nov., nachm. 3 Uhr:
Kümmere Dich um Aneite.

Passage-Theater.

Heute:
Premiere
des neuen großen
Varieté-Teils.
10 neue Debuts.
Ferner:

Henry Bender

in der tollen Burlesko
Der süße Doktor.

Zirkus Schumann

Dienstag, den 2. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Zum 3. Male:

Die drei Rivalen

oder: Das mysteriöse Schloß
in der Normandie.

Eine romantisch-phantastische Pan-
tomime in 5 Akten mit versen-
kbaren Bühnenportien.

Entworfen und inszeniert vom
Direktor W. Schumann.

Noch nie gesehene Schluß-
Apoteose.

Vorher die
bedeutendsten Kunstkräfte.

Luisen-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr:
Robert und Bertram.

Volle mit Gesang u. Tanz von Adber.
Mittwoch: Der Kampf um den
Rochepol.

Donnerstag Premiere: Die Helmat.
Schauspiel des Subermann.

Freitag: Royal-Oper: Die lustigen
Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/11 U.

Die Rechtlosen

Vollständ. mit Gesang und Tanz in
4 Akten von Popper und Madamba.
Mittwoch: Michael Kohlhaas.

W. Noacks Theater

Oranienstr. 16, am Rosenhäger Tor.
Heute heute täglich:
Abends 7 1/2 Uhr:

Freiheitsdrang.

Rein Lebenslauf, verfaßt a. Volksstüd
l. G. v. Popper, Verfassungstheater d. Tisch.
Sonabend, 6. Nov., einmalige Auf-
führung: Am Altar.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 2. November 1909,
abends 7 1/2 Uhr präzis:
Gala-Vorstellung.
Debut! Debut! Debut!
Patty Frank-Troupe!
Zwergelowa François
Kunstreiter.

Die Cleveland!

Herr Burkhardt-Foellit-Schulz.
Herr Ernst Schumann, Nondress.

Um 9 1/2 Uhr: Farmerleben!
Besonders hervorzuheben:
Jack Joyce, der berühmte Cowboy
mit seinen wildesten Pfanden.

Achtung! Sonntag, 7. Novbr.,
nachm. 3 1/2 Uhr: Farmer-
leben ohne Kürzung!

Gastspiel-Theater

Rödenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gespel von Fritz Beckmann.

Die gute Partie.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 4. November 1909:
Neue Dekorationen!
Prachtvolle Kostüme!
Zum erstenmal:

Romeo und Julia.

Tragödie in 5 Akten v. B. Shakespeare

Metropol-Theater

Hallo!!!
Die große Revue!

In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Dahlmann's

Gesp. des Willi Voigt Theater-Enf.
Dienstag, den 2. November 1909:

Jäger-Viehbchen.

Vollständ. mit Gesang in 4 Akten
von Treptow.

Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin stets milde und abgepaßt gewesen, hatte, obwohl
ich blutarm war, immer rotenbluten und sah aus wie der
Lob. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung,
nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von
einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich
melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich
30 Flaschen Ramlshelber Stahlbrunnen; schon nach der
5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich
wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen
verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn
ich mich abends zu Bett lege, war ich nicht so milde als
früher, wenn ich morgens aufwache. Und das denke ich
nach Gott Ihrem wunderbaren Wasser. — Mit Freude
teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die
ersehnte Hilfe gefunden habe. — Das Wasser kam
wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es
mir so gut geht. — Der Stahlbrunnen hat bei meiner
Frau verblühend gewirkt. — Es ist für alte Leute
eine wahre Wohltat. — Das Wasser ist einfach köst-
lich und sehr wohl einig in seiner Art heilwirkend auf
den ganzen Welt da. — Solche Worte der Anerkennung
nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die treff-
lichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause
mit Ramlshelber Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine
Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurenfolge
und Anwendungsgebiet kostenlos durch die Verwaltung des
Ramlshelber Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 164.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Invalidenstr. 67/68: Direktor Dr.
Schwahn: Die Bewegungen der
Himmelskörper.

Karl Haverland

Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzis 8 Uhr.
Schlager auf Schlager
bringt das
Oktober-Programm.

Casino-Theater

Reichlinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Emotioneller Theater-Erfolg!
Über 50 000 Ver. haben Erden ge-
lacht. Monatslang total andoverlauft

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Anfang:
Abent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Quälmarktstraße 72.
Täglich: Franz Rosenkatt.
Fiti Morra, Gustav Eulenberg,
Geschw. Arras, F. W. Harst, The
Hartlo u. Mit Ulrich usw.

Dr. Schwips.

Volle mit Gesang in einem Akt.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die
lustige Witwe.

Walhalla

Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor
Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen
November-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Zutritt.

WINTERGARTEN

!! Neues Programm !!
Anne Danerey.
Bernhard Mörbitz.

Horace Goldin, Illusionist.
Rico and Prevost, amer. Excentric.
Empire Comedy tour.
Kinemacolor, lebende Photographie in natürlichen Farben.
Willuhn Trio, Gymnastik-Mit.
Lala Selbini, amer. Strandchönheit.
The 4 Harveys, Drahtseilakt.
Great Weiland, fomißer Jongleur.
Sandwinas, das Wunder weibl. Kraft.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Apollo Theater

Debut der vollständig
neuen erstklassigen
Spezialitäten.

Prolongiert! Prolongiert!
? Cussac-Talma ?

Yvonne de Forge,
das Wunder der Ankleidekunst.

10 Uhr:
Eine Haremsnacht.

Großster Scherz von Mac Joghland.
8 Uhr:
Tohuwabohu.

Burleske.

Herrnfeld Theater

Die beiden Novitäten:

So muß man's machen!

Burleske m. Gesang in 2 Akten von
H. u. D. Herrnfeld. Musik von D. Thal.

Hauptrollen:
Wenzel Komowig, gen. der „Schinken-
könig von Prag“ Anton Herrnfeld,
Korik Appetitlich, sein
Sogus. Donat Herrnfeld.

Botcher: Ein Rettungsmittel

Komödie in 1 Akt von Ludwig Huna.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Döber.

Das vollständig neue

November-Programm.

7,9 Uhr! 7,9 Uhr!
Liebchens Trick?

mit Dir. Robert Dill in der Haupt-
gesangspartie.

Anf. 7,9 Uhr. Entree 50 Pf. bis 2 Pf.
Vorzugskarten überall zu haben.

Buggenhagen

am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.

I. Theatersaal: D. Kanonenschläger

Meyer mit 'n Hängeboden

mit Paul Bendix in der Titel-
rolle und das glänzende

Spezialitäten-Programm.
Im Konzertsaal:

Täglich: Gr. Konzert

der

ersten Kapellen der Berliner

Garde-Regimenter.

Sanssouci, Kottbuser

Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und
Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutscher Sänger

und Tenorstränzen.

Stets neues

hochaktuelles Progr.
Beg. Sonntag, 5. November, 8 U.

Wagner, Mittwoch, 3. November:

Theaterabend. Der Fichter von

Nabenna.

Passage-Panoptikum.

Die Traumalerin

Aga d. schwebende

Jungfrau.

Der Motoboy

d. künstl. zeri. Mensch

Tamburitzo-Brigant.

Panophon-Vorträge

Vitaskop-Theater

Dauervorstellung von 4-7 Uhr.

Alles ohne

Extra-

Entree!

Gelegenheitskauf.

Das Elend

der neuen Welt

von

Robert Hunter.

Autorisierte Uebersetzung von

Dr. Albert Südekum.

Der amerikanische Genosse

Victor Berger, der kürzlich im

Gewerkschaftshaus einen Vortrag

über die Arbeiterbewegung in

Amerika hielt, sprach sehr lobend

über Hunter's Buch.

Wir geben dasselbe zu billigen

Preise ab.

Statt 2,- Mark nur 60 Pfg.

Expedition des „Vorwärts“,

Berlin SW.,

Lindenstr. 69, Laden.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog

empfehl. viel Ärzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Sammelwarenfabrik

Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Eine Mark

wöchentl. Teilzahlung liefert

elegante fertige

Herren-Moden

Ersatz für Mass.

Massanfertigung.

Feinste Verarbeitung

unter Leilig. arskl.

Schneidermeister.

J. Kurzberg

Rosenhalerstraße 40,

I. Etage, direkt am

Hackeschen Markt.

Kein Waren-

Kredit-Nuss.

Bei Barzahlung

10% Rabatt!

Eine Mark

wöchentl. Teilzahlung liefert

elegante fertige

Herren-Garderoben

Erfah. für Maß.

Anfertigung nach Maß.

Tadellose Ausführung.

Jul. Fabian,

Schneidermeister,

Gr. Frankfurter Str. 37, II

Eingang Straußberger Platz

II. Geschäft:

Turmstraße 18,

I. Etage, fein Laden.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und

Voltzeipräsidenten. - Amt VII, 13799

Für Damen Frauen-Bedienung.

Lieferant für alle Krankenkassen.

Stempel-Druck

von 36342*

Robert Hecht,

Berlin S.,

Cranienstr. 142,

heftet schnell und

billig alle Arten

Stempel

in bester

Ausführung.

Kautschuk-Typen, Verfeiner-

zum Zusammenlegen einzelner Blätter

sowie ganzer Bücher von 1.50 M. an

Gewerkschaftshaus,

Engelauer 15. 6666 Engelauer 15.

Heute Dienstag von 5 Uhr an: 30682

!! Großes Gänseauschieben !!

Wozu freundlich einladet Karl Grosse, Deconom.

IVO PUVHONNY.

So wie die Palme
das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt,
so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene
Pflanzenfett Palmin alle tierische Fette durch
seine Reinheit und Güte.
Palmin eignet sich gleich
vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.

Unübertroffen bleiben
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
10 Stück 30 Pf.

Gewichtige Gründe
müssen es sein, die unseren

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

eine Popularität geschaffen haben, wie sie kein anderes Fabrikat
in größerem Maße aufzuweisen hat. Daß sich nur das wirklich
Gute Bahn bricht, beweist auch die Entwicklung
ihres Absatzes, der in kurzer Zeit enorm gestiegen ist,
worin die ihren Qualitäten von allen Rauchern
bezeugte rückhaltlose Anerkennung am besten zum
Ausdruck kommt.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.

Todes-Anzeige.
Am 31. Oktober verschied nach
langem, schwerem Leiden meine
innigstgeliebte Frau
Hedwig Howe
geb. **Behrendt.**
Um stille Teilnahme bitte
C. Howe,
Reinstr. 15.
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 3. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Friedhof
der Bartholomäus-Gemeinde,
Reichenfer, Falkenberger Chaussee,
statt. 23675

Möbel

Polsterwaren, fertige Küchen
halb umsonst
auf Abzahlung
und gegen bar
Liefere an Jedermann
ohne Ausnahme.
100 bessere und billige
Wohnungs-Einrichtungen
von **150-500 Mk.**
Anzahlung **15 M.** an
Einzelne Möbel
schon **5 M.** Anzahlung
an,
alten Kunden ev. auch
ohne Anzahlung.
Ferner empfehle Herren- u.
Damen-Garderobe, Pelz-
Stolas, Muffen, Leib- u.
Bettwäsche, Betten,
Steppdecken, Teppiche,
Portieren, Gardinen,
Bilder, Uhren, Gas- und
Petroleum-Kronen, Sport-
und Kinderwagen
wöchentlich **1 M.** an.
Möbel- und Waren-
Kredit-Haus
S. Dorn
Alte Schönhauser Str. 3
Ecke Linienstraße
am Tor.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt **Lothringer Straße 60.**
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
löten, angenehm u. weich am Körper.

Typographia.
Den Mitgliedern die betrübende
Nachricht, daß unser treues Mit-
glied,
Georg Remme
am 29. Oktober verschied ist.
Wir werden seiner Feid in
Ehren gedenken.
Beerdigung: **Mittwoch nach-**
mittags 1 1/2 Uhr auf dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde.
Zahlreiche Beteiligung der Mit-
glieder erwartet **Der Vorstand.**

Verein der Stereotypen und
Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Freitag, den 29. Oktober,
unser langjähriges Mitglied, der
Kollege
Georg Remme
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. d. Mts., nachm.
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlecke Schöneberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Möhring
am 29. Oktober plötzlich ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle in Zehlendorfer
Borst statt.
Um rege Beteiligung ersucht
2118 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler
und Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Kollege
Paul Friedrich
Kreidbrennen-Brände, am 30. Ok-
tober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Reissel-Kirchhofes in
Spanbau, Pionierstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
158/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Gärtler
Max Dikomy
am 30. Oktober an Nierenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. November, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Reissel-Kirchhofes in
Hildorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
124/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Am 29. Oktober verschied im
46. Lebensjahre unser Mitglied
Paul Ungermann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 2. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Reissel-Kirchhofes in
Nordend aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitte
177/15 **Die Ortsverwaltung.**

Danfjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, guten Sohnes,
Bruders und Schwagers, des Galt-
meisters **Fritz Lustig** sage allen
Gästen und Bekannten, sowie den
beteiligten Vereinen, insbesondere
Herrn Redner Ködd meinen innigsten
Dank.
Witwe Marie Lustig.

Spezialarzt
für Haut- und Harnleiden
ohne Quecksilber-
Einspritzung nach modern. Heil-
verfahren, mögl. ohne Berufsstör.,
mit nachweisbar bestem Erfolg.
Dr. Guttman, C. Königsstr. 84-86
u. Alexanderpl. (9-1, 5-8, Sonntag 9-11).

Fahrrad-Haus „Frisch auf“

Walter Wittig & Co.
Berlin N. 31, Brunnenstraße 35. — Filiale: Kottbuser Straße 9.

Großer Ausverkauf

nur in unserem Geschäft Brunnenstraße 35,
der durch Feuer leicht beschädigten Waren:

Laufdecken □ **Glocken** □ **Sweater**
Rucksäcke, **Fußhalter**, **Laternen**, **Griffe**
Nähmaschinen und einige **Fahrräder**
zu enorm billigen Preisen.

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Was muß für den 3. November jeder Wähler wissen?

In Berlin werden die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen durch die drei Klassen der Wählerschaft am 3., 4. und 5. November vollzogen.

Die werktätige Bevölkerung,

die weniger durch ihre Steuern als durch ihre werkschaffende Arbeit zum Wohle unserer Stadt beiträgt, bildet die

dritte Klasse

und wählt am 3. November. Ueber 360 000 Wähler gehören jetzt zu dieser Klasse, während die zweite Klasse nur 31504 Wähler und die erste jetzt gar nur noch 995 zählt. So wird durch das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts den Wählern der Klassegegenüber greifbar deutlich vor Augen gestellt. Von den 144 Mandaten zur Stadtverordnetenversammlung steht ein volles Drittel dem Häuflein der Wähler erster Klasse zu, über das zweite Drittel bestimmen die Wähler zweiter Klasse, und das dritte ist gnädigt dem gewaltigen Heer der Wähler dritter Klasse überlassen. Durch nur 48 Stadtverordnete können die reichlich 360 000 Wähler dritter Klasse sich im Rathause vertreten lassen und einen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung ausüben, mithin haben sie allen Grund,

vorsichtig zu prüfen, wem

sie ihre Stimme geben sollen. Unter dem Dreiklassensystem mit seinen schmachtvollen Geldfaktorsvorrechten sind zwei Drittel aller Stadtverordnetenmandate dem Kommunalfreisinn sicher, da sollte wenigstens in der

dritten Klasse

jeder Wähler einsichtig genug sein, nur für die Sozialdemokratie

zu stimmen, die in der Gemeindeverwaltung Berlins der Mikrowirtschaft des Rathausfreisinns entgegentritt.

Wo wird gewählt?

Von den 48 Wahlbezirken dritter Klasse sind an den diesjährigen Wahlen 16 Bezirke beteiligt, die zusammen mehr als 121 000 Wähler haben. Ueber diese 16 Wahlbezirke und die dazu gehörenden Straßen und Häuser sowie über die Wahllokale gibt Auskunft die am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlichte Zusammenstellung.

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt ist, wer in die Wählerliste aufgenommen worden ist, die vor Mitte Juli zusammengestellt wurde und dann bis Ende Juli auslag. Aufgenommen sein muß, wer zu dieser Zeit in Berlin seit mindestens Jahresfrist wohnte, gegenwärtig eine eigene Wohnung hatte oder als Chambregarnist gelten konnte, auch Staatsangehöriger Preußens war, die von ihm geforderten Gemeindesteuern entrichtet hatte, im letzten Jahre nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden war und zur Zeit der Wahl mindestens das 21. Lebensjahr vollendet haben wird. Wer zu einem Jahreseinkommen von nur 600—900 M. eingeschätzt und dann zu einer Steuer von 4 M. pro Jahr veranlagt ist, die bekanntlich nicht erhoben wird, hat gleichfalls das Wahlrecht und muß in die Liste aufgenommen sein. Jeder Wähler hat in demjenigen Bezirk zu wählen, dem die Wohnung zugehört, mit der er in der Liste verzeichnet ist. Wer inzwischen

seine Wohnung gewechselt

hat, was bei sehr vielen Wählern — und namentlich bei vielen Arbeitern — zutreffen dürfte, gehört nach Maßgabe der Liste zu dem Bezirk seiner früheren Wohnung und hat dort zu wählen. Auch des Wahlvorstehers Frage nach des Wählers Wohnung ist in solchem Fall durch Meinung der früheren Wohnung zu beantworten.

Wann wird gewählt?

Die dritte Klasse wählt am Mittwoch, den 3. November, und die Wahl dauert von morgens 10 Uhr bis 8 Uhr abends. Nach 8 Uhr wird in den Wahlraum niemand mehr eingelassen, doch wird bei Stadtverordnetenwahlen jeder Wähler, der bis 8 Uhr den Wahlraum betritt, noch zur

Stimmabgabe zugelassen, auch wenn die Abfertigung über 8 Uhr hinausdauert. Jeder sollte

so zeitig wie möglich

zur Wahl kommen, keiner sollte ohne Not den Gang nach dem Wahllokal bis zu den letzten Abendstunden oder gar bis zum allerlehten Augenblick verschieben. Wer spät kommt, zwingt unsere die Wahltagation leistenden Genossen, ihm Schleppe ins Haus zu schicken, die an anderen Stellen nötiger gebraucht werden. Und wer kurz vor Torreßschluß eintrifft, kann es erleben, daß ihm, wenn er etwa in ein falsches Wahllokal geriet oder die mitgebrachte Legitimation dem Wahlvorsteher als nicht ausreichend erscheint, die Möglichkeit noch zu wählen überhaupt verloren geht.

Legitimation

Ist vor allem die vom Magistrat ausgefertigte Wählerkarte, die in den letzten Tagen dem Wähler überhandt wurde. Wer eine solche Karte nicht erhalten hat, verseehe sich mit dem Steuerzettel oder dem Mietkontrakt, eventuell auch mit seinen Militärpapieren. Ein sozialdemokratischer Wähler, der mit unzureichender Legitimation an den Wahltag tritt, darf schwerlich darauf rechnen, daß die Herren des Wahlvorstandes, die zumeist aus „bewährten Freisinnigen“ gewonnen werden, ihn als „persönlich bekannt“ legitimieren.

Jedem Wähler, der dem für seinen Bezirk aufgestellten Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben will, ist dringend zu raten, daß er den

Namen des Kandidaten

sich vorher genau ansieht (nicht erst am Wahltag) und ihn sich einprägt. Bei Stadtverordnetenwahlen wird nicht ein Stimmzettel abgegeben, sondern dem Wahlvorsteher der Name des Kandidaten genannt. Kennt der Wähler ihn ungenau, so trägt der Wahlvorsteher ihn so ein — und dem richtigen Kandidaten geht eine Stimme verloren. Vor sechs Jahren wurde es vom Freisinn in schikanöser Weise ausgenutzt, daß der Name eines Kandidaten der Sozialdemokratie, unseres Genossen Kerfin, von manchen Wählern ungenau angegeben worden war. Der Protest des Freisinns führte dazu, daß das Oberverwaltungsgericht die Wahl für ungültig erklärte. Kerfin ist auch jetzt wieder Kandidat der Sozialdemokratie, diesmal im 18. Wahlbezirk. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Freisinn nicht Gelegenheit erhält, denselben Trick wie damals zu üben. Auch im 8. Wahlbezirk ist auf richtige Aussprache des Namens unseres Kandidaten Dupont besonders zu achten.

Das sind Reuefertigkeiten, aber sie dürfen nicht übersehen werden. Keine Stimme eines Wählers dritter Klasse darf der Sozialdemokratie verloren gehen; in manchen Wahlbezirken kann es auf jede Stimme ankommen. Daß ein Wähler dritter Klasse keinen Freisinnsmann mehr wählen, sondern nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben kann, versteht sich von selber. Nur die Sozialdemokratie ist bereit, in der Stadtverordnetenversammlung den Sonderbestrebungen der Hausagrarier nachdrücklich entgegenzutreten und die berechtigten Interessen der werktätigen Bevölkerung zu fördern. Wähler dritter Klasse, auf zur Wahl! Auf zum Sieg der Sozialdemokratie!

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Morgen Mittwoch, findet für sämtliche Bezirke ein Extrazahlabend statt. Die letzte Gruppe hält diesen Zahlabend gemeinsam ab bei Schulz, Kaiser-Friedrich-Straße 24, ebenso die fünfte Gruppe im „Volksbause“, Rosinenstraße 3. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend, von den bekannten Lokalen aus Flugblattverteilung.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Glaser, Kaiser-Wilhelmstraße 11, statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent Genosse Staab. 3. Aufstellung von Kandidaten. 4. Vereinsfragen. Noch in diesem Monat findet die Wahl statt, eifrige Agitation ist dringend notwendig. Erscheint daher alle zur Versammlung. Der Vorstand.

tographiert zu haben dienen, mag der Inhalt des Zettels beantworten. Dies „Beweismittel“ war folgender Brief des Malik. Mische an Dobroslaw:

„Steglich, den 17. Dezember 1908.

Lieber Paul!

Teile Dir mit, daß ich meinen Posten als Bezirksführer niederlege. Ich hatte mit meinem Birt eine kleine Auseinandersetzung und mußte plötzlich ziehen. Da ich nun in Steglich Wohnung habe, so habe ich es vorgezogen, zu ziehen, denn ich wohne doch billiger und fahren mich ich so wie so nach meiner Arbeitsstelle. Da Du Kandidat vom Sparverein bist, so teile ich Dir auch mit daß ich aus dem Verein austrete. Meine bisherigen Erparnisse sollen der Vereinskasse zustehen. Wenn ich Zeit habe komme ich mal abends hin. Die Abrechnung liegt mit im Brief und schicke auch gleichzeitig das Material und 250 M. Geld für umgeschickte Bons (20 Stück) und 50 Pf. für 2 Ratinebilletts. Gant hat mir nur 70 Bons übergeben und 30 hat er noch im Besitz. Das Protokollbuch vom Sparverein ist im Paket. Mit Parteigruß Mische.

Seiner Zeit hatten wir an das Polizeipräsidium die Anfrage gestellt, ob es bereit sei, öffentlich die Gründe anzugeben, die dem „Bureausschreiber Mische“ die Gewalt über seine Beamten gab. Da das Polizeipräsidium eine Aufklärung unterließ, gaben wir sie.

Die Öffentlichkeit interessiert aber auch neben der Enthüllung des Spiegels noch die Frage, ob denn das Eigentum vor dem Zugriff von Spitzeln nicht gesichert sei und ob die persönliche Freiheit eines Staatsbürgers sich die Mißhandlung gefallen lassen müsse, die der persönlichen Freiheit des Genossen Wuhl widerfahren ist. Die Antwort hierauf gibt der weitere Verlauf der Dinge.

Der Restaurateur Bed, dem der entworfene Photographenkasten zur Aufbewahrung übergeben war, erstattete in dem unerklärlichen Glauben, daß das Eigentum selbst im preußischen Heberhuland gesichert sei, Strafanzeige wegen der Entwendung des Apparates. Der erste Staatsanwalt beim Landgericht I erstellte hierauf unter dem 20. September 1909 folgenden ablehnenden Bescheid:

Auf Ihre Anzeige vom 20. April ds. Js. gegen den Schuhmann Malik wegen Diebstahls eines photographischen Apparates erkläre ich folgendes:

Nach den getroffenen Feststellungen hat der Schuhmann Malik den Apparat nicht weggenommen, um ihn sich rechtswidrig

Wilhelmsruh. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von Barth, Viktoriastraße 7. Die Genossen des 6. Bezirks werden besonders darauf hingewiesen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Parteigenossen und Genossinnen!

Heute Dienstag abends 8 1/2 Uhr finden die in der heutigen Annonce angezeigten

Öffentlichen Kommunalwähler-Versammlungen

statt.

Wir bitten um zahlreichen Besuch und rege Agitation für diese Schlussversammlungen.

Die Wahlkomitees.

Helft bei der Wahl!

Mittwoch, den 3. November, von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr finden die

Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung

statt.

Auf den bewährten Opfermut unserer Genossen und Genossinnen zählend, erwarten wir, daß sich alle organisierten Mitglieder der Partei so frühzeitig als möglich von 8 1/2 Uhr morgens an zur Hilfeleistung bei der Wahlarbeit einfinden; besonders rechnen wir auch auf die Mitglieder der Bezirke, in denen diesmal nicht gewählt wird.

Wir bitten, daß letztere, soweit sie nicht vorher schon festgelegt sind, sich in den unten angegebenen Zentralbüros melden, namentlich sind radfahrende Genossen erwünscht, soweit sie nicht schon früher von ihrem Verbands für bestimmte Stellen vorgemerkt wurden.

Das Mitgliedsbuch der Partei legitimiert. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, deren wertvolle Mitarbeit wir auch diesmal erwarten, dient das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft als Ausweis.

Wer am 3. November über irgendwelche freie Zeit verfügt, muß zur Stelle sein.

Die Mitglieder der zur Wahl stehenden 16 Bezirke haben natürlich die Verpflichtung, alles aufzubieten, sich an diesem Tage den Wahlkomitees ihres Bezirks zur Verfügung zu halten.

Die Bureau befinden sich:

Table with 4 columns: Komm.-Wahlbez., Rest., Wirtsch., Kanonierstr. 9, Amt I, 1176; Name; Address; Number. Includes names like Wolff, Pringenstr. 23, Wille, Dresdenerstr. 105, Mittag, Altfriedrichstr. 10a, etc.

Zentrale für die Bezirke 31, 37, 39, 42, 43, 47: Wahlvereinsbureau, Ravenstr. 6, Amt III, 2137.

Auf zu neuen Erfolgen für die Ziele der Partei!

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

Neue Hilfe für den Kommunal Liberalismus.

Ah, das war noch eine schöne Zeit für den Berliner Rathausfreisinn, als er noch in den Gemeindevorschul-Lehrern seine zuverlässigste Schutztruppe sehen durfte! Lang ist's her. So recht von Herzen geschah es schon seit Jahren nicht mehr, daß die Lehrerschaft sich dazu hergab, Handlangerdienste für die Freisinnigen zu leisten. Die letzte Gehaltsregelung hat nun vollends den Lehrern die Augen so gründlich geöffnet, daß sie schon bei

anzueignen, sondern er hat ihn gemäß § 161 Strafprozeßordnung als Beweismittel für ein etwaiges späteres Strafverfahren wegen Beleidigung beschlagnahmt.

Ich habe daher das Verfahren eingestellt. Ein wunderlicher Bescheid! Nach dem Gesetz ist zur Beschlagnahme lediglich der Richter, bei Gefahr im Verzuge auch die Staatsanwaltschaft befugt und diese hat dann sofort zur Entscheidung über die verhängte Beschlagnahme den Gegenstand dem Richter vorzulegen. § 100 der Strafprozeßordnung läßt darüber nicht den geringsten Zweifel. Der in dem Bescheide der Staatsanwaltschaft angelegene § 161 ändert nicht das geringste hieron. Das muß auch dem Ersten Staatsanwalt bekannt sein. Ueber 6 Monate aber gebraucht der Staatsanwalt, um den Restaurateur Bed dahin zu beschreiben, daß entgegen dem Gesetz die Staatsanwaltschaft gegen polizeiliche Eingriffe in das Eigentum der Staatsbürger ohnmächtig ist.

Eine nicht minder eigenartige Ansicht über das Recht der persönlichen Freiheit und auf Schutz der Ehre der Staatsbürger entwickelte die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren, das die Genossen Dobroslaw und Wuhl wegen der gegen sie verübten Freiheitsberaubung und tätlichen Beleidigung veranlaßt hatten. Dieses Strafverfahren gegen Malik zeitigte ganz eigenartige Ergebnisse. Es wurden die Strafantragsteller vernommen. Aber die Fragestellungen ergaben, daß es der vernehmenden Behörde weniger auf Ermittlung der so sonnenklar vorliegenden Delikte der Freiheitsberaubung und tätlichen Beleidigung ankam, als um Kenntnis des Namens unseres Photographen, der so trefflicher sich als Spezialist für Spitzelbilder betätigt hat. Natürlich vernahmten beide Genossen ihr Zeugnis. Man machte sie darauf aufmerksam, sie würden wegen Zeugnisverweigerung eingelockt werden können. Das vermochte selbstredend unsere Genossen nicht zur Beleidigung der behördlichen Reuegierde zu veranlassen. Der Anwalt der in ihrem Recht so fäher gekränkten Genossen suchte vergeblich Einsicht in die Akten zu erlangen. Einmal waren die Akten bei irgend einem Dezerenten unabhörmlich, ein anderes Mal hatte sie die Polizei, die vorgesehene Behörde des Angeklagten in Händen. Schließlich wurde die Akten Einsicht einfach verweigert. Genosse Wuhl aber erhielt einen gleichfalls vom 29. September datierten ablehnenden Bescheid der Staatsanwaltschaft. Die Behörde hobte das auf die Strafanzeige der Genossen Wuhl und Dobroslaw gegen den Schuhmann Malik eingeleitete Verfahren eingestellt und es abgelehnt, gegen ihn strafrechtlich vorzugehen. Denn die Sittierung, der Transport zum Polizeipräsidium und die dort erfolgte Durch-

Aus dem Spitzel- und Rechtsleben in Berlin.

Der Kriminalbeamte Malik hatte sich, wie unsern Lesern innerlich, unter der bewußt falschen Angabe, er sei ein Bureau-schreiber Mische, als Parteigenosse aufnehmen lassen. Nach seiner Entlassung wurde am 26. April der Versuch gemacht, ihn zu photographieren. Kurze Zeit darauf hielten sich die Genossen Dobroslaw und Wuhl im Bekischen Lokal, Wirtschstraße 16, auf. Malik hatte Wind davon bekommen, daß sein Gesicht im Photographenkasten sei. Er stürmte deshalb in das Lokal und meinte, sein Gesicht konfiszieren zu müssen. Da dies ohne den Apparat, der tatsächlich das Gewünschte nicht enthielt, nicht anging, nahm er dies fremde Eigentum an sich und eilte mit seiner Beute davon. Er kehrte dann mit zwei uniformierten Beamten zurück und ließ den Pagarrenmacher Genossen Adolf Wuhl fixieren, weil er diesen in dem Verdacht hatte, ihn photographiert zu haben. Das Photographieren wäre eine durchaus nützliche Tat gewesen. In Wirklichkeit hat Wuhl aber noch niemals photographiert. Dobroslaw begleitete den Genossen Wuhl noch dem Polizeibureau in der Jellestraße. Hier verlangte der Pseudo-Mische, Wuhl und Dobroslaw sollten alles, was sie bei sich hätten, herausgeben. Dem widersetzten sich die Genossen und verlangten, nach dem Alexanderplatz geführt zu werden. Dort wurde Wuhl bis auf die Fingerringe entkleidet, weil der Pseudo-Mische erklärte, Wuhl habe einen Zettel, der als Beweis für ihn dienen könne, auf der Wade in der Jellestraße in dem — Hofensack versteckt. Dielt man das Photographieren für unerlaubt, was es keineswegs ist, so ist schließlich unersichtlich, wie ein Zettel, auch wenn er durch die Aufbewahrung im Hofensack geschützt ist, als Beweis dafür dienen könne, daß jemand, der nicht photographiert hat, doch photographiert habe. Indessen die hochmögliche Polizei weiß das besser. Die Herren durchsuchten alles, was der Adam des Genossen Wuhl abgelegt hatte, fanden natürlich nichts. Sie konnten auch nichts finden, denn der Zettel, auf den in Wahrheit Malik-Mische schandete, war nicht im Besitz des Wuhl, sondern des Genossen Dobroslaw. Ob der Zettel für ein menschlich konstruiertes Hirn die Annahme hätte aufkommen lassen können, er könne als Beweismittel für das Verbrechen pho-

den Landtagswahlen den Liberalismus im Stich lassen und bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ein gleiches tun wollen.

Aber die Freisinnführer haben sich beizeiten nach Erfolge umgesehen. Die unteren Beamten der Staats- und der Reichsbehörden sind dazu ausersehen, ihnen die Kaffianen aus dem Feuer zu holen. Das muß man sagen: Die Idee ist gar nicht mal übel. Die Berliner Lehrer lassen sich nicht so zur Wahl treiben, wie die Kommunisten des Stadtfreisinn das möchten. Und in einer Zeit, wo es zum gut freisinnigen Ton gehört, über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie zu schreiben, erscheint es den Freisinnsgroßen doch zu riskant, selber einen allzu unsanften Druck auf die Lehrer auszuüben. Aber bei den Staats- und Reichsbeamten macht sich die Sache sehr viel einfacher, da braucht nicht der Freisinn selber zu terrorisieren, was er hier ja auch gar nicht könnte; da wird diesen Beamten von den eigenen Behörden deutlich genug gewinkt. Wie sagte doch ein Flugblatt, mit dem schon vor einigen Jahren der freisinnige Stadtverordnete Rosenow die in seinem Bezirk zahlreich wohnenden Postkassen bearbeitet ließ? „Als Träger des kaiserlichen Rufes könnt Ihr selbstredend keinen Sozialdemokraten wählen, der gegen die Monarchie, gegen Kaiser und König ist. Ihr dürft aber auch nicht von der Wahl fernbleiben, da Ihr dadurch indirekt dem Sozialdemokraten helfet.“ So drohte der Freisinn mit der Hungerperücke, die der Beamte von seiner Behörde zu erwarten habe.

Auf die Beamten der Post und womöglich auch der Eisenbahn und anderer Verwaltungszweige des Staates und Reiches rechnet der Freisinn sehr mehr als je. Im 39. Wahlbezirk dritter Abteilung, wo den Wählern eine zum engherzigsten Kommunal Liberalismus schwörende Bezirksvereinsgröße zugemutet wird, hat kürzlich ein Vertreter der Postbeamten in eigener Person vor einer Versammlung liberaler Kommunalwähler referiert, der Generalsekretär Subrich vom „Verband der mittleren Postbeamten“. Ein für dieselbe Versammlung angekündigtes Referat eines Vertreters der unteren Beamten, des Vorstehenden Grzyb vom „Verband der Postunterbeamten“, fiel aus, ohne daß in der Versammlung ein Grund hierfür angegeben wurde. Herr Subrich empfahl den Beamten, liberal zu wählen. Was sie vom Berliner Stadtfreisinn zu erwarten haben, das sagte er nicht — wohl deshalb nicht, weil er selber es nicht wußte. Er meinte aber, daß das Beispiel, das die Stadt Berlin mit den von ihr bezahlten Beamtengehältern gebe, auch auf Staat und Reich wirken müsse. Da hat er Recht, aber er hätte nur hinzufügen sollen, daß Berlin hierin dem Staat und dem Reich nicht voranzugehen, sondern hinterherzuhinken liebt. Nur zu oft hat Berlin bei Gehalts- und auch Lohnerhöhungen ein schlechtes Beispiel gegeben, das auf andere Verwaltungsbehörden und Gewerbebetriebe nicht ausmunternd, sondern nur hemmend wirken konnte.

Welches Beispiel Berlin durch die neueste Regelung der Lehrgelöhner gegeben hat, das ist ja noch in frischer Erinnerung. Lehrer und andere Beamte unserer Stadt Berlin haben im Rathaus auf ihre Wünsche nach ausreichender Erhöhung ihrer Gehälter sich die Antwort geben lassen müssen, man erwarte von ihnen auch einen gewissen „Idealismus“. Arbeitern der Stadt, die eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen forderten, ist sogar erwidert worden, Berlin dürfe nicht durch allzuviel Entgegenkommen ein Beispiel geben, das die Privatindustrie in die Zwangslage bringe. Hier sollten nicht durch ein gutes Beispiel der Stadt die bösen Sitten der Unternehmer „verdorben“ — das heißt in diesem Falle: gebessert — werden. Ein gutes Beispiel zu geben, bemüht Berlin sich bei den bestbezahlten Beamtenstellen, vor allem bei den Stadtratposten, in die die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit „bewährte“ Freisinnsmänner hineinwählt. Diese Herrschaften können sich dann auch jenen „Idealismus“ leisten, der bei den anderen Beamten vermiedt worden ist. Sie brauchen nicht erst mit Petitionen um Gehaltsaufbesserung sich lästig zu machen, von der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit wird sie ihnen freiwillig gewährt. Andere Beamte der Stadt, die es sehr viel weniger gut haben, mühten sich einmal ermahnen lassen, an dieser „Zurückhaltung“ der Magistratsmitglieder möchten sie sich ein Muster nehmen.

So sieht die „Beamtenfürsorge“ der Stadt Berlin aus! Und darum sollen — es ist zum Vachen — die Beamten des Staates und des Reiches bei

den Stadtverordnetenwahlen dem Kommunal Liberalismus Handlangerdienste leisten!

Wie der Freisinn öffentliche Wahlen kontrolliert,

das lehrt eine Beobachtung, die uns vom Tage der Landtagswahlen nachträglich gemeldet worden ist. Im Landtagswahlbezirk Berlin XII liegt das Krankenhaus Moabit, das dem Kreiswahlbezirk 1258 zugeteilt war. Zum Wahlvorstand, der die Wahlhandlung leitete, gehörte ein Angestellter dieses Krankenhauses, ein Materialverwalter Schürich. Die Freisinnigen ließen im Wahllokal die bei den Parteien übliche Kontrolle der Wahl durch einen Herrn Brauer besorgen, der gleichfalls Angestellter des Krankenhauses, Aufseher oder etwas Ähnliches, ist. So konnten die Krankenwärter, die hier zu wählen hatten, die Einsperrung haben, unter zweifacher Aufsicht zu stehen. Zweifellos wäre bei der Öffentlichkeit der Wahl es richtiger gewesen, nicht auch noch die private Kontrolle einem Angestellten des Krankenhauses zu übertragen. Aber im Freisinnslager war man anderer Meinung und setzte ausgerechnet in das für das Krankenhaus zuständige Wahllokal den Aufseher Brauer hinein.

Im Wahllokal erledigte dieser Herr auch Verhandlungen mit einem Schlepper der Partei, für die er dort saß. Indem er ihm Wahngeld für das Krankenhauspersonal übergab, schärfte er ihm ein, daß er gegenüber dem Anstaltsportier, der ihn nach seinem Verzuge fragen werde, sich auf ihn — den Herrn Brauer — berufen müsse. Dem Portier solle er nur sagen, er wolle die Rente zur Wahl heranzahlen, ihm — dem Herrn Brauer — liege viel daran, daß sie alle persönlich aufgesucht würden. Selbstverständlich war es das gute Recht der Freisinnigen, auch aus dem Krankenhaus Wähler heranzuschleppen zu lassen. Es entsteht aber hier die Frage, ob in der Anstalt auch einem Schlepper der Sozialdemokratie, wenn ein solcher Zutritt verlangt hätte, dasselbe Recht zugestanden worden wäre. In der Tat wird noch gesagt, Herr Brauer habe unter die Wahngelder sogar seinen eigenen Namen gesetzt. Leider darf soviel Unbedenklichkeit den Freisinnigen ohne weiteres zugetraut werden. Die Schlepperarbeit hatte tatsächlich den Erfolg, daß bald nachher Wähler aus dem Krankenhauspersonal in größerer Zahl antraten. Vertraulich nicht der Aufseher Brauer mandem zu. Aber erfreulicherweise liegen mehrere von ihnen sich durch seine Anwesenheit nicht hindern, ihrer Ueberzeugung gemäß für die Wahlmänner der Sozialdemokratie zu stimmen. Ob auch die anderen, die den Wahlmännern des Freisinn ihre Stimme geben, sämtlich hierbei ihrer Ueberzeugung folgten, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wir teilen diese Dinge hier mit, weil wir vermuten müssen, daß am Tage der Stadtverordnetenwahlen an anderer geeigneter Stelle von den Freisinnigen ähnliches versucht werden wird. Bei allen Wahlen, die öffentlich sind, kann man immer wieder die Beobachtung machen, daß die Freisinnigen es ganz vorzüglich verstehen, die Öffentlichkeit der Wahl für sich auszunutzen. In ihren Vorhörungen und ihren Wählerversammlungen zeteren sie, daß die Furcht vor dem Terrorismus, mit dem die Sozialdemokratie drohe, bei den Landtagswahlen viele Wähler abgehalten habe, für den Freisinn zu stimmen, und daß aus gleichen Gründen für die noch bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen dasselbe zu erwarten sei. Im stillen aber wird mancher dieser „Antiterroristen“ froh sein, daß wenigstens die Landtagswahlen und die Stadtverordnetenwahlen noch öffentlich vollzogen werden. Denn das weiß der Freisinn sehr wohl, daß bei geheimer Wahl zum Landtag oder zur Stadtverordnetenversammlung die Sozialdemokratie noch ganz andere Erfolge haben würde.

„Genug für eine Arbeiterfamilie.“ Was eine Arbeiterfamilie zum Lebensunterhalt braucht, darüber macht man in wohlhabenden Gesellschaftskreisen sich ganz sonderbare Vorstellungen. Leute, die für sich selber ein Jahreseinkommen von z. B. 10 000 M. als Kleinigkeit ansehen, tun höchst erstaunt, wenn ein Arbeiter der Meinung ist, daß er bei einer jährlichen Lohnentnahme von 1000 M. für sich und seine Frau samt zwei oder drei Kindern sich noch nicht als „Kroßus“ vornehmen dürfe. Kürzlich hat eine Arbeiterfrau bei einem Wohltätigkeitsverein, dessen Hilfe sie in Anspruch nehmen wollte, sich sagen lassen müssen, daß eine Arbeiterfamilie bei einem Wochenlohn von 20 Mark nichts weiter brauche. Die Familie besteht aus dem Ehepaar und drei kleinen Kindern, deren jüngstes noch Säugling ist. Eben um dieses Säuglings willen hatte die Frau sich an die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ gewandt und die Bitte vortragen wollen, daß man ihr eine kleine Beihilfe gewähren möge. Sie wurde von dem im Bureau sitzenden Fräulein gefragt, wieviel denn das Einkommen des Mannes betrage. Als die Frau antwortete: „20 M. Wochenlohn“, holte das Fräulein zunächst bei einer höheren Instanz sich Anweisung, was da zu tun sei, und kehrte dann zurück mit dem abweisenden Bescheid: „Da können Sie auskommen!“ Genug, mit 20 M. Wochenlohn kann eine fünfköpfige Arbeiterfamilie „auskommen“. Aber wie sie es „kann“,

pflichtwidrig, wenn er von dem ihm zustehenden Recht keinen Gebrauch macht. Demnach wären Polizei und Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle Personen festzunehmen und zu durchsuchen, von denen anzunehmen ist, daß sie als Täter oder Zeugen einer etwa künftig zu bezehenden Straftat in Betracht kommen könnten. Die selbst mit den geringen Schutzvorschriften, die die Strafprozedur zum Schutz der persönlichen Freiheit der Staatsbürger enthält, unerbittbare staatsanwaltschaftliche Ansicht führt mithin dazu, die Polizei- und Staatsanwaltschaftsbeamten für alle Straftaten persönlich verantwortlich zu machen.

Sollte, wie ja infolge der Belastung der Polizei mit nicht strafbaren politischen Dingen leicht möglich, ein Diebstahl, ein Betrug, ein Mord stattfinden, ohne daß der Täter erndet wird, so wären die Beamten der Polizei und der Staatsanwaltschaft persönlich für alle diese Taten zum mindesten zivilrechtlich verantwortlich. Denn die Begehung der Tat ohne Entdeckung des Täters beweist ja die pflichtwidrige Unterlassung des diesen Beamten vermeintlich zustehenden Rechtes, alle künftigen Missetäter und alle Zeugen für etwaige spätere Missetaten festzunehmen.

Der Staatsanwalt hätte wohl selbst, daß er in dem Eifer, die Schuldlosigkeit der Polizeibeamten zu erweisen, weit über das Ziel der durch die Gesetze des Staates und der Logik gesteckten Grenzen hinaus geschossen hätte. Er säßt in dem abliegenden Bescheid noch einen weiteren Rechtfertigungsgrund für die Festnahme der Genossen an. Auf dem Wege zur Wache sollen nämlich Dobroslaw und Wuhl nach Bekundungen von Beamten den Schutzmännern „schwer beleidigt“ haben, indem sie ihn „Lump“ und „Strolch“ beschimpften. Runmehr sei die Feststellung der Persönlichkeiten geradezu erforderlich gewesen. Aus der Feststellung sei aber für die Beamten weiter die Pflicht erwachsen, Wuhl und Dobroslaw auch gründlich zu durchsuchen — zur Auffindung etwaiger Beweismittel, die auf weitere Straftaten schließen lassen. — Wenn die Polizei die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit hat, alle Personen nach Beweismitteln „weiterer Straftaten“ durchsuchen zu lassen, die einen Spigel als „Lump“ oder „Strolch“ bezeichnet haben sollen, — wo soll sie die Zeit dazu hernehmen, die Täter wirklich begangener Verbrechen zu entdecken? Wischa-Ralik selbst hat empfunden, wie man in den Kreisen aller anständigen Menschen die Tätigkeit eines Polizeispigels bewertet.

In der kurzen Zeit, in der er als Bezirksführer fungierte, zeigte er seinen Bezirksgenossen das Bild eines entarteten Polizeispigels mit den Worten herum: „Seht Euch mal diesen Lumpen an, diesen Dolanzen. Das ist auch so eine Pflanze aus dem Mißbeet vom Alexanderplatz.“

das sieht man ja unter anderem an dem Umfang der Kindersterblichkeit, deren Bekämpfung angeblich Aufgabe und Ziel der genannten Gesellschaft ist. Von den Damen dieser Gesellschaft, die es ja „dazu haben“, wird vermutlich manche für die eigene Familie pro Tag sehr viel mehr verbrauchen, als diese Arbeiterfamilie pro Woche einnimmt. Und daraus leitet dann die bürgerliche Klasse das Recht her, zu schelten über die Ungenügsamkeit der — Arbeiter!

Wißbrauch mit jugendlicher Arbeitskraft. Kürzlich meldeten wir, daß in der Schönhauser Vorstadt ein Schulkind im Auftrage seines Lehrers einige hundert Flugblätter für den Kirchen-Liberalismus in den Schankwirtschaften zu verteilen gehabt habe. Aus demselben Stadtteil wird uns jetzt mitgeteilt, daß an einem der letzten Tage um acht Uhr abends ein anscheinend zwölfjähriger Schulknaabe die Häuser abgeklappert habe, um Vorbereitungen auf Willets zu einer im „Berliner Prater“ stattfindenden Vorstellung entgegenzunehmen, die wohl zum Besten des Kirchenchors der Gethsemanengemeinde veranstaltet werden soll. Die Liste, mit der der Junge häusereinging, war gestempelt von der Musikkommission der Gethsemanengemeinde und unterzeichnet von einem Lehrer Sudow (Stargarder Str. 7). Man sieht, wie der Mißbrauch mit der jugendlichen Arbeitskraft, der da von Lehrern getrieben wird, sich immer wiederholt. Und immer wieder sind es gerade kirchlich gefasste Kreise, denen diese Ungehörigkeit als zulässig gilt. Würden für solche Arbeiten erwachsene Personen angenommen, so mühten sie entsprechend bezahlt werden. Schulkinder aber lassen sich mit einer winzigen Vergütung abfinden und würden eventuell auch ganz umsonst arbeiten, weil's für den Herrn Lehrer ist. Welches Geschrei würde sich in diesen Kreisen erheben, wenn zum Beispiel ein sozialdemokratischer Wahlverein durch Kinder seiner Mitglieder seine Flugblätter verteilen oder Vorträge auf Willets zu seinen Vergnügungen ein sammeln ließe.

Diebstahl in der Königl. Bergakademie. In der Königl. Bergakademie in der Invalidenstr. 44 ist ein dreierlei Diebstahl verübt worden, der noch der Aufklärung bedarf. Von einem bisher nicht ermittelten Täter wurden eine Platinschale sowie ein Platintiegel entwendet. Die Schale hat zwei Ohrringriffe und einen Ausguss. Die gestohlenen Gegenstände haben einen recht hohen Wert. Er wird auf mehr als tausend Mark geschätzt. Jedemfalls wird der Dieb den Versuch machen, seine Beute an geeigneter Stelle loszuschlagen.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern im Betriebe der Metallwarenfabrik von Emeric u. Schöning in der Prinzessinnenstraße 26. Dort geriet die Arbeiterin Berta Stein mit den Haaren in die Transmissionswelle, wodurch ihr die ganze Kopfhaut abgerissen wurde. Die bedauernswerte Arbeiterin, die entsetzliche Schreie ausstieß, wurde mit einem Automobil in das Urban-Krankenhaus gebracht.

Die Fabrik von Emeric u. Schöning scheint ein Unglücksbetrieb zu sein. In den letzten vier Wochen sind schon zwei Mädchen schwer zu Schaden gekommen; beide hätten mehrere Finger ein. Der gestrige Unglücksfall soll dadurch passiert sein, daß die Transmissionswelle unbedeckt war. Verbandsstoffe sollen auch nicht in der Unglücksfabrik vorhanden sein, obwohl der Fabrikherr 500 Mark zahlen will, wer einen Dieb ermittelt. Angefächert der sich mehrenden Unglücksfälle im genannten Betriebe dürfte es notwendig sein, daß der Fabrikinspektor die Fabrik genauer ins Auge faßt.

„Menschensehen in Gefahr!“ Dieser Ruf alarmierte am Montagmorgen die Berliner Feuerwehr nach der Kommandantenstr. 78. Dort stand der Neubau des Industriegebäudes an der Ecke der Kommandantenstraße und Deutlichstraße in großer Ausdehnung in Flammen. Das Feuer war in dem Geschäftsalder der Straußfabrik von S. Kay, im dritten Stock des Vorderhauses, angeblich durch Unvorsichtigkeit eines Hausdieners beim Erhitzen von Wenzit und Kautschuk zum Ausbruch gekommen und hatte in wenigen Minuten eine große Ausdehnung erlangt. Die vielen dort beschäftigten Mädchen hatten unter Gefahr die Brandstelle verlassen und das Geräch verbreitet, daß noch sechs Mädchen oben sein sollten. Die Feuerwehr war bald zur Stelle und ließ sofort von allen Seiten vorgehen. Auf die Meldung „Mittelfeuer“ rückten 30 Fahrzeuge aus. Ueber drei mechanische Leitern wurde von der Kommandantenstraße aus angegriffen, ferner über zwei mechanische Leitern vom Hofe aus und außerdem über die Treppen Schlauchleitungen vorgenommen. Alle noch vom Qualm angefüllten Räume wurden durchsucht, aber nirgends fand sich eine Spur von einem lebenden Wesen. Die Mädchen müssen also einen Ausweg gefunden und sich vor Anbruch der Feuerwehr in Sicherheit gebracht haben. Nach etwa einer Stunde, um 6 Uhr, konnte schon ein Teil der Feuerwehr wieder abziehen. Während des Brandes war die Kommandantenstraße vollständig gesperrt, Hunderte von Wagen mühten einen großen Umweg machen. Außer den Geschäftsräumen der Firma S. Kay sind keine anderen des Industriegebäudes von dem Feuer betroffen worden.

Vor den Augen seiner Kollegen ertrunken ist der Bootsmann Wilhelm Raliki, der auf dem Dampfer einer Berliner Transportgesellschaft angestellt war. Er begleitete einen Schlepper auf der

Ma, Malik muß es ja wissen. Und was hat Malik getan? Malik hat betwahrt falsche Angaben über seinen Stand und seinen Namen verbreitet, um als Mitglied der Sozialdemokratie aufgenommen werden zu können. Er hat ferner den Lithographen Georg Haberkern durch Geldzuwendungen zum Verrat seiner eigenen Massengenossen bewogen. Ist das die Tat eines Ehrenmannes? Wie stark das Polizeispigelsystem geradezu zur Verlogenheit und Lumperei anreizt, zeigt folgender Brief, den Malik nach seiner Entlassung an Haberkern schrieb:

R. G.
Ich werde Dir die Sache auseinandersetzen. Am Montag bin ich in der Nähe meiner Wohnung fotografiert worden. Ich habe Dohr, Wuhl nach der Wache geführt und Aparat weggenommen. Die Wache komme ich in Vorwärts. Verliere Du ja nicht die Ruhe. Es liegt nichts gegen Dich vor. Du wirst nur für den Vorwärts Material gegen mich haben. Sage nur ich hätte mal geschrieben, aber Du mußt wohl den Brief — (es handelt sich um den Brief, in dem er sich nach seinem Raum und erkundigt D. Verf.) — schon weggeschmissen haben. In diesem Brief habe ich Dich nur angefragt ohne einen bestimmten Tag festzusetzen und auch nicht meine Adresse, sondern nur Wischa unterschrieben. Ich habe darin geschrieben sagte, daß ich mal bei Volze antelephonieren werde. Und dies habe ich auch getan. Folge selbst Zeuge. Diesen Brief vom Alexanderplatz Verolina treffen, sagst Du, da weiß niemand etwas von. Wir haben aber die Verleihe unterlassen Da Du kein Geld hattest und ich habe seit der Zeit nichts hören lassen. Nur nicht Wankelmütig werden, es liegt absolut nichts vor gegen Dich. Gehe nur ruhig wieder zur heutigen Sitzung und bewahre die größte Ruhe in erzählen. Du wirst nur Material haben. Meine Adresse wissen sie. Gruß Zal.

Talent war der Spigelname des Malik.
Noch eins. Das Sichhineindrängen eines Spigels in einen Verein unter betwahrt falschen Angaben über seinen Charakter ist — um mit den Worten des Staatsanwalts zu sprechen — eine schwere persönliche Beleidigung und Herabwürdigung der Vereinsgenossen. Ist nun jedes Vereinsmitglied berechtigt, den Spigel nicht nur festzunehmen, sondern auch „gründlich“ zu durchsuchen?

Unsere Genossen haben gegen den angeführten Bescheid die höhere Instanz angerufen. Sie sind nun einmal von der Ueberzeugung durchdrungen: Recht muß doch Recht bleiben, selbst in Preußen. Ob sie sich irren?

Fahrt nach Hamburg. Auf der Unterhavel in der Nähe der Einmündung mußte der Dampfer plötzlich stoppen, wodurch das Drahtseil, an welchem vier Röhre angehängt waren, sich lockerte. Der Bootsmann machte sich nun an dem Seil zu schaffen, als plötzlich der Schlepper wieder in Fahrt weiter ging und das Seil sich in folgedessen straff zog. Kaligt, der darauf nicht vorbereitet war, wurde über Bord geschleudert und verschwand sofort in den Fluten. Alle unverzüglich vorgenommenen Rettungsversuche blieben erfolglos, die Leiche des Ertrunkenen konnte erst nach fast einständigem Suchen gelandet werden.

Das Herrnsfeld-Theater hat für die nächste Zeit seinen Schlager, einen niedlichen einaktigen Schwan, „Ein Rettungsmittel“ benannt, und eine jüdische Burleske mit pikanten Gesangsbelegungen, die den Titel „So muß man's machen“ führt. Versetzt ist dieses letztere Stück, wie die meisten der im Herrnsfeld-Theater aufgeführten Schwanke, von den beiden Direktoren Anton und Donat Herrnsfeld, die sich in den Rollen des hochgelommenen, bescheiden-pfiffigen jüdischen Schinkenhändlers Rowotny und seines Sozjus, des gern den eleganten Don Juan spielenden Herrn Moritz Appetitlich, zwei dankbare Charaktere auf den Leib geschrieben haben. Des geschäftsmächtigen Finnerleis Überdrüssig, haben beide, der Prager Schinkenhändler und sein Sozjus, ihren Gattinnen vorgeredet, daß sie zur Erholung nach der böhmischen Schweiz reisen. Bevor sie sich aber in die stille Waldheimlichkeit flüchten, fahren sie erst, um sich zu amüsieren, nach Berlin und machen dort in den Amorsälen die Bekanntschaft zweier Damen der Halbwelt, die sie nach ihrer Ferienkaufe, der Waldschänke „Zum Vordprung“ bestellen. Zugleich mit diesen sich für die Frauen der Prager Schinkenhändler ausgebenden „Damen“ erscheinen aber auch die wirklichen Gattinnen der beiden Don Juans auf der Erholungsstätte, und nun ergibt sich eine Reihe der kuriossten Verwicklungen und Verwickelungen, bis schließlich der Wirt der Waldschänke die beiden richtigen Gattinnen aus dem Hause wirft — bevor sie noch ihre Männer zu Gesicht bekommen haben. Um sich aus der fatalen Allemas zu ziehen, erfinden die beiden Schinkenhändler mit Hilfe ihres gerissenen Advokaten die Mür, daß die in der Waldschänke einquartiert gemessenen beiden Herren Rowotny und Appetitlich fremde Gauner gewesen seien, während sie selbst zu jener Zeit ihren mit 200 000 Kr. flüchtig gewordenen Kassierer verfolgt hätten. Sie finden mit dieser kuriosen Ausrede auch bei ihren zärtlichen Gattinnen und Schwiegereltern Glauben, sie plötzlich der angelich einflussreiche Kassierer auf der Waldschänke erscheint und nun verschiedene neue Verwicklungen entstehen, die sich schließlich jedoch zugunsten der beiden Schinken exportierenden Don Juans auflösen. Das Stück arbeitet also mit den altbekannten abgebrauchten Mitteln des älteren französischen Schwanke; aber die Situationen sind zum Teil so drollig und sie bieten den beiden Hauptdarstellern so prächtige Gelegenheiten, ihre Kunst in der Verkörperung stutzerhafter, dummpfiffiger jüdischer Geschäftsvorbereitungen zu zeigen, daß das Publikum nicht aus dem Lachen herauskommt, zumal es in den Dialogen an pikanten anzüglichen Bemerkungen nicht fehlt. Geipielt wurde im ganzen gut, wenn auch einzelne Darsteller in dem Bestreben, die Pointen zu unterstreichen, ziemlich stark karikierten.

Girkus Schumann hat nun auch seine lange erwartete Pantomime. Am Sonnabend ging das neue Aufstattungsstück zum erstenmal in Szene. Es ist betitelt: „Die drei Rivalen“. Die Handlung des romantisch-phantastischen Schauspiels führt uns in die Normandie. Ein alter Gehilts bewohnt mit seiner Pflanztochter eine einsame normannische Burg. Dem von allem Verkehr abgetrennten Mädchen gelingt es mit Hilfe ihres treuen Dieners, unter Menschen zu kommen und harmlose Freuden des Lebens kennen zu lernen. Einem Ritter fällt die Jungfrau auf. Er verliebt sich in sie, ermittelt ihren Aufenthalt und fordert von dem Alten das schöne Mädchen zum Weibe. Juvor aber gibt es mit zwei anderen Ritters, die sich gleichfalls um die Kunst des Mädchens bewerben, einen Kampf, aus welchem der erste Bewerber als Sieger hervorgeht. Das Ganze gibt Gelegenheit zur Entfaltung einer märchenhaften Pracht. Diese kommt vor allem im zweiten Akt zur Geltung, der auf dem Schlosse des Ritters die Champagne spielt, und im letzten Akt, der das Hochzeitfest darstellt. Pantomime kommt der großartig angelegten Pantomime die neue große Drehbühne. Die Ausstattung ist prächtig. Kostümpacht weitläufig mit wundervollen Lichteffekten. Und als das Stück zu Ende war, wollte der Verfall kein Ende nehmen. Girkus Schumann ist für die Saison versorgt.

Kadrennen zu Steglitz, 31. Oktober. Die letzten diesjährigen Rennen, die bei ermäßigten Eintrittspreisen abgehalten wurden, hatten wieder einen guten Besuch aufzuweisen. Die Hauptrennen bildeten zwei Dauerrennen über je 50 Kilometer, die beide von denselben Fahrern Contenet, Demle, Herrn Prährenmel, Schipke, A. Stellbrink und Heile bestritten wurden. Als bester Fahrer erwies sich Heile, der beide Rennen überlegen gewann und bei dem ersten noch einen neuen Rekord für die 50 Kilometer aufstellte. Demle hatte unter den Läden seiner Fährungsmaschine zu leiden; er endete in dem ersten Rennen als letzter und nahm an dem zweiten, da er keine Motoren zur Verfügung hatte, nicht teil. Ergebnisse: erstes Rennen, 50 Kilometer (700, 600, 500, 400, 350, 300 M.). 1. Heile in 36 Min. 4 Sek. (Rekord), 2. Contenet, 2220 Meter, 3. Schipke, 2230 Meter, 4. Stellbrink, 4000 Meter, 5. Prährenmel, 4540 Meter, 6. Demle 12 500 Meter zurück. — Zweites Rennen, 50 Kilometer (700, 600, 500, 400, 350 M.). 1. Heile in 36 Min. 43 1/2 Sek., 2. Schipke 1490 Meter, 3. Stellbrink 4870 Meter, 4. Prährenmel 7000 Meter; 5. Contenet 12 100 Meter zurück. Von Heile überlegen gewonnen. Das Rennen wird zuletzt in völliger Dunkelheit gefahren. Das vordurchgehende Hauptfahren über 1000 Meter (50, 40, 30, 20 M.) wurde von Wegener sicher vor Lehmer, Lorenz und Selmer gewonnen. — Im Prämienvahren über 3000 Meter (25, 20, 15, 10 M.) siegte Lehmer vor Wegener, Schmittchen und Lorenz. — Den Schluß bildete ein Sorgabefahren über 1000 Meter (25, 20, 15, 10 M.), das bei elektrischem Licht ausgefahren wurde; es wurde von den „Kugenseltern“ Prenzlow (140 Meter Vorgabe) vor Beck (120), Krendt (185) und Köhler (145) gewonnen, während die besseren Fahrer wie Wegener (9), Stabe (10), Pawle (20) u. a. unplatziert endeten.

Auf dem Grenzplatz in der Bernauer Straße werden beabsichtigt hin und wieder militärische Übungen abgehalten. Da der dem Militärklub gehörige Platz nicht mehr eingezäunt ist, sammeln sich bei solchen Gelegenheiten auch Zuschauer an. Das war auch dieser Tage der Fall. Einem Gefreiten bedachte das anscheinend nicht, denn er suchte das nahebestehende Publikum zurückzutreiben. Dabei trat er einigen Leuten auf die Füße, fortwährend rufend: „Schneller! Schneller! zurück!“ Und als seinem Befehle Folge geleistet wurde, tat er noch ein übriges, indem er sein Seitengewehr zog und es einigen Leuten, die sich zurückzogen, nachwarf. Nur einem Zuschauer war es zu danken, daß kein Unheil angerichtet wurde, denn es zog einem Arbeiter am Halbe vorbei. Wie kommt der Mann dazu, in solcher Weise vorzugehen? Einmal lag hierzu kein Anlaß vor, dann aber hat er überhaupt kein Recht, gegen Zivilpublikum tätlich zu werden. Das hat er nicht einmal gegen seine Untergebenen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf bei Rauschhof, Erststr. 8. Morgen Donnerstag: 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Grunewaldstr. 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Wedmann, Samariterstr. 11. Vortrag in allen Abteilungen über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung mit darauf folgenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Liberaler Rahenjämmer. Wie jahenjammerlich den sogenannten Liberalen angeht die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu Rate ist, geht aus einem von ihnen im achten Bezirk der dritten Wählerabteilung zugunsten der Kandidatur ihres Führers Otto vermittelten Flugblattes hervor, das über Verdräch-

gungen, Entstellungen, Verleumdungen und unverantwortlichen Schimpfereien der Sozialdemokraten klagt, aber selbst in Verdrächgungen, Entstellungen, Verleumdungen und Schimpfereien das denkbar möglichste leistet. Das Flugblatt entblüdet sich nicht, es so darzustellen, als ob alle Ehrungsschaffenden Charlottenburgs auf sozialem Gebiet den Liberalen zu danken sind, während tatsächlich in den meisten Fällen diese Fortschritte auf sozialdemokratische Anregungen zurückzuführen sind. Natürlich spielt auch die Wertzuwachssteuer, mit der die Liberalen schon bei der vorigen Wahl haufieren gingen, eine Rolle. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Gerade die Liberalen haben wiederholt die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung einer Wertzuwachssteuer niedergestimmt, unter ihrer glorieichen Führung ist es dahin gekommen, daß Charlottenburg sich von Schöneberg und anderen Gemeinden überlagern ließ. Mehr als überschämt ist die Behauptung, daß sich eine „auf liberale Initiative“ eingeleitete gemischte Deputation mit der Frage der Einführung der Wertzuwachssteuer befaßt, die Initiative haben nicht die Liberalen, sondern die Sozialdemokraten ergriffen. Ebenso verlogen sind die Darstellungen über die Einsetzung von Arbeiterauswachsen. Auch hier von wollten die Liberalen lange nichts wissen, und wenn sie jetzt sagen, daß von sozialdemokratischer Seite durch maßlose Ansprüche der Erzielung dieser Fortschritte die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so verbirgt sich hinter dieser Phrase die Verlogenheit der Liberalen, die ganz genau wissen, daß diese Behauptung plumper Wahlschwindel ist.

Des langen und breiten befaßt sich das Flugblatt mit Reichs- und Staatsangelegenheiten. Es protestiert gegen die „selbsttätig-agrarische Steuererhebung“ der Reichstagsmehrheit, verschweigt aber, daß die Liberalen bereit waren, diese selbsttätig-agrarische Steuererhebung mitzumachen. Es protestiert gegen die behördlichen Maßnahmen zur Schmälerung der Selbstverwaltung, verschweigt aber, daß gerade die Liberalen der reaktionären Regierung den Rücken stärkten und sie damit ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit geradezu zur Befestigung der Selbstverwaltung und zur Abhandlung der Städte anspornen. Viel Ruhmens macht das Flugblatt von dem „glänzenden Sieg“ des liberalen Kandidaten bei der letzten Landtagswahl und von der „schweren Niederlage“, die die Liberalen und Sozialdemokraten bei der letzten Stadtverordnetenwahl beigebracht haben. Echt liberal! Daß der Landtagswahltag nur dem Geldwahlsystem zu danken ist, davon wird nicht gesagt, und daß die „Niederlage“ der Sozialdemokraten darin besteht, daß diese Partei trotz des Dreiklassenwahlsystems ihre Mandate behauptet hat und an Stimmenzahl gewonnen ist, wird gleichfalls verschwiegen. Warum sagt denn das Flugblatt nichts von den Ergebnissen der Reichstagswahl, bei der doch einzig und allein die Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck kommt? Wissen die Liberalen nicht, daß sie bei der letzten Reichstagswahl in Charlottenburg nur 14 379 Stimmen erzielten, während die „niedergerillene“ Sozialdemokratie es auf 22 187 brachte? Und warum, so fragen wir schließlich, verschweigt das Flugblatt, daß sich Herr Otto namens der Liberalen gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Gemeindevorstände und für Beibehaltung des Hausbesitzerprivilegs ausgesprochen hat?

Wahrscheinlich, es muß schlecht um die Sache der Liberalen stehen, wenn sie zu solchen Mitteln greifen. Die Antwort wird ihnen die Arbeiterklasse am 8. November erteilen.

Rixdorf.

Der Rektor mit dem Stock in der Hand. Wir haben schon oft in unseren Blatte ausgesprochen, daß wir Gegner der Prügelpädagogik sind. Dieser Meinung huldigen auch zahlreiche einseitige Pädagogen und es gibt eine ganze Anzahl Lehrer, die ohne jede Prügel auskommen, ohne daß ihnen nachgejagt werden kann, sie vernachlässigten ihre erzieherischen Aufgaben. Vielmehr kann in solchen Fällen festgestellt werden, daß gerade solche Erzieher, die mit Lust und Liebe erziehen ohne Aufnahme des Stodes, weit größere Unterrichtsresultate aufzuweisen haben als jene, die bei jeder Gelegenheit zuhauen. Leider besitzen heute noch die Lehrpersonen das Recht, in ihnen geeigneten Fällen Prügel zu dürfen. Dieses Recht übte dieser Tage der Rektor der neuen 32. Gemeindevorschule in der Rixdorsstraße eigenhändig aus. Einige Mädchen waren ein paar Minuten zu spät zur Schule gekommen. Der Herr Rektor Priemer brachte die Kinder nach ihrer Klasse und strafte die Juchspätkommenen mit dem Stock vor der ganzen Klasse. Er scheint dabei keine Auswahl gehalten zu haben, denn nach einer ungewordenen Mitteilung soll er auch ein recht schwaches Kind geschlagen haben, wie folgendes ärztliches Attest beweist:

Rixdorf, 30. Oktober 1909.
Frida Wittmann, 11 Jahre alt, wohnhaft Kaiser-Friedrich-Straße 23, wurde mir am 30. Oktober vorgeführt. Das Kind zeigt auf der hinteren Seite beider Unterschenkel je zwei quer über den Unterschenkel laufende Striemen, die blaue Farbe zeigen, während die Umgebung gerötet und verdidet ist. Diese Juchspätigung muß um so mehr als eine äußerst heftige bezeichnet werden, als es sich dabei um ein körperlich und zurückgebliebenes Kind handelt, das früher an Krämpfen gelitten hat und auch schon der Pflöschau überwiegen war.

Dr. Silberstein, Arzt.
Nach diesem Attest handelt es sich um ein geistig zurückgebliebenes Kind, das überhaupt nicht geschlagen werden darf, selbst wenn der Herr Rektor das Prügelrecht besitzt. Das sollte Herr Priemer wissen. Auf die Erziehungsmethode des Herrn Rektors wirkt es ein eigenartiges Licht, wenn man den Grund der Juchspätigung in Betracht zieht. Muß denn gleich geschlagen werden, wenn ein Kind einige Minuten zu spät kommt? Sollte es nicht noch andere Strafmittel geben, wenn schon gestraft werden muß?

Steglitz.

Auf offener Straße erschossen hat sich vorgestern abend eine unbekannte junge Dame. Auf dem Platz III in der Nähe der Dismarsstraße hörten Leute gegen 10 Uhr einen Schuß fallen. Sie eilten hin und fanden eine junge Dame am Boden liegen. Die unbekannte Selbstmörderin scheint den besser gestellten Kreisen anzugehören. Sie ist etwa 23 bis 25 Jahre alt, mittelgroß und kräftig, hat tief dunkelblaues Haar, blaue Augen und ein ovales, volles Gesicht und trug einen schwarzen Rock, eine fleischfarbige Bluse mit einem weichen gestickten Einfaß, einen gestickten Schal, einen hellgrauen Theatermantel mit weiten Ärmeln und weichem Futter, einen Topfhut mit Straußfedern und eine silberne Uhr mit Goldrand. Ihr Beinleid ist B gekennzeichnet. Ihre Handtasche enthielt einen Zettel, auf dem steht: „Gnommen habt ihr mir alles, gegeben gar nichts, nichts.“ Die Leiche wurde nach dem Steglitzer Schauhaufe gebracht.

Friedenau.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung legte der Gemeindevorstand eine Polizeiverordnung zur Genehmigung vor, welche das Befahren der Saarstraße mit Lastfuhrwerken verbietet. In der Begründung wird gesagt, daß die Straße als Verkehrsstraße mit Lastfuhrwerk zu schmal angelegt sei und daß infolge der Steigung, welche vor der Friedenauer Brücke einsetzt, eine ganze Menge Klagen über Abhandlung der Pferde geführt wurden. In der Diskussion war man im allgemeinen der Ansicht, daß eine der Hauptverkehrsstraßen mit dem Schöneberger Ortsteil für Lastfuhrwerke nicht gesperrt werden könne, worauf der Vorsitzende die Verordnung zurückzog.

Sodann stand ein Antrag des Vereins für Handel und Gewerbe auf der Tagesordnung, welcher verlangt, die Zahl der Gemeindevorsteher von 18 auf 24 zu erhöhen. Derselbe wurde im November vorigen Jahres auf ein Jahr vertagt. Schöffe Wache hat, dem Antrag abermals bis Januar zu vertagen. Dem traten die Herren Schulz und Weber entgegen. Man müsse die Angelegenheit

schon regeln, um bei den allgemeinen Wahlen im nächsten Frühjahr gleich entsprechend der Änderung mehr wählen zu lassen. Die Notwendigkeit der Erhöhung begründeten sie damit, daß jetzt einzelne Herren in 5 bis 6 Kommissionen tätig seien, was nach Ansicht der Antragsteller zuzulassen sei. Herr Schulz verriet, daß von den neuen Mandaten auch eins für die Arbeiter bestimmt sei, natürlich nicht für die sozialdemokratischen, sondern für die frommen Brüder im evangelischen Arbeiterverein. Gemeindevorsteher Ott hält eine Erhöhung der Zahl der Gemeindevorsteher noch nicht für nötig, da sich nennenswerte Mängel bis jetzt noch nicht ergeben hätten. Auch der Freisinnshauptling Herr v. Brochm bezeichnet die Sache noch nicht für so eilig, da die jetzige Vertretung sich doch ganz gut „bewährt“ und auch die Interessen der Arbeiter, von denen Herr Schulz sprach, wahrnehme. Vielleicht kommt dieser Herr einmal in eine Arbeiterversammlung und erkundigt sich darüber, wie die Arbeiterschaft über das Wirken der Gemeindevorsteher für die Minderbemittelten denkt. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen die Beratung gesprochen hatten, wurde die Angelegenheit auf Antrag des Herrn Hienbrock bis Januar vertagt. Als Armenpfleger wurde an Stelle des Herrn Rektor Jaeschke Herr Lehrer Ledmann von der Knabenschule gewählt. Der Reingewinn des Elektrizitätswerkes beläuft sich für das vergangene Jahr auf 48 000 M. Zum Schluß wurde eine Angelegenheit verhandelt, die für die Steuerzahler von Interesse ist. Bei dem Abschiedssommers für den früheren Bürgermeister wurde an Vobuhdeleien und Schmeicheleien auf Herrn Schanzenburg das Menschenmögliche geleistet. Fadelzug, Festessen und Ständchen wechselten einander ab, alles aus dem Gemeindefiskus. Dies genügte verschiedenen Herren noch nicht, und man regte an, dem Herrn Schanzenburg zum Andenken an Friedenau noch ein Geschenk in Form einer Statue im Werte von zirka 500 M. zu stiften. Die Sache wurde natürlich, damit die Oeffentlichkeit nicht über die Gründe zu lachen brauche, in die geheime Sitzung verlegt und dort selbstverständlich angenommen. Wir sind der Meinung, daß, wenn innerhalb der Gemeindevorsetzung sich so warme Verehrer des früheren Bürgermeisters befinden, dieselben die Kosten für derartige Geschenke aus ihrer eigenen Tasche bezahlen sollen. Diese Herren sind natürlich der Meinung, daß man dies viel schmerzloser aus den Taschen der Steuerzahler besorgen kann.

Ueber unsere gegenwärtige politische Lage referierte Genosse Rubik-Panlow in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Darauf gab Genosse Kleinmann den Kaschenbericht für das dritte Quartal; einer Einnahme von 245,80 M. steht eine Ausgabe von 284,55 M. gegenüber; an den Zentralvorstand wurden 136,80 M. abgeführt. Für Sonntag nachmittag 2 Uhr wurde ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung für Arbeiter-Schulvorrichtungen in Charlottenburg festgesetzt. Treffpunkt 1 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn Linie V, Prinz-Regenten-Straße in Wilmersdorf.

Johannisthal.

Ein bedauerlicher Vorgang hat sich auf dem Teltowkanal abgepielt. Der Schiffseigner Hannemann hatte in der Nähe von Johannisthal mit seiner Yule auf dem Kanal vor Anker gelegen. Die Kinder des H. hatten nachmittags auf dem Deck des Bootes gespielt und stürzte die zehnjährige Tochter Erna ins Wasser. Auf die Hilferufe der Kleinen eilte die Mutter hinzu, die sofort den Rettungslahn strot machte. Frau G. kam aber bereits zu spät. Vor ihren Augen sank das Kind unter und erkrank. Die Leiche konnte bald darauf geborgen werden.

Drip-Duckow.

Die Stichwahl zwischen unserem Genossen Hab a m e d und dem bürgerlichen Kandidaten findet am Donnerstag, den 4. November, nachmittags von 6 bis 6 1/2 Uhr statt. Es wird erwartet, daß alle Genossen ihre Schuldigkeit tun, nur dann ist es möglich, dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Stadtverordnetenwahlen finden, wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, voraussichtlich am 22. November von 8—12 Uhr vormittags statt. Eine längere Debatte rief der Antrag des Magistrats, für das Nichtfest 150 M. zu bewilligen, hervor. Genosse Hieblig wandte sich entschieden dagegen. Man möge dieses Geld lieber den Armen der Armen zuwenden. Er könne der Versammlung schon jetzt als Mitglied der Armenkommission mitteilen, daß ein Antrag über Nachbewilligung von 200 M. gestellt werde, und ob diese Summe reiche, bleibe abzuwarten. Stadtd. Haase gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese Anregung von sozialdemokratischer Seite komme. Stadtverordneter Winge wollte gewiß mit der Wurst nach der Speckseite schmeißen, als er erklärte, die Kommission wolle den Arbeitern gerade eine Freude bereiten, wenn es nun aber von den Arbeitern selbst nicht gewünscht würde, könne es ja abgelehnt werden. Herr Winge ist nämlich der letzte Bürgerliche in der 3. Klasse, der jetzt auch auf Knecht steht. Der Antrag wurde mit 12 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Zur Weiterführung der Wasserleitung bis zum Schützenplatz sollte eine Anleihe von 3000 M. bei der Teltower Kreisbank aufgenommen werden. Stadtd. Samuel beantragt, diese 3000 M. nach Bedarf ratenweise aus dem Reservefonds des Wasserwerks zu nehmen und nicht die Stadt durch neue Anleihen belasten. Der Antrag gelangt zur Annahme. Genosse Schönlee richtete an den Bürgermeister die Frage, wie es mit dem von der Arbeiterschaft an den Magistrat gerichteten Ersuchen um Erhöhung des ortsbüchlichen Anlagensfonds stünde. Derselbe wurde dahin beantwortet, daß demnächst der Versammlung die Vorlage zugehen werde. Stadtverordneter Samuel eruchte den Magistrat, energische Schritte zu unternehmen, um die aufgeschriebene neu zu errichtende Landesprovinzial-Internat nach Trebbin zu bekommen. Der Bürgermeister erklärte, der Magistrat habe sich schon mit der Sache beschäftigt, konnte sich aber nicht über die Terrainfrage einig werden außer in Löwendorf. Es wurden mehrere Vorschläge über geeignete Gelände in der verlangten Größe gemacht. Herr Samuel erklärte, es müsse etwas für Trebbin getan werden, damit es sich erst mal vergrößere. Sollte dies selbst mit schweren Bedmitten verknüpft sein, so könne man getrost eine Anleihe aufnehmen. Herr Köppen fragte an, wenn die freigeordnete Kantorstelle wieder besetzt werde. Zum 1. Januar oder gar ersten April? Der Bürgermeister erklärte, das wisse er selber noch nicht, denn die Bestätigung sei noch nicht hier. — Der Lehrermangel ist hier chronisch.

Röpenitz.

In einer öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter Röpenitz referierte Stadtverordneter Genosse Wuyh-Rixdorf über die Aufgaben der Kommune als Arbeitgeberin. Dem Referat, welches mit Beifall aufgenommen wurde, folgte ein weiteres des Genossen Walle über die diesjährigen Forderungen der städtischen Arbeiter. In mehreren Besprechungen der Arbeiter der einzelnen Werke sind diese bereits beraten worden. Die Forderungen beziehen sich auf Lohnerhöhung und Einführung verkürzter Arbeitszeit. In Betracht kommen Gasanstalt, Elektrizitätswerk, Kanalisation und Straßenreinigung sowie Straßenbahn.

Auf der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Verhandlungen teilte Bürgermeister Dr. Langerhans mit, daß die Ertragwahlen von zwei Kreisstadtsabgeordneten bis zum 15. November stattfinden müssen. Es scheiden aus Stadtd. Cuny (Lib.) und unser Genosse Herbst, welcher bis jetzt der einzige Sozialdemokrat im Teltower Kreisrat war. Die Versammlung entschied sich dahin, die Wahl am 12. November abends 8 1/2 Uhr erfolgen zu lassen. Bezüglich der Angelegenheit Henschel lag von der eingeleiteten Untersuchungskommission eine Erklärung vor, dahingehend, daß die Mehrmeinung der der zu Unrecht eingesehten Jähler rein willkürlich sei, Stadtd. Henschel ein Verschulden nicht treffe, im übrigen sei aber die Mandatsniederlegung anzukommen. Die Versammlung trat dieser Erklärung ohne Debatte bei. Eine weitere Magistratsvorlage, für die Erteilung des Religions-

unterrichts an der Mädchen-Mittelschule das Honorar für den Lehrer von 1,50 M. pro Stunde auf 2 M. zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen, nachdem Genosse Herbst vergeblich um Abkennung desselben ersucht hatte. Die Einführung eines Nachhilfenunterrichts für Schifferkinder steht ein weiterer Antrag des Magistrats vor. Es sollen verabschiedet je 2 Nachhilfestunden wöchentlich an vier Nachmittagen erteilt werden unter der Voraussetzung, daß die Regierung Dreiviertel der Kosten übernimmt. Für jedes Kind sollen 8 M. Schulgeld erhoben werden. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte mit einem vom Stadtverordneten Dr. Schulze (F. W.) gestellten weiteren Antrage, wonach, wenn die Regierung Dreiviertel der Kosten nicht trägt, der Unterricht nicht eingeführt wird, angenommen. Für 1908 hat die Stadt 6101 M. Alterszulagen für Volksschullehrer zuviel erhalten. Der Magistrat beantragte, diese Summe an die Alterszulagenkasse zur Rückzahlung anzuwenden. Dem wurde alleseitig zugestimmt. Zur Beschaffung einer Gaspritze hat die Kadener- und Münchener Feuerberufsgenossenschaft 1000 M. als Beihilfe zugesichert. Der Preis der Spritze beträgt insgesamt 3105 M. Bei der Beschaffung von zwei Bezirksvorsteherposten für den 4. und 7. Bezirk schlägt Genosse Wolf für den 4. Bezirk den Genossen Kiele vor. Gewählt wurden Labatsch für den 4. und Roak für den 7. Bezirk.

Friedrichsfelde.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Fendel-Weihensee über das Thema: „Der preussische Landtag“. Reichler Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Das Resultat der Berliner Wahlen rief eine begeisterte Stimmung hervor. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Schwenk an alle der Sozialdemokratie und der politischen Organisation noch Fernstehenden, nun das Versäumte nachzuholen, wurde die impetante Versammlung geschlossen.

Weihensee.

Die trübseligen Zustände in der Greifswalderstraße werden für unseren Ort immer mehr zur Kalamität. Seit Jahresfrist ist die Nordseite reguliert bis zur Straße an der Pumpstation. Die Südseite liegt 1/2 Meter tiefer in ihrem Urzustande. Tritt ein andauernder Regen ein, so ist der ganze Verkehr gehemmt; der Straßenbahnverkehr muß dann durch die Prenglaue Allee umgeleitet werden. Auch der Fußgängerverkehr wird zur Unmöglichkeit oder ist mit Gefahr an Gesundheit und Leben verbunden. Von Jahr zu Jahr gehen die Verströmungen auf baldige Regulierung. So soll eine vor kurzem stattgehabte Konferenz städtischer Behörden wiederum ein negatives Resultat gezeitigt haben. Würde die Greifswalderstraße im Westen liegen, wäre es vielleicht anders!

Hohen-Neuendorf.

Dem Feuer geriet wurde am Sonntag die Villa Wehler in der Florstraße. Die Villa wird von der Familie des jetzigen Besitzers Elbers allein bewohnt. Die Leute verzeigten am Sonnabend; alle Jalousien der Fenster waren vorher sorgfältig herabgelassen worden. Sonntag früh 1/9 Uhr drang nun dichter Rauch durch die Jalousien, worauf der Bahnhofsvorsteher hiervon dem Amtsvorsteher telefonisch Mitteilung gab. Dieser alarmierte sofort neben der Ortswache auch die Wehren von Birkenwerder und Hermsdorf. Merkwürdigerweise erschien die Ortswache erst, nachdem Birkenwerder die Löscharbeit schon aufgenommen hatte. Da das Gebäude vollständig frei stand, so konnte es bald von allen Seiten unter Wasser genommen werden. Inzwischen war das Feuer schon soweit vorgeschritten, daß die Villa bis auf die Umfassungsmauern ausbrannte. Da Windstille herrschte, waren Nachbargebäude nicht gefährdet. Um 12 Uhr konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abziehen. Der Schaden wird auf 20 000 M. beziffert. Anscheinend liegt Brandstiftung vor.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorsteherwahl stellte der Bürgermeister zunächst mit, daß die gegenwärtige Einwohnerzahl 14 287 beträgt. Hierauf gelangte ein Antrag der Beamtenvereinigung und der beiden Hausbesitzervereine auf Errichtung einer höheren Knabenschule zum 1. April 1910 zur Verurteilung. Bürgermeister Abraham verwies darauf, daß im vorigen Jahre bereits ein Antrag eingegangen sei, schon in diesem Jahre eine Sexta zu errichten, doch wurde derselbe zurückgezogen. In Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde, habe er sich bisher gegen die Errichtung einer Sexta ausgesprochen, er sei jetzt jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Ausbau der höheren Knabenschule eine dringende Notwendigkeit ist. Bezüglich des Kostenpunktes habe die Gemeinde, wenn die höhere Knabenschule voll ausgebaut ist, einen Zuschuß von jährlich 80 000 Mark zu leisten. Zunächst werde man im Anfang mit einem Zuschuß von 5000 M. einschließlich Klassenmiete auskommen, davon sind an Schulgeld ungefähr 3000 M. abzuziehen, da durch Umfrage bereits 20 Schüler vorhanden sind, so daß 5000 M. aufzubringen wären. Da zum 1. April 1911 die Sexta sowie errichtet werden müsse, hat er prinzipiell den Beschluß zu fassen, den Ausbau der höheren Knabenschule als Reformmaßnahme zum 1. April 1910 vorzunehmen, denn das Provinzialschulgesetz müsse erst seine Genehmigung hierzu geben. In der zweieinhalbständigen Debatte sprachen sich die meisten Redner für die höhere Schule aus. Es wurde darauf hingewiesen, daß gerade aus den Kreisen der Antragsteller die besten Steuerzahler kämen, denen man etwas Entgegenkommen zeigen müsse. Die übrigen Steuerzahler scheinen ja für die Herren Gemeindevorsteher nicht zu existieren. Beschlossen wurde, zum 1. April 1910 ein Reform-Realgymnasium zu errichten, jedoch nur, wenn 20 Schüler für die Sexta angemeldet werden. Das Schulgeld soll für die diesjährigen Schüler 120 M., für auswärtige 140 M. betragen. Somit ist an eine Herabsetzung des Steuerzuschlages im nächsten Jahre nicht zu denken. Es dürfte im Gegenteil eine Erhöhung stattfinden, wenn die Vertreter nicht die Grundwertsteuer erhöhen oder aber die Wertzuschlässe einführen. Letzteres ist jedoch von den jetzigen Gemeindevorstellern nicht zu erwarten. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Spandau.

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Am heutigen Dienstag, den 2. November, vormittags von 10-11 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr, finden die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung statt. Der bürgerliche Wahlausschuß, bestehend aus dem Werkmeister-Verein, Verband der Obermeister und Meister, Techniker-Verein, Verein der Handwerker der königlichen Institute, Grundbesitzer-Verein, Neuer Wahlverein, Reichsverband, Verein Königstreuer Männer, Verein der Werkzeugmacher, Christlich-Sozialer Verein (Ortsgruppe Spandau), Verein der Aufseher der königlichen Institute und dem Verein der Wassermeister, hat in den letzten Tagen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mit seinen Kandidaten den Sieg über die Kandidaten der Sozialdemokratie abzurufen. Arbeiter, Parteigenossen Spandaus! Die Tusch von jener Seite vorgeschlagenen Kandidaten nehmen Eure Interessen nicht wahr. Wer heute will, daß Männer gewählt werden sollen, die die Interessen der Allgemeinheit, die Interessen der Armen vertreten, der kann nur den sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben. Als solche sind aufgestellt: Für den 1. Bezirk Genosse Paul Schmidt, für den 5. Bezirk Genosse Köpnic, für den 6. Bezirk Genosse Veller, für den 8. Bezirk Genosse Böse. — Der 1. Bezirk wählt bei Tiege, Potsdamer Straße, der 5. Bezirk bei Conrad, Schönwalder Straße, der 6. Bezirk bei Supke am Lützowplatz und der 8. Bezirk im Wilhelmsgarten. Jeder muß seine Stimme in dem Bezirk abgeben, wo er am 16. Oktober 1908 gewohnt hat. Die Parteigenossen haben sich zur Wahlarbeit in den ihnen zugeteilten Bezirken zur Verfügung zu stellen. Parteigenossen, erfüllt jeder seine Pflicht, so ist der Sieg unser. Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den

Recht eigenartige Verhältnisse stehen bei der hiesigen Wächter- und Schließgesellschaft. Die Wächter, die ein ziemlich großes Revier haben, werden eingestellt mit dem fiktionalen Gehalt von monatlich 70 M.; davon werden noch für die Benutzung der Uniform monatlich 2 M. abgezogen. Bei zehntägigem Dienst, der geleistet werden muß, beträgt der Verdienst also etwa 22 1/2 Pf. pro Stunde. Außerdem müssen die Leute eine Kaution von 30 M. stellen. Diese Kaution wird bei regulärer Auffündigung des Dienstes vier Wochen nach Austritt erst zurückgezahlt. Wird der Wächter aber wegen Dienstverletzung entlassen, so verfällt die Kaution der Gesellschaft, die sie angeblich für die Unterhaltungs-lasse verwendet. Außerdem können auch noch wegen Dienstverletzung Geldstrafen festgesetzt werden. Das Gewerbegericht hat sich in letzterer Zeit auch mit einigen Fällen zu beschäftigen gehabt, wo es sich um Zurückbehaltung der Kaution handelte. Es stellte sich auch auf den Standpunkt, daß es etwas viel ist, die ganze Kaution zurückzubehalten. In fast allen Fällen fand eine Einigung statt, dahin, daß die Hälfte der Kaution ausgezahlt wurde. Trotzdem ist es immer noch nicht zu verstehen, weshalb die Hälfte der Kaution einbehalten wird, da der Gesellschaft doch absolut kein Schaden entsteht, wenn sie selbst Wächter wegen angeblicher Dienstverletzungen entläßt. Auch das Schöffengericht hatte sich in seiner Sitzung am Freitag mit einem Fall von dieser Wächter- und Schließgesellschaft zu beschäftigen. Angeklagt war der frühere Wächter Neumann wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung. Der Wächter wurde in der Nacht zum 21. Juli auf der Straße, während seines Dienstes, plötzlich entlassen, angeblich, weil er kein Revier verlassen, wie er aber behauptet, weil er die anderen Wächter aufgewiegelt haben soll. Als er erklärte, nicht eher gehen zu wollen, bis er seinen Restlohn und seine Kaution erhalte, wurde er zum nächsten Tage nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr nach dem Bureau bestellt. Er packte zur angegebenen Zeit seine Uniform zusammen, schlug sie in ein Tuch ein und ging nach dem Bureau. Hier wurde ihm bedeutet, daß er warten müsse, da der Herr Direktor nicht anwesend sei. Als er einige Zeit gewartet, fühlte er ein Bedürfnis zum Austreten. Er ging nach dem Hof, ließ aber sein Paket mit der Uniform im Bureau liegen. Als er wiederkam, war die Uniform angepackt und weggehängt. Neumann, der glaubte, daß er die 30 M. Kaution für die Uniform hinterlegt hatte, verlangte nun in etwas heftigen Worten die Rückgabe der Uniform oder seine Kaution. Mächtig trat der Herr Direktor Rettenb., der wohl die laute Stimme gehört hatte, in das Bureau und forcierte Neumann zum Verlassen des Raumes auf. Dieser forderte aber seine Kaution, und da er nicht ging, wurde er auf Veranlassung des Direktors durch den Inspektor Schinemann und einen Kontrolleur gewaltsam entfernt. Bei dieser Valgerei ließ sich Neumann hinter einige beleidigende Worte auszuheulen. Der Direktor hatte nun nichts Besseres zu tun, als Straf Antrag zu stellen. Das Schöffengericht verurteilte N. zu einer Geldstrafe von 75 M. Wegen der Kaution und des Restlohnes hatte Neumann erst vor dem Gewerbegericht klagen müssen. Wer daher bei der Wächter- und Schließgesellschaft als Wächter eintreten will, der lese sich vorher genau den Vertrag durch, sonst entstehen ihm sicher Widerwärtigkeiten.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Nach der Stadtratswahl und der Erledigung einiger unwesentlicher Gegenstände wurde das Schlußvotum für den städtischen Schlachthof aufgehoben. Dieses feinerzeit auf Antrag des Tierärztes von den damaligen im Stadtparlament zahlreich vertretenen Antisemiten beschlossene Verbot fand nur einen Verteidiger, den Stadtverordneten Baumeister Enders, der darin eine Grausamkeit erblickt. Die übrigen Stadtverordneten hielten es, falls wirklich Grausamkeiten vorliegen, für die Sache des Staates, einzugreifen. — In geheimer Sitzung beschäftigte man sich mit dem Rücktritt des erst 31/2 Jahre hier tätigen Oberbürgermeisters Vosberg, dem Bruder des Direktors der Zentralstelle für die Vorbereitung der Handelsverträge. Ihm ist die Stelle als geschäftsführender Direktor des Kanals Bundes mit einem Jahresverdienst von 50 000 Mark auf sechs Jahre angeboten. Die Stadtverordneten wollen versuchen, den Oberbürgermeister zu halten, und haben ihm deshalb 5000 M. Zulage gewährt. Die Potsdamer Oberbürgermeisterstelle würde dann mit 21 000 M. dotiert sein, das wäre fast noch einmal so viel Gehalt wie das des Amtsvorgängers.

Die Stadtverordnetenwahlen finden für die dritte Abteilung am Montag, den 22., und Dienstag, den 23. November, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Gerichts-Zeitung.

Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse. Wegen Beleidigung von Beamten durch zwei Artikel seines Blattes ist am 5. Mai vom Landgericht Offen a. M. der Redakteur des „Allgemeinen Beobachters“, Otto Vallin, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. In den Artikeln waren gewisse Mißstände beim Verkauf der Säuglingsmilch in den unter städtischer Aufsicht stehenden Milchhäuschen gerügt worden. Der Angeklagte berief sich auf den Schutz des § 193, aber das Gericht lehnte es ab, ihm diesen Schutz zuzubilligen, indem es ausführte: Um die Abstellung des Mißstandes zu veranlassen, war die Veröffentlichung in der Zeitung nicht erforderlich. Eine Anzeige bei der zuständigen Behörde würde sicher Erfolg gehabt haben; der Angeklagte konnte auch nicht annehmen, daß sie erfolglos sein werde. — Die Revision des Angeklagten rügte Verkennung des § 193; es sei sein Recht, dasjenige Mittel zu wählen, welches ihm als das geeignetste erschien. — Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet. Er bemerkte: Die Strafkammer mußte prüfen, ob der Angeklagte berechnete Interessen wahrnehmen konnte. Diese Frage scheint im Urteile bejaht worden zu sein. Es war weiter mit Recht die Frage zu bejahen, ob der Angeklagte als Bürger und Familienvater ein Interesse daran hatte, daß die Milchkontrolle sorgfältiger geübt wurde. Ob der Angeklagte dieses Interesse wahrnehmen wollte, läßt das Urteil zweifelhaft. Wenn aber anzunehmen war, daß er es wollte, so mußte auch geprüft werden, ob etwa aus Form oder Umständen die Absicht der Beleidigung hervorgeht. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Mit dem recht gefährlichen Treiben in einer Polenherberge hatte sich gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Wegen Diebstahls bezw. Begünstigung waren der Schneider Andreas Pograwa und die Herbergsdienerin Maria Hecht angeklagt. — Die Angeklagte Hecht betreibt in der Krautstraße eine Herberge, welche hauptsächlich von den auf dem Schlesischen Bahnhof ankommenden Polen frequentiert wird. Schon wiederholt erschienen auf dem dortigen zuständigen Polizeirevier Polen und brachten unter großem Lamento zur Anzeige, daß sie in der Herbergen Herberge eingeschlossen und dann völlig ausgeplündert worden wären. Der Kriminalschutzmänn Rippe machte verschiedene Beobachtungen, welche den Verdacht bestätigten, daß die Herbergsdienerin mit dem Leichensledderer unter einer Tende stehe. Eines Tages beobachtete der Beamte, wie sich der jetzige Angeklagte an den Jorden aus seiner Heimat auf dem Schlesischen Bahnhof ankommenden Arbeiter Leischl herandrängte und als „lebenswürdiger Landsmann“ auftrat. Leischl ließ sich auch ahnungslos nach der Herberge der H. Schleppen, wo man ihn in sehr freigelegter Weise mit Bier und Schnaps traktierte. Als L. eingeschlossen war, räumte ihm Pograwa die Taschen aus. Beide Angeklagte schleppten dann den Schwerbetrunkenen auf die Straße hinaus, wo sie ihn in einer Hausflure niederlegten. Als L. erwachte, glaubte er, daß er erst auf der Straße betäubt worden sei. Erst auf der Polizei erfuhr er dann den wahren Sachverhalt, wo dem Hoherrenten zugleich auch seine Tasche und seine Uhr

wieder ausgehändigt wurde. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf das lichtscheue und verbrecherische Treiben der Angeklagten gegen Pograwa auf neun Monate und gegen Frau Hecht auf sechs Wochen Gefängnis.

Vermischtes.

Die brennende Flugmaschine. Aus Hamburg wird uns vom gestrigen Tage gemeldet: Bei den Flugveranstaltungen in Groß-Vorfeld stieg heute nachmittags der Mechaniker Bequet mit dem Zweidecker des Chilenen Sanchez Mesa auf. Bequet hatte die Flugbahn in ziemlich bedeutender Höhe mehrmals umkreist, als plötzlich aus der Flugmaschine Flammen aufschlugen und der Benzinhälter explodierte. Es gelang dem Mechaniker, den Zweidecker im Gleitfluge zur Erde niederzulegen zu lassen. Aus fünf Metern Höhe sprang Bequet ab und blieb bestimmungslos liegen, erholte sich aber bald; er wurde mit anscheinend leichten Verletzungen an der Brust in ein Krankenhaus gebracht. Von der Flugmaschine sind die Seitenwandflächen verbrannt.

Dem Zug überfahren. Amlich wird aus Wölgrowitz gemeldet. Am 29. Oktober, abends 9 Uhr, verunglückte bei hellem Mondschein auf dem unbewachten Chausseebügel zwischen den Stationen Rurawana-Goslin und Wolschow, der Nebenbahn Posen-Wölgrowitz bei Vorüberfahrt des Zuges 548 ein Motorzweirad mit Beiwagen. Das Fahrzeug wurde teilweise zertrümmert und die beiden Insassen in den Bahngaben geschleudert. Sie wurden schwer verletzt und sind mit dem genannten Zuge nach Posen befördert worden. Der eine, Alfred Eggelski aus Weidmannsdorf bei Berlin, starb während der Fahrt, der andere, Kaufmann Paul Ruh aus Posen, Caprivistr. 14, befindet sich im Krankenhaus zu Posen. Nach dem Ergebnis der Untersuchung scheint eigenes Verschulden des Führers des Motorrades vorzuliegen.

Zusammenstoß zwischen Automobil und Straßenbahn. Sonntag vormittag ereignete sich, wie aus Darmstadt berichtet wird, ein Automobilunglück. Auf der Straße nach Griesheim stieß ein Automobil mit einem Zuge der Dampftrassenbahn zusammen, wurde vollständig zertrümmert, explodierte und verbrannte. Zwei der Insassen, Frau Wolfsturn aus Darmstadt und Ingenieur Müller aus Frankfurt a. M., wurden sofort getötet, Ingenieur Grünig und Chauffeur Schmidt schwer verletzt.

Aus Kiel wird gemeldet: Ein vom Landtagsabgeordneten Graf Nebenlow-Altenkirchen gesteuertes Automobil stieß gestern abend, als es einem Hunde ausweichen wollte, gegen einen Baum. Dabei stürzte der Chauffeur Schander und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er starb. Graf Nebenlow blieb unverletzt.

Eine Eisenbahnkatastrophe in Frankreich. Ein Telegramm aus Prades (Dep. Pyrénées-Orientales) meldet: Auf der elektrischen Bahn von Villefranche bis Bourg-Madame ist ein Zug entgleist, der Schnelligkeitsversuche anstellte. Es sind 6 Personen getötet und 12 schwer verletzt worden; alle gehören dem Zugpersonal an.

Vom Schraubenspiegel eines Militärbalons getötet. Aus Rom wird gemeldet: Als in der letzten Nacht um 1 Uhr der Militärballon zur Rückkehr nach Bracciano aufsteigen sollte, wurde der Genie-Leutnant Kovetti, der die in großer Zahl herandrängenden Schaulustigen abwehren wollte, von einem Schraubenspiegel getroffen und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Das Luftschiff vermochte trotz einer leichten Beschädigung der Schraube aufzusteigen.

Grubenexplosion. Wie aus Johnstown (Pensylvania) gemeldet wird, ereignete sich in der Grube der Cambria Steel Company eine heftige Explosion. Von den 15 unter Tag befindlichen Grubenarbeitern sind 12 umgekommen.

Aus der Flugwelt.

London, 1. November. Gelegentlich der Flugwoche in Crooklands hat Paulhan einen Flug von 96 englischen Meilen in 2 Stunden 49 Minuten zurückgelegt.

Witterungsüberblick vom 1. November 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Frankfurt	766	SW	2	Regen	10	Darmstadt	764	SW	2	bef. 1	—
Hamburg	768	R	2	wolkig	6	Leipzig	769	S	2	bef. 5	5
Berlin	767	R	2	bef. 5	5	Stettin	765	R	4	wolkig	5
Frankf. a. M.	765	RD	4	bef. 9	9	Herden	762	SB	2	halb b.	9
München	763	RD	2	bef. 7	7	Wien	764	SW	2	bef. 6	6
Wien	766	SD	1	bef. 7	7						

Weiterprognose für Dienstag, den 2. November 1909. Allgemein milde, teilweise aufklarende, vorwiegend trübe und neblig, bei Schwachen nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 31.10.		am 30.10.		Wasserstand	am 31.10.		am 30.10.	
	om	cm ³	om	cm ³		om	cm ³	om	cm ³
Remel, Elbe	95	0	—	—	Saale, Großh.	82	—	—	—
Bregel, Unterburg	—	—	—	—	Qabel, Spandau	42	—	—	—
Reichel, Elbe	22	-2	—	—	Qabel, Rathenow	50	-1	—	—
Oder, Halber	119	-11	—	—	Spree, Spremberg	76	0	—	—
• Krosen	63	+3	—	—	• Beesow	66	0	—	—
• Frankfurt	74	-1	—	—	• Sejer, Rindon	-66	-6	—	—
Wartze, Schrumm	10	+5	—	—	• Rindon	8	-10	—	—
• Landsberg	-19	-2	—	—	• Rhein, Wargmilanbau	—	—	—	—
Rege, Borsum	-22	0	—	—	• Raus	169	0	—	—
Elbe, Helmrich	-50	-2	—	—	• Rön	194	+19	—	—
• Dresden	-170	+1	—	—	• Rekar, Reilbrom	30	-14	—	—
• Harz	67	-3	—	—	• Rain, Berthelm	111	-1	—	—
• Magdeburg	78	+3	—	—	• Josef, Trier	137	-9	—	—

+) + bedeutet Hoch. — Null. — *) Unterpegel.

Todes-Anzeige.
Am 1. November früh 1 Uhr verstarb nach langen, schweren Leiden unser allverehrter Dirigent
Richard Blobel
im 43. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Berater, der in seiner 12-jährigen Tätigkeit als Bundesdirigent seine ganze Kraft in selbstloser Weise dem Bunde gewidmet hat.
Die Leichenfeier findet am Donnerstag, den 4. November, nachmittags, in Köpenick (Stadttheater) statt. — Die bestimmte Zeit wird im Mittwochs-Inserat bekannt gegeben.
Die Beisetzung erfolgt am Freitag in Gdrlitz.
Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.

Haus Industrie und Handel.

Folgen der Zolnsteuer.

Mit Bezug auf die Meldung von der Errichtung einer Filiale der Deutschen Bank in Brüssel schreibt man der „Frankf. Ztg.“:

In letzter Zeit ist aus den Kreisen des Publikums den Banken schon mehrfach der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß die deutschen Banken die Couponbeziehung ausländischer Effekten zur Vermeidung der Zolnsteuer im Auslande vornehmen und die neuen Couponbogen dann im Auslande für Rechnung der Kommitenten liegen lassen möchten.

Darum mag sich für einzelne Institute der Wunsch ergeben, eigene Niederlassungen im Auslande zu errichten, da sie auf diese Weise eine Abwanderung von Depots an ausländische Bankinstitute hintanhalten können.

Mit der Fiktion der neuen Steuerbefreiung wetteifert ihre Anzulänglichlichkeit, neben der Positivität ihrer Urheber offenbar sich auch deren steuerrechtliche Unfähigkeit.

Geschäftsabläufe.

Die Deutsche Gasglühlicht- u. G. erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 4 028 199,89 M. einschließlich Vorrat 510 080,54 M. und abzüglich Vorkaufstantiemen; im Vorjahre 3 194 020,84 M. einschließlich Vorkaufstantiemen.

Neue Insolvenzen. Infolge der Schwierigkeiten, die für viele Firmen aus der Insolvenz der Firmen Brühl und Valentin erwachsen, mußte nun die Berliner Kaufmanns Bank, Brückner u. Co. ihre Zahlungen einstellen.

Kaffabfuhr. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres wurden an sogenannten Abraumfalsen (Parisfals, Kamit, Sieferit usw.) exportiert 5 423 960 (im Vorjahre 6 050 855) Doppelzentner.

Steigende Butterpreise.

Im Vergleich mit den Jahren 1907 und 1908 stellte sich im Monat September an zwei der wichtigsten Marktorte der durchschnittliche Großhandelspreis für Butter in Mark pro Doppelzentner wie folgt:

Table with 4 columns: Month, 1907, 1908, 1909, Differenz 09/08. Rows for Berlin I. Sorte, II, and München, feinste Schweizergebirgs.

Die Preissteigerung betrifft mithin besonders stark die besseren Sorten und beträgt im Vergleich zum Vorjahre in München 23,00 und in Berlin 13,16 M. für den Doppelzentner.

Table with 2 columns: 2. Oktober, 23. Oktober. Rows for Ia, IIa, IIIa.

Deutschlands Versorgung mit Eisen. Die Roheisengewinnung erreichte in den ersten neun Monaten einen Umfang von 9 509 037 Tonnen gegen 8 024 665 Tonnen im vorigen Jahre.

Getreide- und Mehlmonopol in der Schweiz. Die Bundesregierung plant, wie aus Bern berichtet wird, ein vollständiges Handelsmonopol für Getreide und Mehl, bei dem der schweizerischen Mälzerei dasjenige Quantum Mehl zufallen soll, das sie zu liefern imstande ist.

Soziales.

Vom Handlungsgehilfen zum Gewerbegehilfen.

Gegen die Firma S. Goldbaum klagte ihr ehemaliger Konfektionär auf Zahlung einer Entschädigung von mehr als 1000 M. und 70 M. rückständiger Provision. Der Kläger war seit dem 1. Mai beim besagten Geschäftsinhaber gegen ein Monatsgehalt von 350 M. tätig.

Textilarbeiter in Sachsen.

Die Ficks haben die armen Textilarbeiter in Sachsen sehr hart zu spüren gehabt. Denn nach dem Bericht der Sächsischen Textil-Verzugs-Gesellschaft für das Jahr 1908 ist die Zahl der verlassenen Arbeiter gegen das Jahr 1907 um mehr als 13 000 zurückgegangen.

Lohn gezahlt wurde. Man beachte diese Hungerlöhne im Verhältnis zu der Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel. Die Verzugsgesellschaft, in welcher doch die reichen Herren sitzen, die solche Säubelöhne zahlen, hat gegen diese Ficks nichts zu sagen.

Der technische Aufsichtsbearbeiter der Genossenschaft hat im Berichtsjahre 1155 Betriebe an 182 Heizerlagern besichtigt, und führt „als Mängel, die zu Unfällen Anlass gaben“ „vorzugsweise“ nur an, also nicht alle Mängel, die er gefunden hat.

Sollten wirklich die Arbeiterinnen sich dieser großen Gefahr aussetzen, wenn überall „moderne eingerichtete Garderoben“ vorhanden sind? Oder liegt die Nichtbenutzung in der Lohnmethode? Gemeldet wurden im Berichtsjahre 2478 Unfälle, gegen 2600 im Jahre 1907.

Gerichts-Zeitung.

Vorgesetzener Besitzer.

Der Zigarenhändler Schinkel in Thale hatte den Namen seines erst zehnjährigen Sohnes auf seinem Firmenschild angebracht und auch das Gewerbe auf dem Namen dieses Sohnes angemeldet.

Rein gelber Hirt.

Zu unserer Bemerkung, die Fabrikantenkassette der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sei ein Hirt der Gelben, in dem Artikel „Der Handelsminister verurteilt“, wird uns mitgeteilt, das Urteil sei im allgemeinen nicht zutreffend.

Herr Richard Hartmann, Buch- und Steinrudereibesitzer, Wobstraße 5b, ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem im Prozeßbericht in Nr. 253 des „Vorwärts“ unter der Stichmarke: „Verdächtigungen gegen einen Leiter des Bäckerbundes“ genannten Buchrudereibesitzer Hartmann nicht identisch ist.

Aus der Frauenbewegung.

Zescaende.

Lankwih, Mittwoch, den 3. November, 8 1/2 Uhr bei Ebel, Wühlstraße 9. Genossin Ehm-Treptom spricht über: „Die Frauen und die neuen Steuern.“

W. WERTHEIM G. m. b. H.

Friedrichstraße 110-112 Passage-Kaufhaus Friedrichstraße 110-112

Besonders preiswerte

- Lebende Karpfen . Pfd. 80 Pf.
Lebende Hechte . . Pfd. 1.00
Lebende Forellen . Pfd. 2.75

- Tafel-Äpfel (Edelböhrner), Pfd. 15 Pf.
Koch-Äpfel (Hasenköpfe), Pfd. 14 Pf.
Koch-Birnen (Amoretten), Pfd. 9 Pf.

LEBENSMITTEL

Wir bringen nur von Prima Mastvieh stammendes Fleisch in allerbesten Qualität zum Verkauf.

- Schweinefleisch: Schinken Pfd. 80 Pf.
Kamm Pfd. 85 Pf.
Rippespeer Pfd. 90, 95 Pf.
Ochsenfleisch: Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 1.00
mit Knochen 90 Pf.
Pökel-Ochsenbrust Pfd. 90, 100 Pf.
Pökel-Rinderzung Pfd. 1.10 b. 1.50

soweit Vorrat:

- Cervelatwurst in Fettdarm, Pfd. 1.20
Cervelatwurst (Holsteiner), Pfd. 1.10
Salami (Holsteiner) Pfd. 1.15
Schinkenspeck Pfd. 1.00
Nußschinken Pfd. 1.15
Prima Teewurst Pfd. 1.10

Jeden Dienstag frische Niquetsche Blut- und Leberwurst

Öffentliche

Kommunalwähler-Versammlungen

Heute Dienstag, den 2. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends:

2. Kommunalwahlbezirk:

Markgrafen-Kasino, Markgrafenstr. 83.
Referent: Stadtv. Dr. Zadek.

5. Kommunalwahlbezirk:

Königshof, Bülowstr. 37.
Referent: Stadtv. Emanuel Wurm.
Ansprache des Kandidaten Max Grunwald.

8. Kommunalwahlbezirk:

Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Referent: Stadtverordneter Wilhelm Pfannkuch.
Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten Paul Dupont.

13./14. Kommunalwahlbezirk:

Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
Referent: Stadtverordneter Johannes Sassenbach.

17./18. Kommunalwahlbezirk:

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.
Referent: Landtagsabg. Stadtv. Dr. Karl Liebkecht.
Ansprache der Kandidaten Wilh. Boerner u. Emil Kerfin.

25. Kommunalwahlbezirk:

Brachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.
Referent: Stadtverordneter Karl Leid.

28. Kommunalwahlbezirk:

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
Referent: Reichstagsabg. Stadtverordneter Fritz Zubeil.
Ansprache des Kandidaten Leonhard Zucht.

37. Kommunalwahlbezirk:

Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188.
Referent: Landtagsabg. Stadtv. Hermann Borgmann.

39. Kommunalwahlbezirk:

Dranienburger Festsäle, Chausseestr. 16.
Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter.

42. Kommunalwahlbezirk:

Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25/26.
Referent: Reichstagsabg. Stadtverordneter Paul Singer.

43. Kommunalwahlbezirk:

Kronen-Brauerei, Alt-Noabit 47/49.
Referent: Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein.

47. Kommunalwahlbezirk:

Marienbad, Badstr. 35/36.
Referent: der Kandidat Heinrich Metzke.

Tagesordnung: 1. Vor der Entscheidung. 2. Freie Diskussion.

Alle Wähler sind zum Erscheinen eingeladen. Die Genossinnen und Genossen bitten wir, für zahlreichen Besuch zu agitieren.

Die Wahlkomitees.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Klavierarbeiter.

Der Stadtverordnetenwahltag findet die
Vertrauensmänner-Versammlung
am Donnerstag, den 4. November 1909, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Eingang B. part., im Arbeitersaale statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in unserer Branche. 2. Die
Krankenkassenwahl. 3. Unser Weihnachtsgewinn. 4. Berichts- und
Branchenangelegenheiten.
Jeder Betrieb muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch legitimiert. —
Zahlreicher Besuch erwartet. Die Branchenleitung.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr:
Kombinierte

Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Kulturaufgaben — und
ihre Erfüllung“. 2. Gewerkschaftliches.
Um pünktliches Erscheinen aller Kollegen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Sof. I. Amt 3, 1209. Charitestraße 2. Sof. III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 3. November 1909, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Versammlung

aller in Innungsbetrieben beschäftigten
Gürtlergesellen

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 9.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gesellenausschusses.
2. Vorschlagsrede zur Neuwahl und Ausstellung der Kandidaten.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Achtung! Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes!

Wegen der morgen Mittwoch, den 3. November, stattfindenden
Stadtverordnetenwahlen werden unsere Bezirksvertrauensmänner-
Konferenzen am Donnerstag, den 4. November, stattfinden.
Die Lokale und die Zeit des Beginns bleiben in allen Be-
zirken unverändert.
Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1780L*

Amt 4, 3014.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 3. November 1909, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engelufer 15 (großer Saal):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Endgültige Beschlussfassung über die Tarifabänderungen.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegation in der Ortskrankenkasse. 3. Verschiedenes.
Wir erwarten, daß die Kollegen ebenso zahlreich erscheinen wie in der letzten Generalversammlung, damit
sich jeder Kollege an der Abstimmung beteiligen kann. (1909/5*) Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr,
in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:

General-Versammlung

aller Sektionen und Zahlstellen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die politische Situation in Deutschland“. 2. Abrechnung vom dritten Quartal.
3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.
Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Bibliothek wieder eröffnet ist und jedem
Mitgliede unentgeltlich zur Verfügung steht. D. D.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalinhobern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10 $\frac{1}{2}$ —1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal blau und muß
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Wie andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.
Auf vielseitigen Eintragen und Wunsch der Gewerkschaften sowie Parteigenossen erklären wir
hiermit, daß die Musikdirektoren Maximilian Fischer sowie Franz Gollfelder nicht in unserem
Verbande organisiert sind.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Große Firma

vergißt durch Verkauf Decken
jeder Art, Gardinen, Teppiche,
Stores, Portieren, Bilder
und Uhren. Ohne Anzahlung bei
keinem Monatsraten.
Reine Kassierer. Offert. U. W. 100
an „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Glumen- und Franzbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Ordentl. General-Versammlung

der

Orts-Krankenkasse

für den

Gewerbebetrieb der Kauf-

leute, Handelsleute und

Apotheker zu Berlin

findet statt am

Freitag, den 12. November 1909

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in

Mebers (fr. Frankes) Festsälen,

Sebastianstr. 30.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Geschäftsführers Herrn

Albert Kohn über „Stellungsnahme

zu den neueren Bestrebungen der

Hand- und Grundbesitzervereine“.

2. Wahl der Revisoren zur Prüfung

der Jahresrechnung für 1909.

3. Verschiedene Mitteilungen.

4. Wahl von 279/8

a) 4 Vorstandsmitgliedern aus den

Reihen der Arbeitnehmer bis

Ende 1912;

b) 2 Vorstandsmitgliedern aus den

Reihen der Arbeitgeber bis

Ende 1912.

Der Vorstand.

R. Nürnberg, Vorsitzender.

Jonas Stahl, Schriftführer.

General-Versammlung

der

Orts-Krankenkasse

der

Photographen

zu Berlin.

Delegierten-Versammlung

am Dienstag, den 9. November 1909,

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den

Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Berichten des Protokolls der

letzten Generalversammlung. 2. Wahl

zum Vorstand (3 Arbeitnehmer, 4

Arbeitnehmer). 3. Wahl von 3

Revisoren der Jahresrechnung. 4.

Erhöhung der Beiträge. 5. Anträge des

Vorstandes. 6. Verschiedenes.

Nur Delegierte haben Zutritt.

Beitrag den 30. Oktober 1909.

Der Vorstand. 279/10

G. Ziele, Vorsitzender.

J. Ziemmer, Schriftführer.

Billigsten Lesestoff

Mr Lesefreunde bieten m. Zeit-
schriften, welche ich zu sehr billig
abgebe, um schnell zu räumen. Jah-
gang 1908 u. frühere Jahrg. Dahome,
Gartenlaube, Welt u. Haus, Land
u. Meer, Fliegende Bl., Neues Blatt
à 1,95 M.; Meppenorfer, Lust Bl.
à 2,50 M.; Jugend, Simpliciss., Buch
f. Alle à 3 M.; Lpz. III. Ztg., Univer-
sum à 3,50 M. Alle Jahrg. sind gut
erhalten u. vollst. Off. gibt nur kurze
Zeit. Conrad Lersch, Ver.-Buchhdlg.,
Schweidnitz 1. Schl. B. L.

